alaska

[design by markovits]

Hoch die ...

Postmoderner Internationalismus

Zeitschrift für Internationalismus Heft 223

Dezember 1998
DM 8,-



Ferner Durito!

Selbst mir, die ich bekannt bin für den Blattläusinnen eigenen Skeptizismus, unterläuft es hin und wieder, daß ich die Reife der zur Veränderung drängenden Verhältnisse überschätze. Erhielt ich doch unlängst eine Mail des Inhalts: "Habe zwei Karten für den Aufstand! Leider keine Loge mehr zu kriegen", und beeilte mich zu versichern, daß es wohl auch dekadent wäre, dem Aufstand von der Loge aus beizuwohnen. Fand mich mit Notration und warmer Unterwäsche am Treffpunkt ein, um festzustellen, daß es sich um den neuen Star Trek handelt. Schwitzte entsetzlich in meiner warmen Unterwäsche und hatte den ganzen nächsten Tag Nackenschmerzen. Loge wäre doch besser gewesen.

Um die Reife der Verhältnisse geht es auch in diesem Heft - wo der Glaube an die extreme Unreife der Verhältnisse doch, durch die unter deiner umsichtigen Anleitung voranschreitenden lakandonischen Abenteuer, seit ein paar Jahren nachhaltig erschüttert wurde. Auf jeden Fall scheinen mir die Verhältnisse reifer zu sein als meine Redaktion, die sich, kurz vor den ersten Krokussen, beeilt ein Heft vorzulegen, welches eigentlich das letzte des vergangenen Jahres sein sollte. Entsprechend muß eines mehr in diesen Jahrgang hineingepreßt werden, was wieder ein Schwitzen und Wehklagen geben wird. Der Ernst, Durito, der Ernst der Lage scheint überhaupt nicht gesehen zu werden! Stattdessen wickeln und füttern sie um mich herum ihre angewachsene Kinderschar. Und es rinnt mir ein kalter Schauder den Chitinpanzer hinab, wenn ich auf meiner Grünpflanze schaukele und mich die Blagen unverwandt - ja, kann ich umhin, es "hungrig" zu nennen?! - anstarren. Respekt, teurer Durito, ist ein rares Gut geworden. Sie reißen dir ein Bein raus und nennen es Emanzipation der Jugend, wenn du nicht aufpaßt.

Es grüßt dich und die Deinen herzlichst aus Bremen

deine alaska



DEBATTE

THEMEN

KONTEXTE

Hoch die...

Die Geschichte der Internationalismusbewegung in der Bundesrepublik bis 1992

Bernd Hüttner

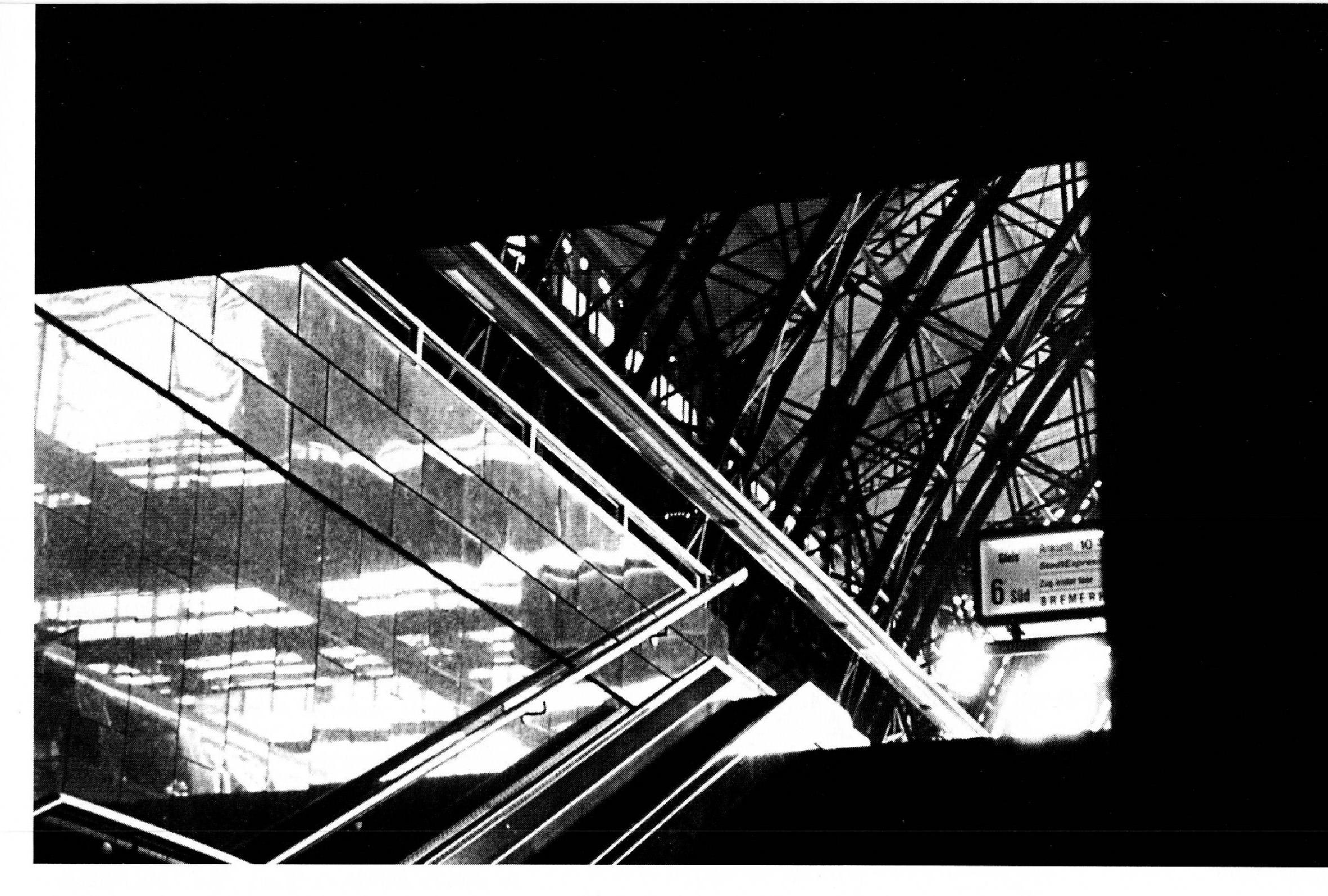
Irgendwie hängt mensch mental noch tief in den 80er Jahren. Nicht nur *die anderen*, auch man selbst. Da war alles viel besser, oder zumindest vieles: es gab die relativ übersichtlichen Blöcke samt ihrer Konfrontation, auch wenn der Osten schon etwas schwächelte. Es gab eine Unzahl von 3.Welt-, interntionalistischen und antiimperialistischen Gruppen. Der *KB*, von dem heute nur noch die Zeitschrift "ak" übrig ist und linke Grüne bildeten das politisch-strategische Scharnier zwischen ChristInnen, Gewerkschaften und anderen "ReformistInnen" einer-, und Autonomen, AntiimperialistInnen und anderen "RevolutionärInnen" andererseits. Den Begriff NGO gab es noch nicht, oder man bezeichnete damit transnationale Konzerne oder die Weltbank.
Es gab zwar eine Unmenge an Bündnisverhandlungen und Streit, z.B. um die Gewaltfrage, aber mensch war in einem Bündnis und immerhin ist Streit immer noch besser als gar keine Auseinandersetzung.
Heute sind die 90er, wie mensch in Norddeutschland sagt, auch schon durch, also vorbei und die politischen Geschehnisse und Konstellationen der 80er (und die der 90er??) sind fast nur noch Geschichte, die in diversen Archiven öffentlich zugänglich ist und in Bananenkisten in diversen Privatkellern und Dachböden, der (fragwürdigen Wieder-?)Entdeckung oder der Entsorgung im nächsten Altpapiercontainer harren.

Geschichte - im Schnelldurchlauf

Vorab zum Begriff: Die Internationalismusbewegung ist mit der Dritte-Welt-Bewegung nicht deckungsgleich. Zur Dritte-Welt-Bewegung gehören z.B. auch die kirchlichen und halbstaatlichen Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen, die sich vor allem auf Spendensammeln konzentrieren, oder z.B. in der sog. "Entwicklungshilfe" tätig sind. Im Gegensatz können antirassistische oder feministische Gruppen sehr wohl Teil der Internationalismusbewegung sein, würden sich aber nicht als 3. Welt-Bewegung verstehen.
Die Geschichte der *Internationalismus*bewegung ist ohne die Revolte von 1968 nicht zu denken. Der Aufbruch in den Metropolen traf auf antikoloniale Befreiungsbewegungen im Süden. Zwar hatte es auch schon vor 1967/68 in Deutschland internationalistische Arbeit gegeben, etwa zu Algerien oder zum Kongo, und auch die Vietnambewegung begann schon ab ungefähr 1965, eine breitere Öffentlichkeit erreichte sie aber erst ab 1968/69. Die Internationalismusbewegung der 70er Jahre war eine der klassischen Ländersolidarität. Zwar verstand mensch, zumindest der linke Flügel, seine Tätigkeit schon in einem weiter gespannten Rahmen, aber vieles war doch auf ein Land, eine Region oder ein Thema zugeschnitten. 1974 begann die Nelkenrevolution in Portugal, 1978 die Soli-Arbeit zu Nicaragua, in diesem Jahr gab es auch eine Kampagne zu Argentinien, und ab 1980 zu El Salvador. Große Bedeutung hatte in den 80er Jahren auch die Arbeit zu Südafrika, und es gab, heute kaum noch vorstellbar, Solidarität mit Libyen. Einen eigenen Stellenwert nimmt die Arbeit zu Palästina ein, weil sie aus heutiger Warte besonders peinlich war. In den 90er Jahren fand die klassische Länderarbeit vor allem zu Mexiko (Chiapas) und Kurdistan statt.

Selbstverständnis, ...

Die Aktionen und die Arbeit der Internationalismusbewegung ist, natürlich je nach politischen Spektrum und Zeitpunkt in der Selbstdefinition und der Außensicht in verschiedene politische Strömungen unterteilbar. Die beiden größeren waren zum einen die christlich-humanistische und die traditionell-linke Strömung. Der ersten geht es um die Beseitigung von Ungerechtigkeit in der Welt. Sie geht, wenn auch in unterschiedlichem Maße karitativ an die Dinge heran, hatte aber auch eine größere Offenheit als andere für Veränderungen im eigenen Handeln im Norden. So entstanden viele Welt-Läden aus diesem Spektrum und auch das Personal des BUKO war in den 80ern von diesem Spektrum geprägt.
Die traditionell-linke Strömung, dazu zählte die *Deutsche Kommunistische Partei* (DKP), samt ihrer Vielzahl an befreundeten Organisationen, ging es zwar um eine sozialistische Transformation, aber mindestens genauso wichtig, um die Unterstützung der (Außen-) Politik der sozialistischen (Bruder-) Staaten im Ostblock und der sogenannten Dritten Welt. Bündnispolitisch stand dieses Spektrum noch stärker als das christliche für eine sehr breite Herangehensweise gegenüber Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Kirchen ("Unser Bündnis ist so breit, wie unsere Plattform platt ist").
Als dritte Strömung ist die undogmatische Linke zu zählen, die teilweise aus "über- und fortgelaufenen" aus den bisher genannten Strömungen bestand. Es verband die Kritik an den internationalen Verhältnissen mit einer starken Kritik an den Verhältnissen im Norden, es verfügte über eine halbwegs konsistente und sich auf der Höhe der (damaligen) Verhältnisse bewegenden Kapitalismusanalayse und -kritik. Auch diese Strömung propagier-



te kollektive kulturrevolutionäre Veränderungen.
Eine kleinere Strömung war die sozialrevolutionäre. Sie verfolgte unter dem Motto "Eine Mordmaschine kann man nicht reformieren" die radikale Kritik der bestehenden Weltwirtschaft und bezog sich auf die Menschen der internationalen Massenarmut und ihre Aufstände ("riots"). Diese Strömung legte beeindruckende Texte vor, etwa in den Zeitschriften *AUTONOMIE*. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft (1985 eingestellt), *wildcat* und der Buchreihe "Materialien für einen neuen Antiimperialismus". Aus diesem Spektrum kam schon früh die Aufforderung an die Linke, sich mit Rassismus, Migration und Asylpolitik zu befassen. Ein Höhepunkt an Aktionsfähigkeit und theoriepolitischem Einfluß dieser Strömung war die Kampagne gegen den 1988 in Berlin tagenden IWF-Kongreß. SozialrevolutionärInnen kritisierten ebenfalls schon sehr früh die Orientierung der Internationalismusbewegung an nationalen Befreiungsbewegungen und an einem irgendwie gearteten Sozialismus.
Im Vergleich kann festgehalten werden, daß heute die traditionelle Linke fast völlig verschwunden ist. Dies mag mensch in Hinsicht auf ihre doch eher drögen politischen Inhalte nicht bedauern, im Sinne einer heute fehlenden flächendeckenden linken Präsenz ist es ein Rückschritt. Geschwächt ist das undogmatisch-linke und das sozialrevolutionäre Lager. Beide stürzten sich zwar in eine Debatte um theoretische Erneuerung, praktische Wirkung konnten sie aber nur vereinzelt entfalten, die sozialrevolutionäre Strömung etwa in der Flüchtlingspolitik.

... Neuer Internationalismus und ...

Die sozialrevolutionäre und die undogmatisch-linke Strömung propagierten die Herausbildung eines sog. "neuen Internationalismus", der sich sowohl von der karitativen Ländersolidarität und vom proletarischen Internationalismus absetzte. Danach beinhaltete Internationalismus eine kritische Überprüfung der eigenen Bilder vom Süden, die Reflektion der eigenen Verwobenheit in das Weltsystem und der daraus auch für die (männlich geprägte) Linke resultierenden Privilegien und vor allem der Bezug zur Situation und den Kämpfen im Norden. Der neue Internationalismus äußerte sich nach der Anti-IWF-Kampagne z.B. in den Aktionen gegen den Energiekonzern Shell, oder auch in der Beschäftigung mit *people of colour* in den USA (Stichwort: Mumia Abu Jamal) oder in Deutschland (letzteres aber mehr durch Feministinnen).
Grundsätzlich gab es nahezu strömungübergreifend in den 80er Jahren eine gewisse Abwendung von der am Land oder einer Region orientierten internationalistischen Arbeiten hin zu allgemeineren Fragen. Zum einen die Fragen von politischer Organisierung, Strategie und Hegemonie, zum anderen inhaltliche Punkte, die "über" den einzelnen Ländern lagen, wie etwa Weltwirtschaft und -handel, Kritik von Entwicklungspolitik, Feminisierung der Arbeit und der Armut oder auch Militarisierung.
Zur Selbstkritik der End-80er Jahre gehört auch "Drei zu Eins", bzw. die Debatte zu *triple oppression*. Was wie ein Fußballspielergebnis klingt, ist ein Text, der 1990 erschien und dann für viel Diskussionsstoff sorgte. Er versucht, das Verhältnis der drei Herrschaftsformen und die Gesellschaft strukturierenden Prinzipien Kapitalismus, Sexismus und Rassismus zu thematisieren. Die These vom Haupt- und Nebenwiderspruch wird abgelehnt, vielmehr seien die verschiedenen Unterdrückungsverhältnisse ineinander verschränkt. Diese Diskussion kam aus dem feministischen und antirassistischen Spektrum, also eher von den Rändern der Linken, und führte zu einer Kritik bisheriger Auffassung von Politik, Organisierung und Revolution.

... Aktionsformen

Die Aktionsformen der Internationalismusbewegung waren zunächst einmal die klassischen: Aufklärung durch

Die Antwort auf die MAOAM-Frage
("Was wollt ihr dann")
wird auch dieses Mal nicht gegeben werden.
Natürlich ist mensch heute schlauer als früher.
Hinterher ist man immer schlauer.
Zumindest sollte mensch das sein.
Es führt aber oft nicht weiter,
wenn heutige Erkenntnisse und Debatten
auf vergangene
politische Bewegungen angewandt werden.
Es gilt sich zu vergegenwärtigen,
daß das was heute Stand ist,
oder zumindest sein sollte,
bei seiner Einführung auf Widerstände stieß,
wie auch großes positives Erstaunen
und Lernbegierigkeit auslöste.

Öffentlichkeitsarbeit, Information und Aktion. Es wurde über die Ereignisse anderswo berichtet, die Verbindungen zu Deutschland gezogen und Delegationen entsandt, die wiederum hier berichteten. Wie auch später wurden Spenden in Geldform oder auch als Sachen gesammelt. Bald gehörten auch Demonstrationen zum Repertoire und bewaffnet kämpfende Gruppen wie etwa die *Rote Armee Fraktion*, die *Revolutionären Zellen* oder die militanten Frauengruppe *Rote Zora* gaben ihren Anschlägen einen internationalistischen Begründungszusammenhang. In den 80er Jahren war das Aktionsspektrum am weitesten ausdifferenziert: Nun gehörten auch Formen des zivilen Ungehorsams, wie etwa eine Umzingelung genannte Belagerung des *Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit* in Bonn, zu den praktizierten Aktionsformen. Gleichzeitig waren alltagskulturelle Verhaltensweisen, die zwar auch Konsum, aber eben nicht vorrangig waren, weit verbreitet: Einkauf von 3.Welt-Waren, vor allem Kaffee, Tragen von PLO-Tüchern etc.

Der Bruch von 1990/92

Die Diagnosen nach der Untersuchung des in Koma liegenden Patienten "Internationalismusbewegung" fallen unterschiedlich aus. Als drei große Einschnitte lassen sich nach meiner Einschätzung drei Ereignisse festmachen: Die (verlorenen) Wahlen in Nicaragua 1990, der sog. Golfkrieg 1991 und die Pogromwelle in Hoyerswerda etc. 1992 in Deutschland.
Die Abwahl der aus der Revolution entstandenen Regierung in Nicaragua zeigte der Internationalismusbewegung Grenzen auf. Dieses Ereignis war für die Mittelamerika-Solidarität, die die gesamten 80er Jahre eines der Themen der Bewegung war, ein herber (Rück-)Schlag.
1991 wurden im Golfkrieg kritische und undogmatische Positionen zwischen den kriegsbefürwortenden Linken und der deutschtümelnden Massenhysteriebewegung (sog. "Kein Blut für Öl"-Bewegung) eingeklemmt. Waren die einen antiamerikanisch und taten so, als würden die (amerikanischen) Bomben auf Bagdad auf deutsche (!) Städte fallen, propagierten andere den Militäreinsatz und spielten so Antifaschismus gegen Antimilitarismus aus. Die Internationalismusbewegung machte in dieser Auseinandersetzung keinen guten Eindruck.
Dieses Bild setzte sich in den - ausbleibenden - Reaktionen auf die rassistische Pogromwelle in Deutschland 1992 fort. Neben einigen Lichterketten, in denen doch der Tenor war, daß mensch ganz entsetzlich darunter leide, in einem Land leben zu müssen, in dem Ausländer nicht als Arbeitskraft anerkannt seien, sondern unter klatschendem Beifall schon mal verbrannt oder erschlagen werden würden, war wenig zu sehen. Die Dritte-Welt-Bewegung versagte, ebenso wie Kirchen oder Gewerkschaften, vor der rassistischen Eskalation, die Internationalismusbewegung war schon viel zu geschwächt, um hier noch politisch gegensteuern zu können.
In Folge kam es zu einem stetigen Utopieverlust, zum wachsenden Wunsch nach Mitgestaltung - 1992 fand die berühmte "Rio-Konferenz" zu Umwelt und Entwicklung statt, in deren Folge viele Dritte Weltgruppen vollends auf nachhaltige Mitgestaltung und Lobbypolitik umstellten. So gesehen war die Kampagne "500 Jahre Conquista" die letzte klassische Kampagne der alten Internationalismusbewegung. Danach brachen die Spektren vollends zusammen, bzw. entfernten sich soweit voneinander, daß eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich war. Auch radikalere Kräfte sahen sich einem Zerfallsprozeß ausgesetzt: Vormals illegal (und bewaffnet) agierende Gruppen erklärten nach und nach ihre Selbstauflösung, meist verbunden mit herber Selbstkritik.

Wo bleibt das Positive?

Die Antwort auf die MAOAM-Frage ("Was wollt ihr dann") wird auch dieses Mal nicht gegeben werden. Natürlich ist mensch heute schlauer als früher. *Hinterher ist man immer schlauer.* Zumindest sollte mensch das sein. Es führt aber oft nicht weiter, wenn heutige Erkenntnisse und Debatten auf vergangene politische Bewegungen angewandt werden. Es gilt sich zu vergegenwärtigen, daß das was heute Stand ist, oder zumindest sein sollte, bei seiner Einführung auf Widerstände stieß, wie auch großes positives Erstaunen und Lernbegierigkeit auslöste.
Fraglich ist, ob eine größere Radikalität zu mehr Erfolg geführt hätte. In der Anti-IWF-Kampagne war es zum Beispiel so, daß linksradikale Gruppen zum Gipfelsturm mobilisierten, gleichzeitig aber ein Riesenpolizeiaufgebot an die Wand malten. Dieses war dann auch am Platz, und agiert auch gemäß seiner Aufgaben gar nicht gewaltfrei, den öffentlich wahrnehmbaren Protest machten aber nicht Linksradikale, sondern eher gemäßigte Menschen, die die BankerInnen und andere mit ihren Aktionen nervten.
Internationalismus unterlag immer schon geographischen und kulturellen Beschränkungen und Vorlieben. Interessant war immer die gerade stattfindende Revolution und die Reihenfolge auf der Beliebtheitsskala an Kontinenten, zu denen gearbeitet wurde, ist immer noch die gleiche: Auf Platz 1 liegt Süd- und Mittelamerika, dann folgt Afrika, dann Asien, dann der Rest.

Internationalismus ist heute kulturell unattraktiv. Früher war Internationalismus Pop. Politische Figuren (und Ideen) mit denen sich mensch identifizieren konnte (Che, Ho-Tschi-Minh, etc. pp.), gibt es heute nicht (mehr). Nicht zufällig konnte Sub Marcos in seinem Outfit eine so große Aufmerksamkeit erringen. Nun geht es nicht darum, daß Menschen sich mit anderen identifizieren, sondern das Fehlen solcher *populärer* Ideen und Motive verschlechtert die Bedingungen des Kampfes um eine linke Hegemonie. Die Orientierung am Alltag, die einmal von undogmatischen und feministischen Gruppen gegen das linke Politikmodell gefordert wurde, ist heute in eine Konsumorientierung verwandelt.

Die Aussichten sind also trübe. Potentiale für eine theoretische Erneuerung einer linken und feministischen Internationalismusbewegung sind nicht/kaum zu sehen oder verfügen über zu wenig Power. Dies scheint mir neben anderen, wie etwa der Überalterung auch des linken Internationalismus, eines der Probleme der heutigen Reste der Bewegung zu sein: Während verbürokratisierte Gruppen und Institutionen (und dazu gehören auch linke) und reformistische NGOs mit viel Know-How und Geld Themen und Aktionsformen setzen, können sich "unprofessionelle" neue Gruppen kaum artikulieren, geschweige denn durchsetzen. Dies führt, und in dieser Situation befinden wir uns schon, daß neue, linke Gruppen marginalisiert werden, ohne Kenntnis der älteren Debatten und Ereignisse sind, während die alteingessenen ihr Ding durchziehen.

Literatur

Werner Balsen/Karl Rössel, Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln 1986 (Das Keksbuch ist das Standardwerk, Restexemplare für nur 10 DM bei Buchvertrieb Anares fax 05132/93833)

Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 3/1994, Solidaritätsbewegungen. Zwischen Hoffnung und Resignation (Darin ein sehr typischer historischer Aufsatz von Ex-BUKO Geschäftsführer R. Bräuer und von Malte Letz zur "ostdeutschen" Soli-Bewegung)

Gruppe Feministischer Internationalisms (Hg.), Zwischen Staatshaushalt und Haushaltskasse, Bremen 1989

Marion Kraft u.a. (Hg.), Schwarze Frauen der Welt, Berlin 1994 (zur neueren Debatte zum feministischen Selbstverständnis)

PIZZA (Hg.), ODRANOEL. Die Linke - zwischen den Welten, Hamburg 1992 (Das Pizza-Buch als guten Überblick über die damalige Debatte des linken Internationalismus)

Bernd Hüttner nahm 1985 an der Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Bonn teil und erlebte dort seine erste und bislang letzte polizeiliche Festnahme.



150° West 60° Nord

Eine Standortbestimmung jenseits vom Neuen Internationalismus

REDAKTION ALASKA

Internationalismus ist mehr als die weit verbreitete Anschauung, daß heute alles irgendwie global ist. Internationalismus heißt, die Frage nach Herrschaft und Befreiung (Emanzipation) in einem weltweiten Rahmen zu sehen und zu stellen. Internationalismus heißt gleichzeitig, die heutige Ordnung der Welt nicht nur als ein Bündel von Problemen, sondern als eine herrschaftsförmige Ordnung zu sehen - eine Ordnung, die auf der Geschichte der kolonialen und imperialistischen Unterwerfung der Welt durch die Länder des Nordens beruht, aber auch auf der Geschichte des Widerstands und der Emanzipation hier wie dort. Internationalismus bejaht das prinzipielle Recht der Menschen auf Selbstbefreiung und die Notwendigkeit, sich dabei gegenseitig zu unterstützen, über die Grenzen von Nationen und wirtschaftlichen Blöcken hinweg.

Soviel ist immer noch richtig. Internationalismus bedarf heute jedoch einer Neubestimmung angesichts einer veränderten Weltlage; er bedarf auch einer kritischen Neubegründung hinsichtlich dessen, was man sich unter Emanzipation vorgestellt hat und zukünftig vorstellen soll. In den Diskussionen um einen "Neuen Internationalismus", die um 1992 herum geführt wurden, ist eine solche Neubestimmung begonnen worden, gleichzeitig wurde ihr jedoch auch ausgewichen. Ein postmoderner Internationalismus muß an diesen Debatten anknüpfen und über sie hinausgehen.

Als veränderte Rahmenbedingungen für internationalistische Politik in den letzten Jahren werden meist übereinstimmend genannt (das sind aus unserer Perspektive bei weitem nicht alle, aber die, über die man sich allgemein einig ist):

- der Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten und damit das Ende der Systemkonkurrenz;
- das Scheitern der nationalen Befreiungsbewegungen, jedenfalls bei dem Versuch, eine neue, zukunftsweisende gesellschaftliche Ordnung im eigenen Land zu etablieren;
- eine von den Transnationalen Konzernen und Banken getragene weltweite Integration und Flexibilisierung der Produktion, die die Verhandlungsmacht von Arbeit untergräbt, die ökonomische Souveränität der Nationalstaaten schwächt, und in der Marginalisierung und Ausschluß eine stärkere Drohung zu sein scheint als Ausbeutung;
- die ökologische Unhaltbarkeit des bisherigen globalen Entwicklungsmodells.

Das ist jedoch nur die eine Seite. Die andere Seite ist, daß sowohl die Politik der realsozialistischen Staaten, als auch der nationalen Befreiungsbewegungen, als auch der Internationalismusbewegung Teil eines Emanzipationsmodells war, das heute nicht mehr akzeptabel ist. Selbst wenn wir von den Fällen absehen, wo in rein zynischer Weise auf Sozialismus, Befreiung und Internationalismus Bezug genommen wurde (vom "Sozialismus" Rumäniens über die "nationale Befreiung" Kambodschas bis zur Selektion nach jüdischen und nichtjüdischen Passagieren an Bord eines unter Mitwirkung deutscher Linker entführten Flugzeugs), bleibt festzuhalten, daß auch der "Normalfall" dieses Emanzipationsmodells patriarchal und autoritär war und in vielerlei Hinsicht Unterdrückungsstrukturen legitimiert und Emanzipation verhindert hat.

Von den "Modellstaaten" ist keiner geblieben. Von einigen ist heute unverständlich, wie sich die Internat-Bewegung teilweise so positiv drauf beziehen konnte, z.B. China. Auch diejenigen, die wir immer noch als positive Beispiele verbuchen würden, wie Kuba, Nicaragua, Uganda zeigten die typischen Elemente einer tendenziell autoritären Verfassung und einer tendenziellen Ignoranz gegenüber indigenen Bewegungen, Feminismus, Homosexualität, etc. (Dabei ist es eine im Einzelfall zu führende, notwendige Diskussion, welche Autoritarismen in der revolutionären Situation schwer vermeidbar oder historisch alternativlos waren, und für welche das sozialistische Emanzipationsmodell oder ein direktes Herrschaftsinteresse verantwortlich waren.)

Das Pathos, mit dem die internationale Befreiung gefeiert wurde, war dasselbe, mit dem feministische Emanzipation beiseitegewischt wurde. Während die Theorie vom "Hauptwiderspruch" Kapital-Arbeit in der Internationalismus-Bewegung immer kritisiert wurde, hält sich bis heute die Neigung, sich einer "Hauptaufgabe" zu widmen, der gegenüber die multiplen Unterdrückungsstrukturen dann doch bloßes Beiwerk sind. Die Sehnsucht, die Rückkehr zu den "harten Fragen" möchte wieder mehr Eindeutigkeit und Orientierung bringen, scheint gerade in letzter Zeit wieder zuzunehmen.

Die Internationalismus-Bewegung hat sich an der Suche nach Ansätzen beteiligt, die diese Situation überwinden, z.B. durch die Rezeption des Triple-Oppression-Ansatzes oder die Auseinandersetzung mit der Subsistenztheorie. Die internationalistische Debatte ab 1992 hat Wesentliches zu einer Neubestimmung linker Politik beigetragen. Sie hat es jedoch bis jetzt nicht geschafft, ein erneuertes Modell politischer Utopie und Strategie hervorzubringen, das gegenüber der erfolgten Kritik und Selbstkritik Bestand hat und auch in den eigenen Zusammenhängen, ihrer Alltagsebene, als revolutionierende Kraft spürbar wird.

Internationalismus ist mehr als die weit verbreitete Anschauung, daß heute alles irgendwie global ist.

Internationalismus ist mehr als die weit verbreitete Anschauung, daß heute alles irgendwie global ist. Internationalismus ist mehr als die weit verbreitete Anschauung, daß heute alles irgendwie global ist. Internationalismus ist mehr als die weit verbreitete Anschauung, daß heute alles irgendwie global ist.

Vom Neuen Internationalismus ...

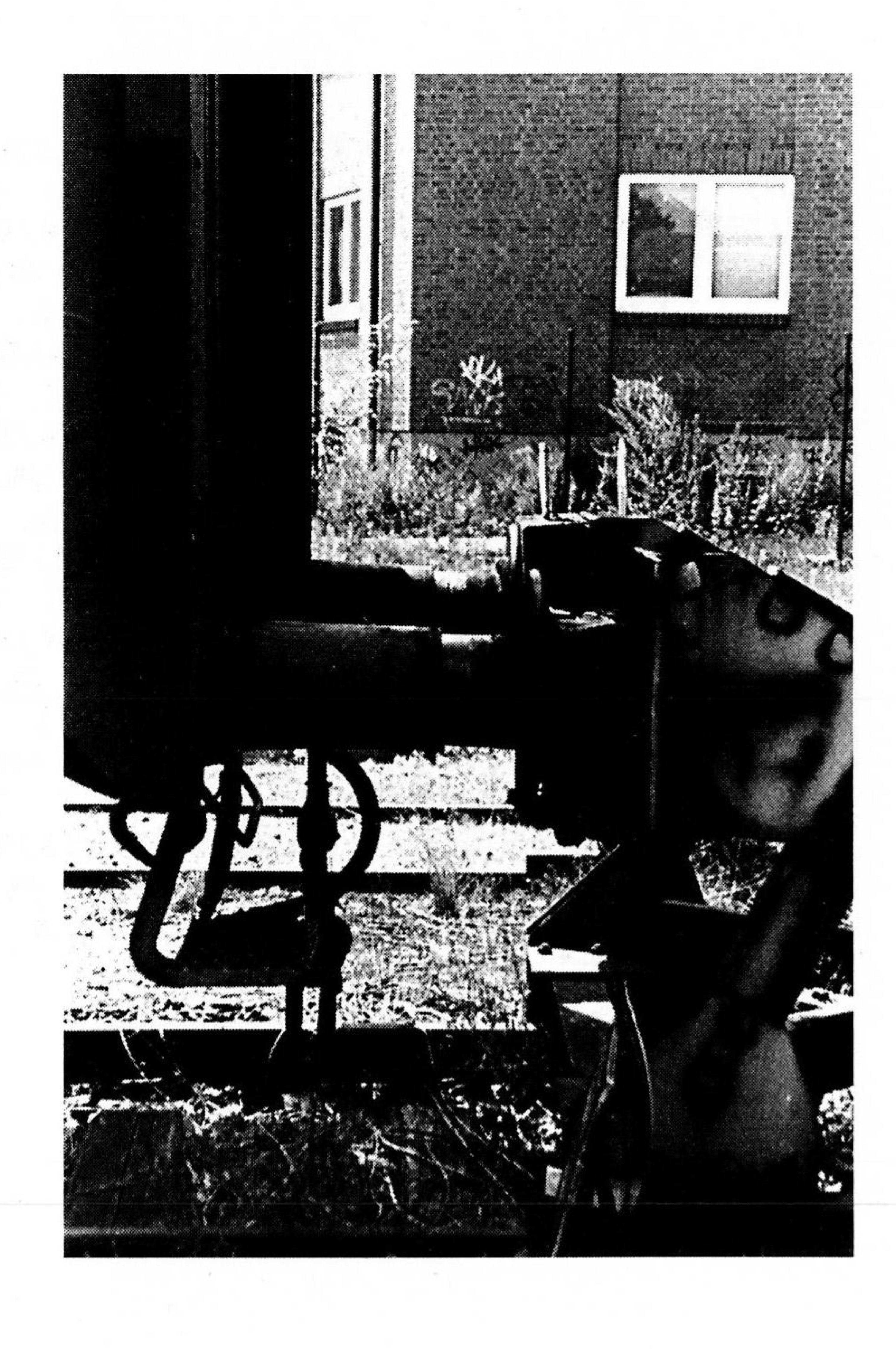
Seit den Zeiten von 68, besonders aber in den letzten 20 Jahren sind die traditionellen Vorstellungen darüber, was linke und internationalistische Politik ist, in vielfacher Weise kritisiert und zu Recht revidiert worden. Einige dieser Revisionen sind:
- Es gibt nicht das "revolutionäre Subjekt". Emanzipative Prozesse entfalten sich entlang der umfassenden, alle Lebensbereiche und Wahrnehmungsebenen betreffenden, Politisierung des Subjekts als Unikat.
- Das Konzept der Avantgarde ist am Ende. Die Herrschaftsverhältnisse durchziehen uns alle, wenn auch in unterschiedlicher Weise. Wir alle haben uns in Selbstveränderungsprozesse einzubringen und nicht Führung, sondern Selbstbestimmung ist gefragt. Linke Dominanzkultur hat viele Befreiungsansätze zerstört.
- Es gibt keinen Hauptwiderspruch. Elementar ist die Vernetzung und historische Dynamik von Herrschaft zu verstehen, wie auch ihren Doppelcharakter von Ausgrenzung wie auch Integration. Wir sehen mehr als Kapitalismus, aber auch mehr als Kapitalismus, Rassismus und Sexismus.
- Es funktioniert nicht, die zentrale Staatsmacht zu übernehmen und dann die Gesellschaft von oben emanzipativ zu gestalten. Die Macht hat viele Zentren, und Emanzipation muß im Wesentlichen aus der Gesellschaft heraus erfolgen, von staatlicher Politik nur flankiert.
- Fortschritt/Entwicklung ist nicht per se progressiv. Ökonomische Modernisierung entfaltet nicht automatisch demokratisch-sozialistische Potentiale. Ganz im Gegenteil stellt sie häufig eine Form von sozialem Krieg und politischer Unterwerfung dar.
- Es gibt keine "Objektivität", von der aus man erkennen kann, wie die Lage anderer ist und was sie brauchen.
- Demokratisierung, Gleichheitspolitik, Identitätspolitik (also interne Gleichheit in der Gruppe) sind in hohem Maße problematisch, weil sie gegenüber den neueren "abstrakten" Unterdrückungsformen (also "entgeschlechtlichtes" Patriarchat, "räumlich entgrenzter" Norden, "entfärbter" Rassismus etc.) mindestens wirkungslos sind bzw. diese sogar untermauern.
- Vergesellschaftung, gesellschaftliche Planung, "rationale Bedürfnisbefriedigung" ist nicht der Schlüssel zu linker Politik. Derartige Konzepte haben erstens enge Grenzen, weil z.B. eine totale Kollektivierung von Reproduktion weder möglich noch wünschenswert ist, und können zweitens für sehr unterschiedliche Programme genutzt werden, verbürgen also keineswegs Emanzipation.

... zur postmodernen Kritik

Diese Revisionen sind in der Debatte um "Neuen Internationalismus" bereits gesehen und vollzogen worden. Ihre Hauptkonsequenzen waren,
- den Widerstand gegen die Verhältnisse im eigenen Land zu betonen,
- die Gleichberechtigung verschiedener Unterdrückungsstrukturen praktisch anzuerkennen und
- den Industrialismus des Nordens nicht mehr als das eine, von allen anderen nachzuvollziehende Entwicklungsmodell zu sehen.

An den traditionellen linken Vorstellungen von Emanzipation wurde jedoch nicht gerüttelt. Linke Politik ist traditionellerweise von einer Emanzipationsvorstellung getra-





gen, die typisch "modern" gedacht ist. Diese klassischen, "moderne" Vorstellung von Emanzipation und ihrer "Radikalität" beinhaltete:

- Zwischen den Verhältnissen und der emanzipativen Bewegung gebe es einen radikaler Bruch, eine absolute Trennung.
- Emanzipation ist total, sie kann und muß jeden Lebensbereich und jeden gesellschaftlichen Bereich erfassen, sonst ist sie nicht "radikal".
- Wirkliche Emanzipation hebt Ungleichheit auf, auch das Problem ungleicher Macht. Deshalb macht wirkliche Emanzipation jedes Nachdenkens über Repräsentation und Macht "hinterher" überflüssig.
- Befreiung ist die "Freisetzung" von etwas, was es schon gibt und sich aus den Verhältnissen befreit (wie wenn es nicht auch von den Verhältnissen geprägt und darum auch zu verändern wäre).
- Emanzipation geht den Kern der Sache an, die "wirkliche Ursache" von Herrschaft und Ungleichheit.
- Ist diese Ursache beseitigt, regeln sich die gesellschaftlichen Verhältnisse im Einklang mit der Vernunft, sie "optimieren" sich.

Es ist der Glaube an diese Vorstellungen, der durch die postmoderne Kritik erschüttert wird. Auch dies ist keine akademische Frage. Hier liegt z.B. begründet, wieso die Kritik und Bearbeitung interner Herrschaftsverhältnisse in fast allen Zweigen der Emanzipationsbewegungen so schwierig war - von den sozialistischen Staaten bis zur Frauengruppe, vom Black Movement bis zur Internationalismusbewegung selbst. Die "radikale Trennung" ist immer auch ein patriarchales Konzept, z.B. weil sie die eigene Führung unangreifbar macht und deren Totalverwaltung der eigenen Ressourcen legitimiert. Die "radikale Trennung" sieht auch von den Notwendigkeiten der Reproduktion unter den gegebenen Verhältnissen ab und ist deshalb patriarchal - Frauen können diese Notwendigkeit nicht in gleicher Weise ignorieren, schon deshalb weil sie sich in höherer Weise für Kinder verantwortlich fühlen, aber auch deshalb, weil z.B. die meisten Männer unter Bedingungen Politik machen, unter denen die meisten Frauen weder leben noch arbeiten können. Die "radikale Trennung" legitimiert die interne Vorherrschaft derer, die sich "am radikalsten freimachen können", und das sind allemal Männer.

Die klassische Vorstellung legt also immer eine Idee von "Radikalität" nahe, die patriarchal ist, für selbstrechtfertigende Gewalt und interne Herrschaft offen, und von der eine gerade Linie zur "Mensch-oder-Schwein"-Dialektik der RAF führt. Es geht im Gegensatz dazu nicht darum, sich mit "weniger Radikalität" zufrieden zu geben. Ganz im Gegenteil hat das klassische Emanzipationsdenken dazu geführt, weite Bereiche unangetastet zu lassen und eben nicht zu revolutionieren; es hat aus der Befreiung eine höchst oberflächliche Angelegenheit gemacht. Es geht also um einen Begriff von "radikal", der sich nicht an der maximalen Abgrenzung von allem Bestehenden bemißt, aber der auch nicht darin wetteifert, die "wirklichste Ursache" zu finden; sondern der sich an der Konsequenz bemißt, mit der alle Verhältnisse erfaßt werden, und der Offenheit, Kritik an Herrschaft zu ermöglichen, wo immer sie sich etabliert.



Ein postmoderner Emanzipationsbegriff beinhaltet, daß Befreiung etwas Prozesshaftes ist und keine Einpunkt-Revolution, und daß nie der Punkt erreicht wird, wo Emanzipation prinzipiell "nicht mehr nötig" wäre. Ferner

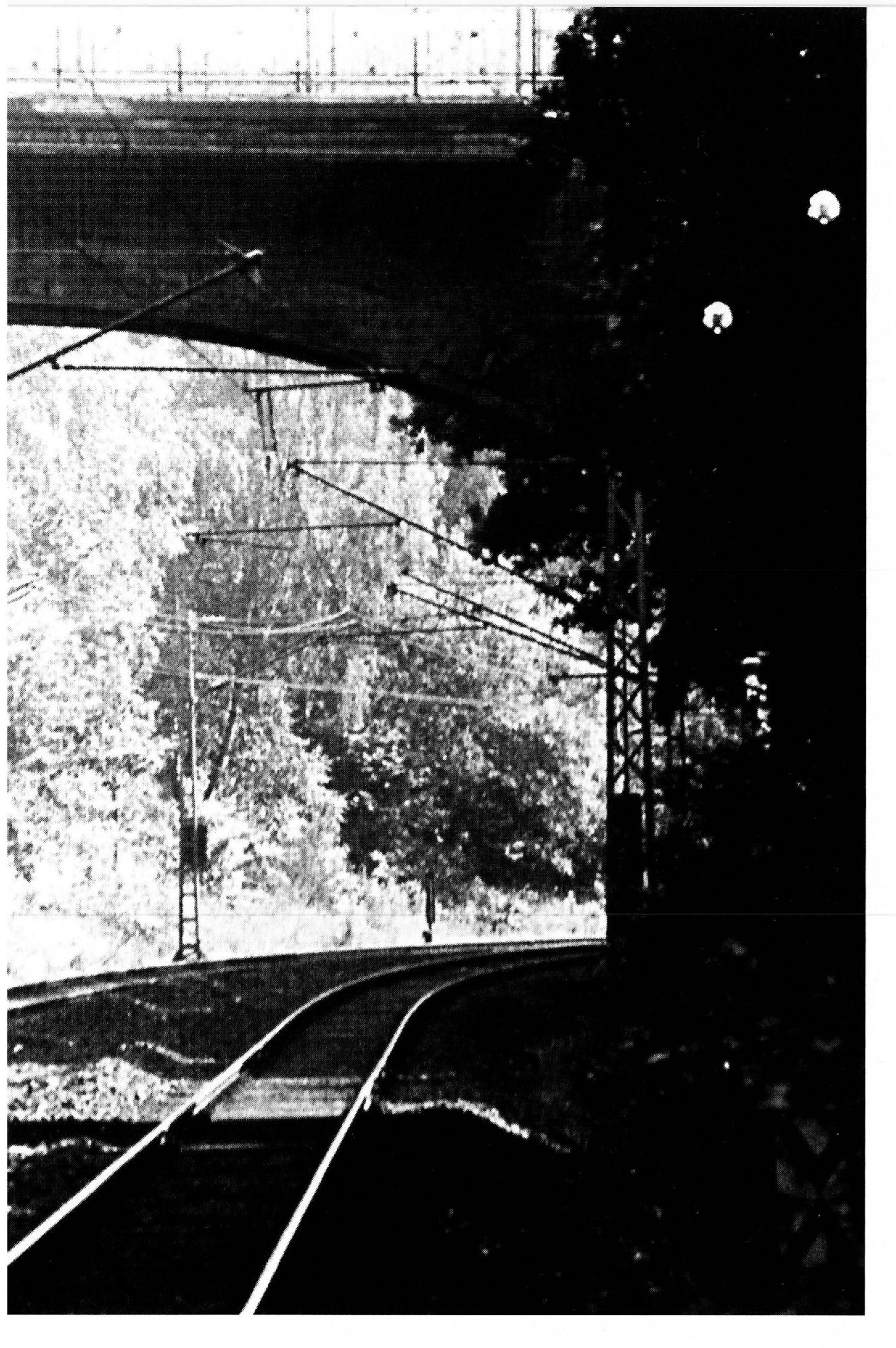
ergibt sich daraus die Forderung, aus der linken Szene und Subkultur herauszutreten und die ideologische Selbstisolierung zu überwinden. Die nichtlinken Menschen sind nicht die "Masse" oder das "Volk", den "Unreinen" stehen nicht die pc-gerechten, reinlehrigen Linken gegenüber. Befreiung ist keine saubere Sache. Wir alle bewegen uns in unseren Widersprüchen, in den gesellschaftlichen Normräumen und stehen vor dem Spannungsverhältnis von individueller und kollektiver Befreiung. Revolutionäre Politik beginnt im Hier und Jetzt und kann auch keine Vertröstungspolitik sein nach dem Muster "Politik jetzt, Lebensfreude später".

Die Debatte seit 1992

Eine postmoderne Kritik und Erneuerung der Vorstellung von Herrschaft und Befreiung (Emanzipation) ist etwas gänzlich anderes als die ebenfalls anzutreffende Praxis, die Frage nach Herrschaft und Befreiung einfach aufzugeben. Die "neuen Diskurse", die an die Stelle des gescheiterten Entwicklungsbegriffs getreten sind - Neue Weltordnung, Zivilgesellschaft, Globalisierung, Nachhaltigkeit und "Kultur" - tun genau das. Sie gehen geradezu mit den Fehlern und Katastrophen der heutigen Weltordnung hausieren, um einen Effekt des "allgemeinen Problemlösens" zu erzeugen, das aber die Herrschaftsverhältnisse ausspart.
Die einzelnen Teile der Internationalismus-Bewegung gehen damit unterschiedlich um. Gemeinsam ist ihnen immer noch eine mehr oder weniger starke Kapitalismuskritik, deren Facettenreichtum aber heute deutlich mehr Unterschiede als Parallelen aufweist. Die Interessensgemeinschaft der sozialen Bewegung und deren Leitthemen, wie sie in den 80er Jahren existierte, hat sich aufgespalten. Während sich die einen (die Kapitalismusreformer) Globalisierung, Nachhaltigkeit oder Zivilgesellschaft zu ihren Themen erkoren haben, arbeiten sich die anderen an der neuen Weltordnung bzw. heute am Neoliberalismus ab und lehnen nach wie vor das kapitalistische System grundsätzlich ab. Im Vordergrund stehen bei allen die Marktstrukturen, bzw. die ökonomischen Zusammenhänge. Die anderen Unterdrückungsmechanismen wie Rasse und Geschlecht werden dem untergeordnet. An der Entwicklung eines Herrschaftsbegriffs, der alle Unterdrückungsstrukturen bearbeitet und sie als komplexes System sieht, hält nur ein kleiner Teil innerhalb der widerständigen Kräfte fest.
Das ist auch die Folge von Demokratisierung und Integration. Innerhalb der Modernisierung von Herrschaft, wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt hat, wurde durch das partielle Einbeziehen von diskriminierten Gruppen und deren Inhalten, aber auch den ökonomischen und politischen Druck ("partizipier' oder stirb") die soziale Bewegung gespalten. Ergebnis ist, daß sich die Bewegung mitmodernisiert hat, Reibungsflächen verschwunden sind und es schwerer geworden ist, in der Perspektive zwschen Machterhaltung und Abbau des Zugriffs zu unterscheiden.
Die Klammer der verschiedenen Ansätze und Bewegungssegmente ist immer noch der Antikapitalismus. Diese Klammer ist jedoch eine Leerformel. Es ist weitgehend anerkannt, daß das Kapital kein Haufen von Produktionsbesitz oder Finanzmitteln ist, sondern ein soziales Verhältnis. Es ist immer historisch und konkret, immer durch die Gesamtheit der Unterdrückungsstrukturen bestimmt, und nicht durch den einen Kunstgriff mit einem Ruck aufzuheben. Es klingt daher zwar gut, sich in der Bewegung gegenseitig mangelnden Antikapitalismus vorzuwerfen, in Wirklichkeit war aber nie zuvor unklarer, was damit eigentlich gemeint sein soll - die Verstaatlichung der großen Produktionsmittel allein kann es wohl nicht sein, was aber dann?
Eines der Felder, wo diese Unklarheit unlösbare Debatten hervorbringt, ist die Debatte um den Neoliberalismus. Ist der Neoliberalismus eine exzessive Form des Kapitalismus, oder ist er die Rückkehr zur kapitalistischen Normalität nach dem Ende der Systemalternative? Die Frage läßt sich so nicht sinnvoll beantworten, weil es einen "kapitalistischen Normalfall" eben nicht gibt, und weil der Griff nach besonders brutalen Marktinstrumenten und die Instrumentalisierung der Konkurrenz von Nationen sowohl erfolgt, weil das möglich und profitabel ist, als auch, weil sich vorher relative Grenzen des Kapitalverhältnisses (umfassend gedacht) ergeben haben.
Die Neoliberalismus-Debatte verweist, ebenso wie das Dilemma des Radikalen Reformismus und bestimmte Aspekte der Chiapas-Debatte, auf die zentrale Leerstelle linker Erneuerung: nämlich die Bestimmung dessen, was eine Politik der Emanzipation ausmacht, die der Logik der Kapitalverwertung und verwertenden "Optimierung" entgegengestellt werden kann. Diese Leerstelle wird durch abstrakten Antikapitalismus nur schwach verdeckt, und um sie zu füllen, ist nicht antikapitalistischer Scheinradikalismus entscheidend, sondern die Breite und Konsequenz des emanzipativen Ansatzes. Dass nicht alles, was aus sozialen Bewegungen heraus gefordert und durchgesetzt wird, emanzipativ ist, dürfte nämlich allgemein klar sein (z.B. aus der Kritik der Gewerkschaftsbewegung oder dem Charakter sozialer Reformen in den Metropolen als Privilegienverteidigung). Es ist richtig, die Aufstandsbewegung in Chiapas als Suche nach einer emanzipativen Konzeption zu interpretieren, die den Revisionen am klassischen Politik- und Emanzipationsbegriff gerecht wird. Dies macht aber nur Sinn, wenn diese Konzeption auch formuliert wird, und sei es in Umrissen, und ihre "Übersetzung" (nicht schematische Übertragung) auf unsere Verhältnisse hier gesucht wird, was in der Regel nicht geschieht.
Dem Problem läßt sich auch nicht durch einen Streit über die Wahl des revolutionären Subjekts entkommen, wie er zwischen antinationalen Positionen und dem Bemühen um ein Wieder-Andocken an die Soziale Frage hierzulande geführt wird. Es gibt weder ein total gerechtigfertigtes noch ein total verworfenes Subjekt. Das "antinationale Dilemma" läßt sich nur lösen durch eine Verschiebung der Fragestellung: Nicht "mit wem kann/will man/frau noch Politik machen?", sondern "welche emanzipative Konzeption wollen wir in alle Verhältnisse einbringen?"

Grundrisse einer Neubestimmung

Die Notwendigkeit einer Neubestimmung ist keine Aufgabe, die sich nur für den Internationalismus stellen würde. Es ist die Frage nach einer Neubestimmung dessen, was heute links, was heute Emanzipation ist. Es funktioniert nur auch keine internationalistische Politik mehr, die zu dieser "allgemeinlinken" Frage keinen Entwurf hat - die Zeit des Drunterdurchtauchens ("Wir machen Nicaragua und G8 und warten ab") ist vorbei.
Emanzipation heißt, in allen gesellschaftlichen Bereichen die Regeln freier Kooperation einzufordern und durchzu-



sozialen Verhältnisse - vom Staat bis zur Beziehung, von der Institution bis zur politischen Organisation, vom Nord-Süd-Verhältnis bis zum Miteinander von verschiedenen Bewegungen.
Wir sind der Meinung, daß in den verschiedenen Diskussionsprozessen, in denen die Revision des klassischen Emanzipationskonzepts betrieben worden ist, auch die wesentlichen Ziele einer derzeitigen Orientierung inzwischen beschrieben worden sind und daß es dabei ein gewisses Maß an Übereinstimmung bereits gibt, wenn auch in z.T. ganz unterschiedlichen Begriffen und Formulierungen. Wir sehen das Folgende daher nicht als vorzuschlagendes "schlaues Konzept", sondern als Sichtbarmachen dessen, was sich jenseits des alten Konzeptes bereits herausgeschält hat.

a) "Abwicklung von Herrschaftsinstrumenten"
Die zukünftige Orientierung kann sich nicht darauf richten, mit den vorhandenen Strukturen und Herrschaftsinstrumenten "was Gutes zu machen", sondern muß sich auf den Abbau der Instrumente richten, mit denen der herrschaftsförmige Zugriff auf Natur und Arbeit organisiert wird. Dieser Abbau muß z.T. schrittweise, aber mit klarem Ziel des Verschwindens erfolgen, was mit "Abwicklung" gemeint ist. In der Diskussion um Nachhaltigkeit haben wir diesen Prozeß "Abwicklung des Nordens" genannt, was aber beinhaltet, "Norden" nicht nur im Sinne von Nord-Süd-Verhältnis zu sehen, sondern als ein Herrschaftsmodell, das sich in allen Teilverhältnissen weltweit findet. Diese Abwicklung beinhaltet:
- Die prinzipielle Ablehnung von gewaltförmiger Intervention. Das gilt für Interventionen gegenüber Dritte-Welt-Staaten, bedeutet aber z.B. auch, eine "deeskalierende" statt nur verrechtlichende Migrationspolitik zu fordern und durchzusetzen, die eben auch dekriminalisiert und die vielfältigen Formen gewaltförmiger Intervention abbaut, usw.
- Der extern orientierte, "globale Sektor" soll nicht ausgebaut, sondern im Verhältnis zu den Binnenprozessen zurückgeführt und seine Dominanz gebrochen werden. Das gilt für ökonomische Makropolitik ebenso, wie für jedes "alternative Projekt" und für jede soziale Kooperation.
- Eine Deprivilegierung der formalen Arbeit soll durchgesetzt werden. Qualifizierte Lohnarbeit, die weder prekär, noch entrechtlicht oder illegalisiert, noch biographisch zerstückelt oder in ein hohes Maß "informeller" Arbeit eingebettet ist, ist Sache einer soziologischen Minderheit, deren Privilegien weit über die unmittelbare Bezahlung hinausgehen. Hier herrscht eine moderne Diskriminierungsform, mit der es zu brechen gilt, weil über sie massiv Zwang ausgeübt wird.
- Eine Aneignung von Räumen und Zusammenhängen "von unten" soll vorangetrieben werden. Diese Räume und Zusammenhänge werden aktuell nach Maßgabe "positiver Teilnahme am Verwertungsprozeß" vergeben, was nicht einfach Ausfluß kapitalistischer Logik ist, sondern ein zentrales Instrument zu ihrer Durchsetzung.
- Formen direkter Überlebenssicherung ist der Vorzug zu geben vor den Formen "verumständlichter Reproduktion", mit denen massive Abhängigkeiten geschaffen werden (und es sollen solche Formen auch selbst aufgebaut werden). Dabei geht es nicht nur um die Produktion des unmittelbar materiell Lebensnotwendigen und seine Gefährdung durch Markt und Technologie, sondern z.B.

setzen. Soziale Verhältnisse in freier Kooperation regeln, heißt
- daß den historisch überkommenen Verteilungen und Regelungen von Arbeit und Verfügungsgewalt kein höheres Recht zukommt, sondern sie von den Beteiligten jederzeit und ohne Ausnahme zur Disposition gestellt werden können;
- keine anderen "natürlichen" oder "vernünftigen" Regeln anzuerkennen als die, daß alle Beteiligten das gleiche Recht haben sollen, auf die Regeln einer Kooperation Einfluß zu nehmen, indem sie ihre eigene Mitwirkung einschränken, unter Bedingungen stellen oder notfalls ganz aufgeben;
- soziale Verhältnisse so zu gestalten, daß alle Beteiligten diese Einflußnahme zu einem vergleichbaren und vertretbaren Preis praktizieren können.
Ein solches Konzept geht vom Konflikt als Normalfall aus und von Emanzipation als Realität und Notwendigkeit, die durch keine spezifische "Ordnung" ein für allemal überflüssig gemacht werden kann und die sich eben darüber vollzieht, die Bedingungen der Kooperation praktisch in Frage zu stellen, was durch keine noch so "gleiche und vernünftige Diskussion" aller Beteiligten jemals ersetzt werden kann. Ein solches Konzept ist leitmotivisch für alle

auch um alle Qualitäten von Gesellschaftlichkeit, die nach herrschender Konzeption nur am Ende eines totalen Umwälzungs- und Verwertungsprozesses entfaltet werden können, bzw. nur nach dem Maßstab der Teilnahme an diesem Prozeß "spendiert" werden.

b) "Politik der Beziehungen"
Die Idee der Abwicklung hat ihre Defizite darin, daß sie strategische Ziele als überwiegend negative beschreibt ("weniger von..."), bzw. als abstrakte Kriterien. Für eine Vergesellschaftung von unten reicht das aber nicht aus, sie ist ein kreativer Prozeß, in dem für die verschiedenen Fragen und Widersprüche jeweils Lösungen gefunden werden müssen. Das mögen auch technische und ökonomische sein, es sind vor allem aber auch soziale. Wesentliche Elemente einer solchen Zielbestimmung, die z.B. für die Praxis eigener Organisationen und Kooperationen gelten sollen, aber auch allgemein für soziale Verhältnisse leitmotivisch sein sollen, sind vielfach unter dem Begriff einer "Politik der Beziehungen" diskutiert worden. Dazu gehört:
- Verhältnisse nach dem Prinzip des Verhandelns zu organisieren. Dies grenzt sich gegen das Prinzip ab, aufgrund erkannter "richtiger" Strukturen (seien sie effizienzorientiert oder besonders "demokratisch") durchzuziehen, anstatt sich auf den schwierigeren Prozeß des Aushandelns der Bedingungen der Kooperation einzulassen - insbesondere über unterschiedliche Emanzipations- und Unterdrückungsgeschichten hinweg.
- Eine Praxis der Anerkennung zu entwickeln. Das heißt, Differenzen anzuerkennen, aber dabei nicht stehenzubleiben, sondern die Infragestellung durch die Verschiedenheit ebenso wie die Möglichkeit der verunsichernden Ähnlichkeit auszuhalten - zwischen der Teilhabe an verschiedenen Unterdrückungserfahrungen ebenso, wie zwischen "sozial älteren" und "sozial jüngeren" Beteiligten.
- Ein Prinzip der Ermöglichung zu praktizieren. Es muß möglich sein, die Ressourcen einer Gruppe, d.h. auch die Unterstützung der anderen, auch für Projekte zum Tragen zu bringen, die nicht komplett vereinheitlicht, abgesichert, von allen geteilt und für gut befunden sind. Sonst bewegt sich nichts mehr und sonst würde für die Beteiligten das wesentliche Potential einer Kooperation zugunsten des "Mikado-Prinzips" (wer sich bewegt, hat verloren) abgeschnitten.
- Die Kooperation nach dem Grundsatz der Disloyalität zum Bestehenden zu behandeln. Das bedeutet, ihr Scheitern nicht auszuschließen und ihren Bestand nicht zur obersten Richtschnur zu machen; sich der überkommenen "Zivilisation" gegenüber, ob es eine gesellschaftliche oder eine "Gruppenzivilisation", nicht zwangsloyal zu verhalten, sondern lieber aus Prinzip disloyal. Daß "es sonst nicht funktioniert", ist eben kein Argument.

c) Politik der "praktischen Demokratiekritik"
Zum heutigen Erkenntnisrepertoire von Herrschaftskritik gehört (auch wenn es immer wieder verdrängt wird), daß Wählen zwar besser ist als Entscheidungsfindung qua Hierarchie, an sich aber noch keineswegs Emanzipation verbürgt. Was aber folgt aus unserer theoretischen Kritik an der historischen Demokratie und an heutigen (herrschaftsförmigen) Demokratisierungsprozessen? Diese Kritik basiert darauf,
- daß bei der Demokratisierung von Entscheidungsprozessen ein Abbau von Herrschaft kein Kriterium ist, sondern ganz im Gegenteil die "Eingriffstiefe" der Entscheidungen wächst und der herrschende Zugriff auf jeden Ort der Gesellschaft eher zu- als abnimmt;
- daß "nachholende Demokratisierung" die Anpassung an bisher etablierte Normen (männliche, weiße, bürgerliche, nördliche ...) nicht aufhebt, sondern sogar verstärken kann;
- daß Minderheiten zwar nicht allein entscheiden sollen, Mehrheiten aber auch nicht per se emanzipative Politik machen und ein System "multipler Mehrheiten" sehr wohl mit der Vormachtstellung einer herrschenden Klasse und mit einer Verstärkung sämtlicher Unterdrückungsverhältnisse kompatibel ist.
Wir können zumindest feststellen, daß hier andere theoretische und praktische Leitbilder für eine Politik der Emanzipation zählen müssen, auch wenn der Teufel im Detail steckt:
- Selbstbestimmung und Dezentralisierung. Entscheidungsprozesse sollen soweit wie möglich zurückverlagert werden, von "oben" nach "unten". Der Dreh- und Angelpunkt ist dabei, nicht die Knochen zu verteilen und die Filetstücke zu behalten, wie das eine herrschaftsförmige Regionalisierung und Partizipationspolitik tut, bei der die Gesamtheit der Entwicklungen und Austauschverhältnisse nicht zur Disposition steht, aber innerhalb dieses Rahmens "gestaltet" werden darf.
- Begrenzung der Eingriffstiefe des demokratischen Prozesses; Schutzmechanismen gegen Majorisierung und Auslieferung an "übergeordnete Entscheidungen". Es geht dabei tatsächlich auch um Veto- und "Nimby"-Rechte ("not in my backyard": wenn keiner die Folgen einer Entscheidung bezahlen will, dann ist das eben auch eine Form, wie diese Entscheidung legitim scheitert). Die Vorstellung, die zentrale Ebene sei die, von der gesellschaftliche Demokratisierung vorangetrieben werde und die dafür Kompetenzen zur Intervention brauche, gehört zum Inventar einer "modernistischen" Emanzipationsvorstellung, das heute gefährlich und abzulehnen ist.
- Affirmative Action. Anti-Diskriminierungspolitik, die mehr ist als formale Gleichstellung, ist mit Sicherheit ein zentrales Element emanzipativer Prozesse, aber nur, wenn sie von der Kritik der bisher herrschenden Norm ausgeht und nicht in ihrem Sinne Gleichstellung und "Förderung" betreibt.
- Auch Political Correctness ist in diesem Sinne ein zentrales Element. Aber eben nicht verstanden als Dogmatik dessen, "was nicht gesagt werden darf", sondern als Verpflichtung zur Einbeziehung dessen, was bisher nicht gesagt werden konnte, sozusagen eine Affirmative Action auf dem Gebiet der Inhalte und der Öffentlichkeit.
- Die Forderung nach einer unabhängigen Existenzsicherung wird die Idee einer Absicherung durch Arbeitspolitik, "Vollbeschäftigung" usw. ablösen müssen, wobei der Akzent auf "unabhängig" und auf "qualitativ ausreichend" liegt. Die Produktivität der Gesellschaft ist eine kollektive und umfassende; daß Existenzsicherung nach Kriterien der Formalarbeit oder der "besonderen Bedürftigkeit" von oben vergeben wird, ist nichts als ein willkürliches Instrument des Zwangs und der Unterwerfung.

d) Organisierung
Die Frage, wieweit Emanzipation Organisierung braucht und welche das sein soll, ist umstritten - aber zurecht umstritten, weil die Frage notwendig und eben nicht geklärt ist. Als halbwegs gesichert sollte unseren Er-

achtens gelten:
- Für eine zukünftige emanzipative Bewegung wird es keine organisatorische Vereinheitlichung in einer großen Organisation geben. Das ist weder sinnvoll, noch möglich, noch wünschenswert; das war es auch in der Vergangenheit nicht. "Organisierung" im Sinne inhaltlicher Annäherung und des annähernden Austauschs strategischer Ziele kann und sollte jedoch sehr wohl ein übergreifender Prozeß sein, der an sektoralen Grenzen nicht halt macht. Multiple Zugehörigkeit und divergierende Herrschaftsanalysen sind das eine, die gemeinsame Erarbeitung von Grundrissen einer zukünftigen emanzipativen Politik ist das andere.
- Für letzteres gibt es heute einen massiven Bedarf. Deshalb wächst die Bedeutung von "gemischten" und "teilbereichsübergreifenden" Formen der Zusammenarbeit und Organisation, in denen eine solche Neubestimmung entwickelt, praktiziert, durchgesetzt, ein Stück weit gelebt wird. Auch sonst gibt es Bereiche theoretischen und praktischen Handelns, die ohne "Organisation" im engeren Sinne schlecht funktionieren: die Schaffung selbstverwalteter Räume, "organisierte" Formen von Widerstand und Protest, das Ausloten theoretischer und praktischer Gemeinsamkeiten für eine emanzipative Bewegung usw. Auch Organisation in diesem Sinne ist ein Stück Lebensqualität (und wird gesellschaftlich ständig untergraben).
- Politische Organisationen sind kein privilegierter Ort für Emanzipationsprozesse und deren Durchsetzung. Emanzipation und ihre Durchsetzung findet überall in der Gesellschaft statt, in jeder sozialen Kooperation, im Alltag ebenso wie in der institutionellen Politik. Die Individuen handeln dabei tatsächlich nicht allein, ihre "Organisierung" muß aber keineswegs unbedingt die der klassischen Organisationen sein - z.B. handelt eine Frau, die patriarchale Regeln praktisch in Frage stellt, "organisiert" in dem Sinne, wenn sie ihr Handeln in Verbindung mit der Theorie und Praxis anderer Frauen stellt (sei es die Frauenbewegung oder ihre Freundinnen) und sich in einen Prozess der Auseinandersetzung begibt, wofür sie aber nicht notwendig eine politische Organisation braucht. Ganz im Gegenteil haben sich "allgemeine" politische Organisation für solche Fälle oft als hinderlich, kontraproduktiv, herrschaftsförmig erwiesen.
- Gerade das Wichtigste an Organisierung, nämlich das gemeinsame Erarbeiten von Grundrissen einer zukünftigen emanzipativen Politik, hat überhaupt keinen Raum in den "Dachorganisationen", die heute unter dem Druck der Mittelvergabe an NGOs so gerne vorangetrieben werden. Aber auch auf "bewegungsnäherer Seite" ist heute das Problem weniger, was bestimmte Kampagnen und Aktionsformen bringen oder nicht bringen. Das Problem ist, wie es möglich ist, innerhalb einer unübersichtlicher gewordenen Politlandschaft einen attraktiven, ausstrahlungsfähigen, bündnisfähigen und handlungsfähigen "Ort des Widerspruchs" am Leben zu halten und auszubauen, zu Gehör zu bringen und in andere Sparten hineinwirken zu lassen. Für dieses Problem reichen "bloße Dächer" und rein pragmatische Bündnisse nicht aus. Die Zeit der "Dächer" ist daher weitgehend vorbei und die Bedeutung einer punktuellen, pragmatischen Bündnispolitik stark relativiert.

Schluß

Der Regierungswechsel hat die Situation für die Linke verändert. Wir werden nun noch genauer sagen müssen, was wir denn anders haben wollen. Dafür ist eine Debatte um die Neubestimmung emanzipativer Theorie und Praxis wichtig, an der wir uns seit mehr als drei Jahren, vor allem durch die alaska, beteiligen. Wir sehen mit Interesse, daß auch andere Gruppen, Zeitschriften und Einzelpersonen mit dieser Debatte begonnen haben und sie weiterführen (und nennen hier natürlich keine Namen).
Mit diesem Text haben wir unseren Zwischenstand in der Debatte zusammengefasst und stellen ihn hiermit zur Diskussion. Linke Debatte ist auf den Austausch angewiesen: Wir freuen uns über Rückmeldungen, die Diskussion ist wieder einmal eröffnet.

Postfordistische Guerrilla?

Internationalismus, Nationalismus und was bleibt

Demontage, Sol und Hans Hansen

Erläutert doch zunächst einmal die Überlegungen mit denen ihr bei demontage an euer Buch "Postfordistische Guerrilla" herangegangen seid.

Bart: Ich fange vielleicht einfach mit der Idee zum Buch an. Die gruppe demontage kommt grob aus dem Umfeld des Kommunistischen Bundes und der Gruppe K dort, dem antinationalen Flügel des KB. Nach 1989 und den Folgen, unter anderem den rassistischen Pogromen, war ein positiver Bezug auf die Nation oder grössere Massen unserer Meinung nicht mehr möglich. Der positive Bezug auf das eigene Volk war, wenn nicht schon vorher, so doch spätestens dann ausserhalb der Diskussion. Für uns, die wir bereits vorher in Teilen internationalistische Arbeit machten, folgte daraus die Frage, wie wir damit umgehen, dass wir uns auf Befreiungsbewegungen in anderen Ländern beziehen. Wir überlegten uns inwieweit sich die Bewegungen veränderten und inwiefern unsere notwendige Kritik am Konzept der Nation darauf übertragbar ist. Wir sahen uns verschiedene Bewegungen an und die Rahmenbedingungen in den entsprechenden Ländern und verglichen den Umgang der Bewegungen mit diesen Veränderungen. Bei vielen Bewegungen sind wir zu dem Schluss gekommen, dass sowohl eine Verschiebung stattfindet, weg von einem Bereich der sozialen Auseinandersetzung in Bezug auf Klassenkampf, Patriarchat und Rassismus, hin zu einem eher sehr stark nationalistischem Prinzip.

Gaston: Wir wollten, dass unsere eigenen Biografien in der Gruppe eine Rolle spielen. Es war uns wichtig eine Verbindung zu ziehen zwischen einer notwendigen Kritik von traditionalistischer Linker und Vorstellungen von Nation und Staat, aber auch ausgehend von einer eigenen Praxis wie wir sie kennen. Ich verstehe Internationalismus als Bestandteil einer allgemeinen kommunistischen Organisierung verstanden, die sich zu Bewegungen und den sozialen Kämpfen in anderen Ländern verhält. Hier als Kommunist organisiert sein und nach Möglichkeiten für gemeinsame politische Arbeit und Aktionen zu suchen.

Sol: Ich bin durch mein Alter bedingt nicht in einer Organisation aufgewachsen. Ich komme mehr aus den individualistischen linksradikalen oder doch sehr auf kleine Zirkel runterdeklinierten Zeiten, würde vom Ansatz her aber etwas ähnliches vertreten. Internationalistische Arbeit ist für mich und unsere Arbeit bei FelS ganz stark mit einer direkten, verbindlichen Auseinandersetzung und einem ebensolchen Austausch mit anderen Gruppen verbunden. Bei meinen internationalistischen AKtivitäten Ende der 80er ist mir aufgefallen, dass ein großes Problem der Solidaritätsbewegung hier war, dass die meisten nicht organisiert waren, sondern praktisch nur, um es bösartig auszudrücken, linke Caritas gemacht haben. Was meiner Erfahrung nach ein konkretes Problem für Auseinandersetzungen und Debatten war, da man nicht besonders ernst genommen wurde mit einer Kritik, wenn man sich nicht selbst verorten konnte. Meine Erfahrungen sind jetzt, wo ich in einem konsistenteren Rahmen organisiert bin, ganz andere was den Austausch betrifft. Wenn man selbst eine bestimmte Kontinuität in der Arbeit und eine Praxis, die nicht nur auf einen Punkt konzentriert ist, vorweisen kann, ist das eine ganz andere Grundlage für den Austausch.
Ansonsten würde ich auch sagen, dass Internationalismus für mich immer schon ziemlich zentral gewesen ist in der Hinsicht, dass eine Linke entweder internationalistisch ist oder sie ist gar nicht, keine Linke. Wobei der Begriff aus meinem Verständnis heraus beinhaltet, aus eigenen Kämpfen heraus einen Bezug zu anderen Kämpfen zu entwickeln, was einer der wesentlichen Schwachpunkte großer Teile der Internationalismusbewegung hier gewesen ist.

Bart: Ich finde man muss den Begriff von Internationalismus und Solidarität konkreter fassen. Die Linke hier hat sich im wesentlichen auf die Kategorie "Volk" bezogen. Der grosse Wurf war immer die Solidarität der Völker miteinander. Es gab kaum ein Flugblatt, das nicht mit entsprechend grossen Sprüchen endete. Ich denke da muss eine Kritik ansetzen, wobei es wesentlich darum geht die letzten 20, 30 Jahre internationalistischer Politik auf den Prüfstein zu stellen. Fand die Solidarität mit Völkern auf einem nationalistischen Niveau und nicht auf einem der sozialen Auseinandersetzung statt? Ich glaube, hier hat es Umbrüche gegeben an denen wir weiterdiskutieren sollten.

Hans: An diesem Punkt will ich noch einmal nachfragen. Ihr habt von eurem Ansatz bei demontage nationale Befreiung als Mythos ganz stark in den Vordergrund eurer Auseinandersetzungen gestellt. Jetzt hast du allerdings von mehreren Umbrüchen nach 1989 gesprochen. Könntet Du vielleicht noch ein paar Beispiele für diese Umbrüche nennen oder ausführen weshalb ihr nun gerade den Mythos nationaler Befreiung betont?

Gaston: Mir fällt dazu ein Beispiel eines Genossen aus Chile von der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) ein, der lange Zeit in Hamburg gelebt hat und jetzt zurückgegangen ist. Der hat einmal gesagt, dass sie früher eine Politik gemacht haben, die ganz wesentlich eine Politik für die nationale Bourgeoisie im antiimperialistischen Sinne war. Dass die Linke in Chile also sehr stark gegen die Bourgeoisien aus den imperialistischen Metropolen agiert hat, aber zu wenig reflektierte, wo damit eine Art von Nation aufgebaut wurde, die der nationalen Bourgeoisie nützt. Das fand ich interessant, weil es eine Parallelität hat zu Diskussionen, die wir auch geführt haben. Den Mythos nationaler Befreiung beziehen wir im Rahmen des Buches vor allem auf die Situation, die wir als Postfordismus bezeichnen. Im Prinzip die Umbrüche des kapitalistischen Weltmarktes seit 1975 im Zuge der neuen technologischen Modernisierung mit Mikroelektronik, mit dem Abschied von der Massenproduktion hin zu kleineren Produktionsreihen. Dies hatte seine Entsprechung darin, dass mit der Hochtechnologie der RGW, als alternativer Weltmarkt an den sich befreite Länder im Trikont anlehnen und ein Stück weit andere Handelsformen aufbauen konnten, nieder konkurriert wurde. Das ist ein Grund dafür, dass wir sagen, dass die Entwicklung einer Nationalökonomie, wie es in den 60er Jahren noch möglich war, heute in den Zeiten des Postfordismus hinfällig geworden ist. Die nationale Befreiung, so problematisch wie sie als Volksfrontbündnis schon in den 60er Jahren als Bündnis von nationaler Bourgeoisie und Klasse von unten war, ist heute komplett unmöglich. Damit versuchen wir im ersten Teil unseres Buches die Bedingungen für Kämpfe herzuleiten.
Der zweite Punkt ist der, dass wir mit unseren heutigen Erfahrungen in Deutschland, nach den Auseinandersetzungen mit Rassismus und nationalem Coming-out im Gefolge von 1989 eine Kritik an den Volksfrontkonzepten entwickelt haben, die die Interessen der nationalen Bourgeosie und der ArbeiterInnenklasse versuchen gleichzusetzen.

Sol: Ich habe das Problem, dass mir die ganzen Verallgemeinerungen zu einfach sind. Ich würde mir das alles eher an konkreten Beispielen ansehen wollen. Aber um noch einmal auf den Postfordismus zu kommen, den ich für einen extremen Schwachpunkt an eurem Buch halte: Ihr beschränkt eure Analyse auf die Produktions- und Akkumulationsbedingungen sowohl in Bezug auf den Fordismus als auch in Bezug auf den Postfordismus. Was ich aber eigentlich für das Wesentliche halte, gerade für Bewegung und Organisierung, sind die sozialen Konsequenzen, die diese Modelle für die Gesellschaft haben. Diese tauchen bei euch jedoch so gut wie gar nicht auf. Sprich, dass der Fordismus eine homogenisierende Funktion hatte. Die grosse standardisierte Massenproduktionsfabrik hat die Leute darin automatisch, wenn auch mit Geschlechterunterschieden oder Unterschieden entlang ihrer Herkunft, eben doch weitestgehend homogenisiert. Wenn früher in einer Fabrik 30.000 Leute waren, hatten diese mehr oder weniger gleiche oder ähnliche Arbeitsbedingungen und ungefähr den gleichen Lohn, woraus die ungefähr gleichen Probleme und Interessen resultierten. Deshalb war es entsprechend 'leichter' in der fordistischen Fabrik, in der fordistischen Gesellschaft, Organisierung voranzutreiben. Heute, wo in der postfordistischen Fabrik keine 30.000, sondern nur noch 3.000 Leute arbeiten, die aber auch in der Regel über ungefähr 1.500 verschiedene Arbeitsverträge verfügen. Diese ganze Zersplitterung der Gesellschaft schafft ganz andere Bedingungen und Schwierigkeiten für eine Organisierung, wenn die Arbeitsstelle nicht mehr der automatische Ort der Organisierung ist. In Ländern wie Nicaragua, wo es zu Zeiten der Revolution gerade einmal 3.000 Fabrikarbeiter gab, mag dieses Problem marginal sein, aber in solchen Ländern wie Mexiko spielt es eine ganz grosse Rolle. Was nicht heissen muss, dass jetzt die nationale Karte, die neue ist, die alle vereinen soll. Es heisst aber, dass die Frage an welchen Linien entlang organisiert oder Kräfte gebündelt werden sollen viel akuter ist, als während des Fordismus.

Gaston: Genau das versuchen wir im Buch zu entwickeln. Wir beginnen mit den ökonomischen Rahmenbedingungen, wobei wir ausführlich Klassenfragmentierung, patriarchale und rassistische Regulation berücksichtigen. Am Beispiel Mexiko verdeutlichen wir den Übergang vom Fordismus zum Postfordismus in der Semiperipherie. An sechs Länderbeispielen untersuchen wir unterschiedliche Befreiungsbewegungen.

Sol: Für mich deutet nationale Befreiung, wie es es viele Guerrillas im Namen tragen, erst einmal nur auf einen politischen Aktionsrahmen hin und mehr nicht. Wenn ich mir zum Beispiel die ELN in Kolumbien ansehe und meinetwegen der PKK-ERNK: obwohl beide Nationale Befreiung im Namen tragen, liegt zwischen ihnen doch ein großer Unterschied. Deshalb finde ich eine Einzelfallanalyse total wichtig. Sicherlich, ich gebe euch recht, dass dieser Handlungsrahmen perspektivisch zu überspringen ist, aber er ist zuerst einmal (zumindest teilweise) durch äussere Bedingungen vorgegeben. Diese Vorgabe ergibt sich aus dem politisch-ökonomischen Kontext, teilweise durch die Sprache, teilweise durch einen bestimmten sozio-kulturellen Kontext und und und ...

Bart: Das wird an dem Punkt spannend, an dem die sozioökonomischen Hintergründe eine überhistorische Dimension bekommen. Dann geht es nicht mehr darum, dass Leute in einem Dorf zusammenleben und dies eine einfache, konkrete Feststellung bleibt, sondern das zu einer Überidentität wird und ganz viele Leute sich zwangsläufig als Basken oder Kurden fühlen und bereits diese Zugehörigkeit zu einer imaginierten Volksgruppe ihren Kampf legitimiert. Die sozio-ökonomischen Zwangsrahmen sind klar und auch, dass man in ihnen agiert, aber die Folgerung daraus ist nicht, überhistorische Nationen zu erfinden, sondern die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen anzugreifen. Wir sagen nicht, dass jede nationale Befreiungsbewegung gleich ist, wir versuchen sehr wohl zu differenzieren. Es muss beobachtet werden was passiert, wird die Bewegung immer mehr zum Staat im Wartestand, wird noch innerhalb der Organisation diskutiert und spielt die Soziale Frage eine Rolle. Das sind dann die Kriterien, die angelegt werden können.

Sol: Auf jeden Fall. Ich würde auch diese Kriterien anlegen. Aber genau das ist der Punkt, wo ich sagen würde, dass er in eurem Buch nicht durchgekommen ist. Das "nationale Kriterium" spielt ganz klar die Hauptrolle und viel wird zurecht gelegt.
Ich finde es zu elitär aus einer sicheren Position heraus,



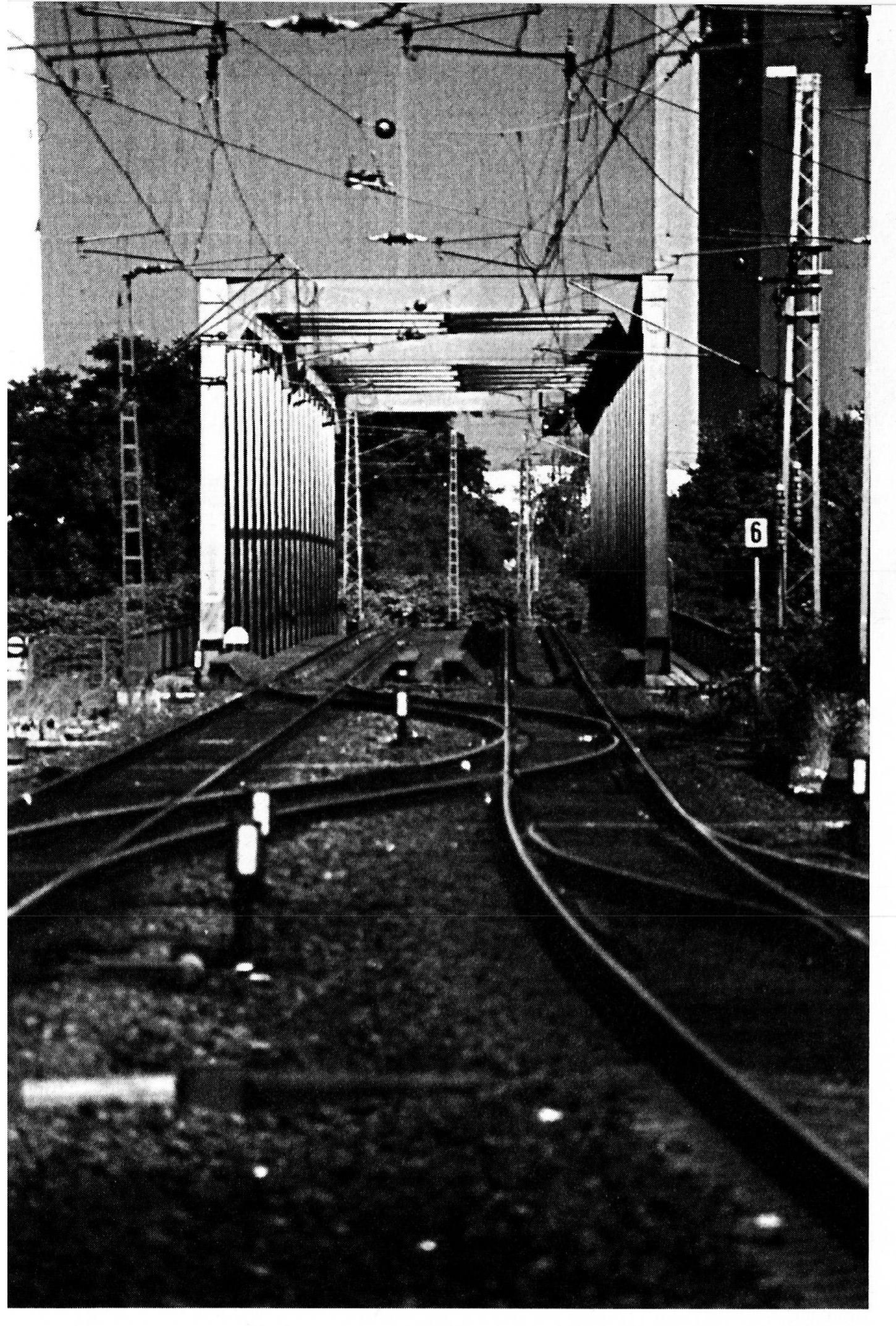
abzuerkennen, dass Leute, die eine gemeinsam erfahrene Unterdrückung an bestimmten Punkten haben, auch erst einmal nur auf einem low level dafür sorgen wollen, dass ein bürgerliches System diese Unterdrückung wegfallen läßt. Das finde ich nachvollziehbar und in gewisser Weise legitim.

Gaston: Das finden wir auch. Wir sind nur dagegen daraus eine Selbstethnisierung aufzubauen. Deshalb beschäftigen wir uns gerade im Kapitel über das Baskenland sehr stark mit der Frage der Ausgrenzung durch eine Dominanzgesellschaft, in diesem Fall der spanischen, und dem Punkt, an dem diese Ausgrenzungskriterien positiv umbewertet werden.

Hans: Die Vermengung der internationalen Ebene mit dem deutschen Horizont vor dem wir diskutieren finde ich schwierig. Ich trenne zwischen Trikont und Metropole. Was hier im Postfordismus aufgelöst wurde war das Sozialstaatsversprechen, während es im Trikont zunächst einmal das Entwicklungsversprechen war. Zum Begriff des Nationalismus fehlt mir die Festellung, dass der Nationenbegriff ein durchaus unterschiedlicher sein kann. Der Nationenbegriff in Deutschland ist ein anderer als beispielsweise der in Mexiko. Wenn wir über den Nationalstaatsbegriff differenziert diskutieren wollen, müssen wir in diesem Zusammenhang viel mehr die Frage des Rassismus betonen. Eine antikoloniale Formierung im Trikont, die sich auf Nation bezieht, ist für mich aufgrund der rassistischen Unterdrückung und ihrer Bedeutung für den Befreiungskampf politisch anders zu bewerten als eine national ausgerichtete Formierung in Deutschland vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus. Deshalb plädiere ich für eine Trennung von Analyse für den Trikont und für die Metropole.

Sol: Es muss noch spezifischer sein, die Trennung allein reicht nicht. Verallgemeinerungen funktionieren hier einfach nicht. Wir haben einmal eine Veranstaltung zu Mexiko gemacht, die "Chiapas und die Linke" hieß. Dort betonte eine Person, dass sie es total schrecklich findet, dass in Chiapas die mexikanische Fahne gehißt wird und es war unmöglich ihr zu erklären, dass es sich um einen ganz anderen Bezug handelt, als hier zur deutschen Fahne, und zwar geht es um die nicht eingelösten Versprechen der mexikanischen Revolution. Ob man das dann richtig oder falsch findet ist dann noch eine andere Frage. Auch ich habe meine Kritik am Nationenkonzept der EZLN.
Die Person war auch der Meinung, es sei grauenhaft, dass die Linke in Mexiko oder im Baskenland von "Wir" redet und davon, dass "Wir die Produktionsmittel in die Hände bekommen müssen", da es kein "Wir" gebe. Ich denke aber schon, dass es ein 'Wir' gibt. Es sollte nicht national bestimmt sein, aber natürlich entwickelt sich in Kämpfen und Bewegungen ein Wir. Es darf nicht national bestimmt sein, aber natürlich entwickelt sich in Kämpfen und Bewegungen ein Wir. Dieses Wir muss sich dann allerdings entscheiden und die Frage nach den Produktionsmittel stellen. Das Problem sehe ich in der Verallgemeinerung und dem Verkennen von unterschiedlichen historischen Bedingungen.

Bart: Ich denke, dass man zuerst einmal festhalten muss, dass Nationalismus ein verallgemeinbares von Europa im 18. und 19. Jahrhundert ausgehendes bürgerliches Phänomen ist. Die überall vergleichbaren Massstäbe sind die Formulierung des Innen und Aussen. Das ist als Grundlage weltweit gleich. In der Ausformung ist es komplett unterschiedlich. Die Nation definiert sich immer über die Abgrenzung von anderen. Ein aktuelles Beispiel ist Indonesien, wo chinesische Klein- und Grosshändler aus ihren Läden geprügelt wurden. Etwas was hier als prima Klassenkampf verkauft wurde, aber vor dem Hintergrund die-



ses Trikontlandes die nationale Karte spielt.

Hans: Ich beharre darauf, dass Nationalismus für mich nicht so einfach zu verallgemeinern ist. Verallgemeinbar in Hinsicht auf die angesprochenen Ausschlussmechanismen sind für mich die Herrschaftsstrukturen des Rassismus. Gerade auch das Beispiel Indonesien, das du gebracht hast, beinhaltet für mich an erster Stelle die Frage nach den rassistischen Strukturen innerhalb dieses nationalen Gebildes und wie sich die Definition derer, die als zur Nation gehörig definiert oder davon ausgeschlossen werden, in bestimmten Situationen verändert. Der spezifische Rassismus wird dann in der Verbindung mit der Entwicklung des Staates auf unterschiedliche Art und Weise zu einem Nationalismus.

Gaston: Wir gehen davon aus, dass Nation eine vorgestellte Gemeinschaft ist. Nation ist immer ein Konstrukt, hat nichts mit sozial gleichen Interessen zu tun und legitimiert im Prinzip bürgerliche Herrschaft. Wenn wir uns ansehen wie dieses Konzept in die Linke gekommen ist, so ist dies über die stalinsche Nationendefinition geschehen. Nation heisst bei Stalin: eine Sprache, ein geographischer Raum. Stalin hat damit angeschlossen an die bürgerlich-idealistischen Vorstellungen von Nation und diese Vorstellungen sind in Variationen zum Beispiel auch bei Frantz Fanon als Klassiker der Befreiungsbewegungs-Linken der 60er Jahre zu finden. Wir gehen von den Ansätzen der "Vorgestellten Gemeinschaften" von Anderson und Hobsbawn aus. Dies wird in der internationalistischen Linken viel zuwenig diskutiert. Die jungen afrikanischen Nationalstaaten der 60er und 70er Jahre sind nur zu verstehen als nachvollziehende Entwicklung, die der bürgerlichen Chimäre der kapitalistischen Metropolenentwicklung und der Konstruktion einer Nation im europäischen Sinne nachjagt. Deswegen wurde in Algerien und anderswo eine starke Staatsbourgeosie herausgebildet. So transformierte sich die Befreiungsbewegung in eine neue Staatselite, die sich die Nation neu erfindet. Dieses Muster ist durchgängig. Wenn ich mir heute Algerien ansehe zeigt mir nichts, dass die Unabhängigkeit des Landes wesentlich von Frauen miterkämpft wurde, die in den Kämpfen gleichberechtigt sterben und Bomben legen durften. Hinterher machte die FLN im Bündnis mit der islamisch orientierten Bourgeosie ein Familiengesetz, einen Staat, dessen Stabilität darauf basiert, dass patriarchale Normen ihn stützen. Die Parole "Erst die nationale Befreiung und dann die sozialen Kämpfe" ist genau die Falle, die alles andere zurückstellt und als Spaltung abtut. Nach der Revolution fallen dann die sozialen Interessen den Sachzwängen eines starken Staates, der sich gegen die imperialistischen Zentren verteitigen muss, zum Opfer.
Die Trennung zwischen trikontinentalen Nationalismen und dem deutschen ist mir auch sehr wichtig. In unserem Buch beziehen wir uns auf sechs konkrete Beispiele.

Sol: Die Beschreibung der Funktion von Nationen, ihre Bedeutung für den kapitalistischen Handlungsrahmen und die Bourgeoisie teile ich, genauso wie wir uns auch über Anderson und Hobsbawn einigen können. Jede Gemeinschaft, die über face zu face-Kontakt hinausgeht ist eine vorgestellte Gemeinschaft. Der KB als ganzes war auch eine vorgestellte Gemeinschaft, wie sich nach dem Mauerfall deutlich zeigte.
Natürlich kannst du ein Wir nicht am Reissbrett konstruieren, aber natürlich bildet sich ein Wir in Kämpfen heraus. Ich glaube schon, dass es eine stärkere Grundlage hat, wenn die Linke in Chiapas oder im Baskenland von Wir redet als hier in Deutschland. Hier in Deutschland würde ich nicht von einem Wir reden, weil es sich nicht herausgebildet hat oder höchstens in einem Rahmen, in dem man sich einigen kann, wie in einer WG gewohnt wird. Einen ganz wesentlichen Unterschied zwischen Nationalismen oder Identifikationen mit einem sozialen oder kulturellen Rahmen sehe ich darin, ob sie mit historisch gemeinsam erfahrener Unterdrückung einhergeht. Ob es also ein Element ist, das für die eigenen kulturellen Rechte und politisch-ökonomischen Vorstellungen eintritt oder ob es darum geht nach aussen zu wirken und andere gleichzeitig zu unterdrücken.

Gaston: Antirassismus kann immer in einen Kulturalismus umkippen. Der entscheidende Unterschied dabei ist, ob ich gegen eine Ausgrenzung oder für eine imaginäre Kultur bin. In diesem Spannungsverhältnis bewegt sich auch die EZLN. Das tragische Moment der EZLN ist, dass die Schwäche der städtischen mexikanischen Linken sie

immer stärker in die Rolle zwingt sich als Interessenvertretung der indigenen Gruppen in Mexiko zu definieren.
Es geht nicht darum jemanden etwa die Eigensprachlichkeit oder wie er tanzt oder seine Tontöpfe bemalt abzusprechen. Die Frage ist wann das aufgeladen wird zu einem Wir und einer feststehenden Kultur, einem kulturalistischen Muster. Das wesentliche Problem hierzulande ist sich nicht in der Projektion eine Ersatzidentität zu schaffen. Dies ist das Problem, das du hier rückgekoppelt in der BRD in der Soli-Linken hast. Das Bild vom 'Edlen Wilden'. Ich denke jede Gemeinschaft, die sich als Ethnie, als Volk, als Nation deklariert, konstruierte Gemeinschaften sind, deren einzige und wesentliche Bestimmungsbasis die Ausgrenzung des Anderen ist.

Sol: Ist das eigentlich Tragische nicht der Zwang der vorherigen kapitalistischen Modelle bis hin zum Fordismus, Nationen zu bilden und diese entsprechend intern zu homogenisieren um überhaupt bestandsfähig sein zu können? Vielleicht waren im Endeffekt die, die ihre Tontöpfe anders bemalen wollten, in vielen Fällen dazu gezwungen eine eigene Nation zu gründen oder in eine solche Richtung zu gehen. Es stellt sich die Frage inwiefern im Postfordismus, wo die Bedeutung der Nationalstaaten als politisch-ökonomischer Handlungsrahmen abnimmt, die Möglichkeit besteht, ein toleranteres Nebeneinander zu entwickeln.

Gaston: Sicher, dadurch, dass im Kapitalismus Konkurrenz in der Form der Nation organisiert wird, gibt es die Dominanzgesellschaften, den Zwang zur Homogenisierung und die Ausgrenzung. Die Gegenreaktion der Selbstethnisierung wird dadurch nahegelegt auch wenn sie falsch ist, sei es der Black Nationalism oder die positive Umbewertung des Indigena-Sein in Mexiko.
Wir gehen nicht davon aus, dass die Rolle des Nationalstaates im Postfordismus zurückgeht, sondern sehen nur, dass sie sich ändert. Weg von einem Wohlfahrtsstaat hin zu einem nationalen Wettbewerbsstaat, der stärker auf Repression und staatliche Ordnung orientiert ist und weniger auf staatliche Sozialleistung. Im Vertrag von Maastricht und in der NAFTA sind ausdrücklich der Bereich der Repression und der Staatsorganisation ausgenommen.

Bart: Wir müssen stärker in die Frage rein, wie die Linke zur Nation gekommen ist. In den 20er Jahren war klar, dass es mit der weltweiten Revolution nicht so einfach ist. Aber anstatt sich anzusehen, wie damit umzugehen ist, hat die Komintern die Kategorie des revolutionären Subjekt erweitert und auf die breiten nationalen Befreiungsbewegungen gesetzt. Hierin ist ein wichtiger analytischer Grund dafür zu sehen, weshalb viele Linke heute die Nation als selbstverständlichen Bezugspunkt und eine natürliche Einheit zurück. Dahinter müssen wir zurück.

Gaston: Zurück vor Stalin.

Hans: Bei der Diskussion um das Wir geht es letztlich doch um die Suche nach dem Revolutionären Subjekt, das dieses Wir dann im Befreiungsprozess konstruieren soll. Dies wurde bereits auf die unterschiedlichste Art und Weise versucht herauszubilden. Es wurde versucht über entsprechende Volksbegriffe, die Arbeiterklasse, über Schwarz-Sein oder die Geschlechterzugehörigkeit. Die eigentlich spannende Frage für uns wäre doch jetzt die, was wir diesen auf die eine oder andere Weise problematischen Konzepten gegenüberstellen können.

Bart: Zunächst einmal muss die Linke aufhören die verschiedensten Subjekte zu ihren Objekten zu machen. Dies ist nach wir vor einer der der grundlegenden Fehler der linken Politik. Die Revolution wird in irgendetwas Fremdes hineinprojeziert und gehofft, dass die es für uns schon machen werden. Für die politische Entwicklung ist es wichtig zu wissen, dass wir uns nicht in einer einfachen Welt, sondern in vielen Widersprüchlichkeiten bewegen. Diese Widersprüchlichkeiten müssen gesehen und akzeptiert werden, dass es keine einfachen Lösungen geben kann und wir momentan nicht auf dem Weg zur Revolution sind, sondern der Regression Einhalt gebieten müssen.

Sol: Eine Alternative ohne dass es zur "Diktatur des Proletariats" oder was auch immer kommt läßt sich nur entwickeln, wenn die Menschen, die von verschiedenen Unterdrückungsverhältnissen betroffen sind, ins Gespräch kommen. Ansonsten bin ich Optimist, klar steht die Revolution nicht vor der Tür ... aber das Gefühl hatte auch niemand jeweils zehn Jahre vor den Revolutionen, die stattgefunden haben. Es ist banal festzustellen, dass der Großteil der Bevölkerung keine Revolution will und ebenso klar ist, dass die meisten Leute Rassisten sind. Aber das ist fast immer und fast überall so. Es liegt an der Linken das zu ändern und da vermisse ich in Eurer Herangehensweise Aspekte wie "gesellschaftliche Dynamiken" (außer den reaktionären...) oder "Prozeßhaftigkeit". Kein Mensch wird als RevolutionärIn geboren. Bewußtsein bildet sich in Bewegung. Das heißt für mich Widersprüchlichkeiten sehen.

➲ Bart Bouillabaisse, 26, Hobbykoch, desilusioniert durch '89 und Rostock-Lichtenhagen, aktiv in Bündnissen gegen den Krieg in Jugoslawien und die Abschiebung von Flüchtlingen aus der BRD, in Lübeck den Prozess gegen Safwan E. politisch begleitet, seit '97 Teil der demontage.
➲ Gaston Kirsche, 35, hat den Kommunistischen Bund (KB) noch als Bewegunsorganisation kennengelernt. Sozialistischer SchülerInnen Bund, KB-Lehrlingsgruppe, Spaltung des KB 1990, "Nie wieder Deutschland", Gruppe K, demontage seit 1995. Aktiv gegen die "1992"-Feiern und zu Lateinamerika.
➲ Sol ist bei "FelS" und "Arranca!" aktiv; hat keinen grünen Paß mit 'nem Adler drauf; Politisierung Anfang/Mitte der 80er; Erfahrungen auch mit politischer Arbeit in anderen Ländern; trotz allem Optimist.
➲ Hans Hansen moderierte für die alaska das Gespräch; politisierte sich '84 und hat seit damals an verschiedensten Internat-Aktivitäten teilgenommen. Ausgangspunkt war weniger die klassische Länder-Soli-Arbeit als vielmehr der antiimperialistische Blick auf die Metropole und die Neue Weltordnung.

Bei Unrast ist das Buch der gruppe demontage, auf das sich während des Gesprächs verschiedentlich bezogen wurde, erschienen. gruppe demontage, "Postfordistische Guerrilla: vom Mythos nationaler Befreiung", Unrast, 1998.

Weder beliebig noch dogmatisch

Interview zu Peoples' Global Action

MIT MOMO

Wie ist Peoples' Gobal Action (PGA) entstanden?

Die PGA hat ihre Wurzeln in den Interconti-Treffen. Dort gab es eine kleine Gruppe von Leuten, die sich von der Kampagne gegen die FAO-Konferenz kannten, die haben den Anfang gemacht. Die Idee ist auf dem zweiten Interconti-Treffen in Spanien vorgestellt worden. Die Gruppe bestand aus ungefähr 40 Leuten, gegründet wurde die PGA im Februar 1998, mit ungefähr 300 Delegierten aus ca. 70 Ländern.
Zur Entstehungsgeschichte des Manifests ist folgendes zu sagen: zu jedem Kapitel gab es einen Arbeitskreis, also thematisch aufgeteilt, der drei Tage lang diskutierte und sich überlegte was wichtig wäre, es dann auf kleine Kärtchen schrieb. Es wurde ein Ausschuß gewählt, der die Kärtchen ausgewertet hat und eine zusammenhängenden Text verfasste, das Manifest. Deswegen wirkt es auch ein bißchen bunt zusammengewürfelt bezüglich der Begriffe zum Beispiel. Das soll auch nichts Fertiges und Endgültiges sein. Bei jeder Konferenz soll das überarbeitet werden. Kritik kann man dorthin mailen und es wird dann versucht, das miteinzubeziehen.
Was die Struktur angeht, ist es so, daß die PGA permanent von sich behauptet keine Organisation zu sein. De facto ist sie eine und das mit ziemlichen internen Hierarchien, die vor allem aus einem Informationsgefälle resultieren. Das muß man gerechterweise sagen.

Aus welchen Ländern sind die Leute, die sich dort engagieren?

Aus allen fünf Kontinenten. In Australien sieht es ein bißchen dünner aus. Da gibt es Organisationen von Maoris und den Aborigines. Im Mai als die Proteste gegen die WTO waren, wurde in Sydney eine Demo mit ungefähr 4000 Leuten organisiert. Dafür, dass es dort relativ dünn besiedelt ist und von sozialen Bewegungen auch nicht so viel zu sehen ist, sind die schon relativ stark. Es gibt nun ein Conveners-Committee*, da ist es so gedacht, dass von jedem Kontinent mindestens eine Bewegung repräsentiert wird. Große treibende Kraft ist zum Beispiel Indien. Da gibt es die Karnataka-Farmers-Association. Die sind sehr stark, die haben in ihrem Bundesstaat, der 50 Millionen Einwohner hat, über 10 Millionen Mitglieder und dementsprechend stark sind die. Sie berufen sich auf die Gewaltfreiheit ganz nach Ghandi-Tradition, aber was die unter Gewaltfreiheit verstehen ist wirklich interessant. Die haben die Gentechnik auf dem Kicker, schließlich sind sie davon ganz existenziell betroffen. In den letzten Jahren haben sie Cargill das Leben schwer gemacht. Sie sind da eben mal so mit 1000 Leuten reingestürmt, haben dort alles kurz und klein geschlagen, alle möglichen Papiere aus dem Fenster geschmissen und ein Feuerchen entfacht. Dann sind sie wieder abgezogen. Das ist dann gewaltfreier ziviler Ungehorsam.

Gibt es da keinen Stress?

Ich weiß auch nicht, wie sie das regeln, aber sie sind ziemlich stark und gut organisiert. Und wenn da einzelne Leute eingeknastet werden, dann kümmern sich die anderen auch wirklich darum.

Gut, das ist jetzt eine Organisation, die vor Ort einen hohen politischen Druck erzeugen kann. Wie sieht es denn mit politischen Druck von PGA insgesamt aus? Was hat man denn davon, sich zu vernetzen? Erhöht es die Schlagkraft vor Ort oder kann es auch überregional effektiv werden?

Es geht ja von der Einschätzung aus, dass es auf nationalstaatlicher Ebene kaum noch möglich ist, sich wirkungsvoll zu organisieren, wenn man allein ist. Und zwar deswegen, weil der Mythos der nationalen Revolution endgültig gescheitert ist und das auch zu recht. Eine Auseinandersetzung mit dem Staat ist überholt. Für mich ist es ganz wichtig auch diese Staatsfixierung los zu werden, im Positiven wie im Negativen. Es ist ganz egal, ob du den Staat als deinen Primärfeind betrachtest oder als Lösung aller Probleme. Und wenn alle von Globalisierung

reden, also dass alle relevanten Machtfaktoren sich längst auf internationaler Ebene organisiert haben, dann ist es auch sinnvoll, den Gegendruck auch auf dieser Ebenen zu etablieren.

Wird es denn so gesehen, dass der Staat als Akteur nicht mehr vorhanden ist?

Er verliert als Bezugspunkt für soziale Kämpfe an Bedeutung, aber als Akteur fällt er natürlich nicht völlig heraus, gerade als ein Akteur, der Repression organisiert.

Wie werden in der PGA Entscheidungen gefällt? Gibt es einen Kopf oder einen Ausschuß? Wie entstehen Grundlagen?

Diese Köpfe gibt es natürlich, obwohl es die eigentlich theoretisch nicht geben sollte. Aber es ist so, dass das Conveners-Comitee* keine Direktivmacht hat. Sie können den einzelnen Leuten vor Ort nicht vorschreiben, wie ihre Politik auszusehen hat. Und es gibt den obersten Grundsatz, dass es nicht darum gehen kann, irgendwelche allgemeingültigen Wahrheiten zu etablieren, geschweige denn, dass eine Bewegung in einem bestimmten Land, von sich ausgehend, eine bestimmte Politikform entwickelt und bestimmte Schwerpunkte setzt und dem eine andere Organisation Vorschriften machen könnte.

Wie sind eigentlich die Zusammenhänge mit den Anti-MAI-Aktionen? Da gibt es ja wohl eine andere Einstellung zum Staat. Da geht es doch auch darum, den Nationalstaat wieder zu stärken. Steht das dann nicht im Widerspruch zu euren Gegenmachtvorstellungen?

Dazu muß man sagen, dass das relativ getrennte Spektren sind. Die Anti-MAI-Kampagnen sind wesentlich von etablierten NGOs getragen worden, zum Teil auch von Leuten, die parteiförmig organisiert waren und weniger von Basisgruppen. Das gilt zumindest für die OECD-Länder. Das hat ja hauptsächlich in den OECD-Ländern stattgefunden, während PGA ein deutliches Übergewicht auf der südlichen Seite hat. Vom Norden sind da relativ wenige Bewegungen daran beteiligt.
Diese NGOs haben die Vorstellung, die Globalisisierung zurückzufahren und dem Staat wieder mehr Regulierungsmacht einzuräumen. Wenn man sich das genauer anguckt, ist der Widerspruch vor allem darin zu sehen, dass diejenigen, die verhandeln, Abgesandte der Nationalstaaten sind und nicht irgendwelche Konzernchefs. Der Staat ist Täter und Opfer zugleich. Sehr viele NGOs sehen den Staat in erster Linie in der Opferrolle und das resultiert aus der Sichtweise den Staat grundsätzlich als Garant für das Gemeinwohl schlechthin zu halten, der eben von dem bösen Privatkapital bedroht ist. Aber wenn man sich das näher anguckt, waren es immer die Vertreter der Nationalstaaten, die diese Verträge geschlossen haben Das ist ja im Gegensatz zu dem, was uns immer glauben gemacht werden soll, kein naturgesetzlicher Prozeß. Das waren bewußte politische Entscheidungen. Und das auch nicht erst seit den 90er Jahren, sondern dieser Prozess ist seit mindestens 25 Jahren zu erkennen. 1975 war der erste Weltwirtschaftsgipfel. seit mindestens 73 ist diese Tendenz zu erkennen und die treibenden Kräfte waren das Kapital, aber die schließlich diesen Prozess möglich gemacht haben, das waren Vertreter der Nationalstaaten. Und es ist auch nicht so, dass die Macht des Staates unheimlich im Schwinden wäre, seine Handlungsspielräume im Wirtschaftspolitischen schwinden, aber dafür gewinnt er in anderen Bereichen. Da muss man sich nur mal ansehen, wie die öffentliche Sphäre und auch das Privatleben der Bürger eingeschränkt wird. Es handelt sich eher um eine Machtverlagerung.

Es wird also zwischen Basisbewegung und NGOs differenziert?

Es gibt eine ziemlich deutliche Konfliktlinie zwischen NGOs und Basisbewegung, die in der PGA organisiert sind. Weil der Vorwurf der Basisbewegung an die NGOs



lautet: Ihr redet ständig in unserem Namen, aber ihr redet nicht mit uns, ihr redet mit den Reichen und Mächtigen, und hört überhaupt nicht zu, was unsere Nöte und Probleme sind.
Ich war auch neulich in Paris Delegierte bei dem NGO-Strategy-Meeting, wo es unter anderem darum ging, wie weiter mit der Anti-MAI-Kampagne. Da wurde u.a. darüber diskutiert - also die WTO macht jetzt diese millenium-round in Washington, und da sollte auch ein Treffen mit NGO-Vertretern staatfinden. Da habe ich gesagt, dass ich die Gefahr der Instrumentalisierung sehe, die können hinterher sagen, ja wir haben mit der internationalen Zivilgesellschaft gesprochen, wir haben deren Sorgen und Probleme mit aufgenommen und bedenken das alles. Und damit legitimieren und stabilisieren wir diesen Prozess zusätzlich. Das ist die Frage, wer hat denn das Recht im Namen der internationalen Zivilgesellschaft zu sprechen.
Ich finde es trotzdem wichtig den Kontakt zu NGOs nicht abreissen zu lassen, denn wir sind einfach auch auf sie angewiesen. Es sind wunderbare Informationsquellen, sie schreiben zum Teil brillante Analysen, auch wenn ich ihrem Standpunkt nicht unbedingt zustimme. Und sie haben direkte Drähte zu den Herrschenden und kommen an wichtige Informationen heran. Deswegen ist eine Zusammenarbeit wichtig. Außerdem gibt es durchaus auch NGOs, denen an einer Zusammenarbeit mit den Betroffenen gelegen ist, und die deren selbständige Organisation unterstützen.

Um das nochmal festzuhalten: Gibt es eine starke Abgrenzung zu den NGOs, wo doch bislang darunter alles subsumiert wurde? Also die Basisbewegung hier, soweit noch vorhanden wurde ja darunter gefasst. Das scheint sich verändert zu haben. Nach deiner Einschätzung haben sie bestenfalls einen Bindeglied-Charakter, weil sie für bestimmte Belange nützlich sind.

Das steht hier auch bei den Grundsätzen im Manifest. Lobbyismus wird abgelehnt. Das ist eine direkte Anspielung auf die NGOs. Es wird festgestellt, daß das nicht gewollt ist.

Aktuelle Projekte der PGA

- Die nächste PGA-Konferenz findet vom 1.-4. April 99 in Bangalore/Indien statt.

- Vom 22. Mai 99 bis zum 20. Juni 99, also bis zum Beginn des Weltwirtschaftsgipfels in Köln wird eine Karawane (ICC = Intercontinental Caravan) mit ca. 500 Leuten von KRS und anderen quer durch Europa ziehen und Aktionen gegen den Neoliberalismus veranstalten.
Wer an einer Beteilung interessiert ist soll sich bitte melden bei der Redaktion der alaska oder
Play Fair Europe,
Turmstr. 3,
52072 Aachen
Fon: 0241/803792
Fax: 0241/8888394
eMail: jorge@asta.rwth-aachen.de

Wenn man dieses Manifest liest, fällt auf, dass es am ehesten als ökonomistisch zu bezeichnen ist, also die Machtverhältnisse entlang der kapitalistischen Ausbeutung beschrieben werden. Was ist mit Rassismus, Sexismus, warum kommt der nur untergeordnet vor? Eigentlich sind die sozialen Bewegungen in ihrer Analyse doch weiter, wenn auch die Suchprozesse wahrlich nicht abgeschlossen sind. Gibt es denn ein Revival der Hauptwiderspruchthese, gerade auch von jüngeren AktivistInnen?

Ja, diese Kritik gab es auch und es wichtig, daß man sich damit auseinandersetzt, dann wird es beim nächsten auch berücksichtigt. Aber man kann nicht sagen, dass es gerade die jüngeren wären, die dafür verantwortlich sind. Es ist sehr unterschiedlich, vor allem auch deshalb, weil die Bewegung, die daran beteiligt sind, eher aus den südlichen Länderen kommen. Also wird in so einem Manifest das niedergeschrieben, wovon sie am ehesten und existentiell betroffen sind und das ist nun mal der Kapitalismus oder nenn' es Globalisierung. Man darf nicht vergessen, dass am Tag über 100.000 Menschen an Hunger und an den Folgen der Unterernährung sterben.

Trotzdem ist es doch nicht möglich Unterdrückungsverhältnisse voneinander zu trennen, quasi eins herauszuoperieren.

Die Kritik ist auch absolut berechtigt und wurde schon von verschiedenen Seiten formuliert. Ich hoffe, dass das auf der nächsten Konferenz deutlich miteinbezogen wird. Nicht nach dem Motto: Frauen sind eben besonders von der Globalisierung betroffen, sondern daß das Patriarchat ein eigenständiger Unterdrückungszusammenhang ist. Ich wollte das auch nicht rechtfertigen, sondern eher erklären, und es sind auch viele Frauenorganisationen daran beteiligt.

Das macht die Einordnung auch schwierig, bei der Frage, wie sich Widerstandsbewegung heute definieren. Was ist anders geworden und wo eher rückschrittlich? Die zapatistischen Bewegungen unterscheiden sich in dem Punkt, dort gab es nicht den alleinigen Focus wieder auf das Kapital.

Ja, die hatten ja schon ihre interne Revolution hinter sich. Da haben sich die Frauen entsprechend durchgesetzt. Deswegen ist es auch so problematisch mit den traditionellen Strukturen, da entsteht sehr schnell so ein folkloristischer Blick. Das ist immer abzuwägen, auf der einen Seite darf es nicht eurozentristisch gesehen werden, alles und jedes an unseren Maßstäben zu messen, und auf der anderen Seite keine Glorifizierung und Projektion auf das Authentische, auf das Echte, auf das Traditionelle und Revolutionäre im Süden.

Gibt es denn eine spürbare Prägung nach sozialistischen Prämissen, oder ist es eine relativ junge Bewegung, die davon nicht mehr beeinflußt hat?

Das ist für die ganze PGA schwer zu sagen. Im Unterschied zu sozialistischen Vorstellungen gibt es eine Abkehr von einem einheitlichen Modell, welches denen, die heute nur noch als "Kostenfaktoren" oder "Surplus-people" be-

zeichnet werden, eine Identität gab, indem sie mit der Durchsetzung des Sozialismus eine historische Mission zu erfüllen hatten. Stattdessen geht es um eine Rückeroberung der Fähigkeit, das eigene Leben zu organisieren. Aber die Debatten fangen eigentlich gerade erst an. Es gibt zunächst eine Zusammenarbeit aufgrund von gemeinsamer Interessens- oder Problemlagen. Es ist nicht möglich zu sagen, die PGA hat die und die Standpunkte.



Gibt es denn wirklich eine größere Auseinandersetzungsbreitschaft als in der hiesigen Basisbewegung?

Auf jeden Fall. Vom Umgang miteinander ist es viel angenehmer. Es gibt eine generelle Offenheit für Kritik und den Willen sich auseinanderzusetzen. Das erfordert auch eiserne Disziplin, denn wenn du dich an einem Wochenende aus ganz Europa triffst, mußt du das durchdiskutieren, wofür du normalerweise eine Woche brauchst. Ich habe schon 16-Stunden-Plena erlebt.



Und der Grundsatz, dass niemand das Recht hat, irgendwelche allgemeingültigen Wahrheiten zu etablieren und sich über andere zu setzen. Das schlägt sich im Diskussionsverhalten und in der Art der Auseinandersetzung und auch im Zwischenmenschlichen nieder. Das ist der Minimalkonsenes für alles, der Respekt gegenüber Widersprüchen ohne darüber hinzwegzugehen. Es ist dann nicht so, dass es in so eine postmoderne Beliebigkeit hinwegrutscht. Es wird versucht, über die praktische Auseinandersetzung auch zu einer theoretischen zu kommen. Denn diese Orientierungslosigkeit macht mir persönlich sehr zu schaffen. Aber es ist auch eine Chance, daß da etwas Neues entsteht, was du von Anfang an aktiv mitbeeinflussen kannst und nicht als Individuum in einer höheren Ordnung aufzugehen.

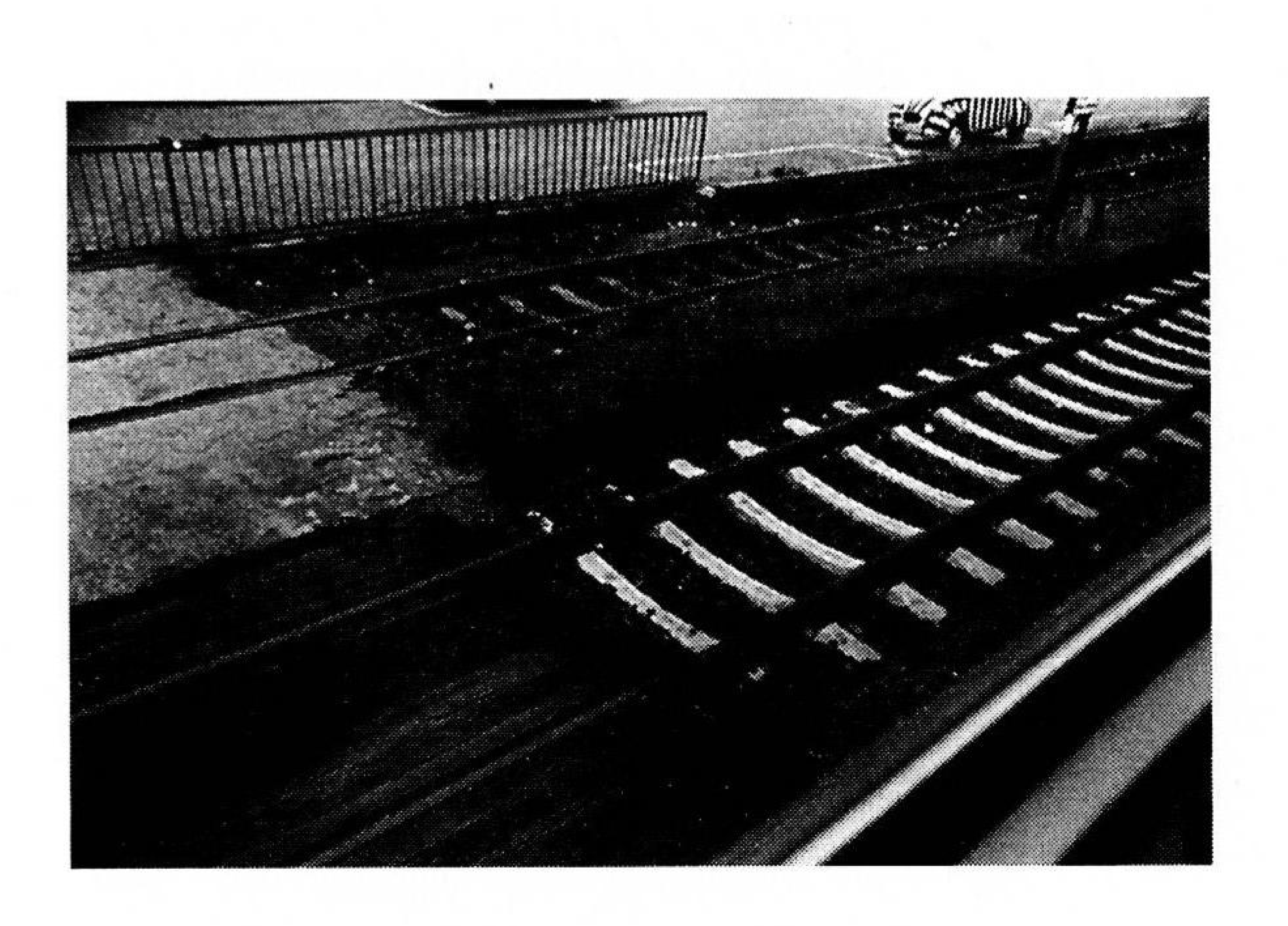


Walter Benjamin hat mal gesagt: "Marx meinte, dass Revolutionen der Motor der Geschichte sind, aber vielleicht sind Revolutionen nicht anderes als der verzweifelte Griff des im Zug reisenden Menschengeschlecht nach der Notbremse." Das ist auch das zapatistische "Ya basta!" Es reicht! Nicht weiter auf diesem Weg. Es braucht erstmal wieder eine Verständigung, wo es überhaupt hingehen soll. Für die Herrschenden ist es längst ausgemacht.

Anmerkungen:
* Einberufungs-Komitee

Momo ist in der und für die PGA aktiv und studiert an der Universität Bremen Politikwissenschaft.

Das Interview führte Claudia Bernhard.



Informationen über die PGA gab es in der alaska Nr. 223 S. 50;
weitere Infos und das erwähnte Manifest von PGA über: Play Fair Europe (Adresse siehe Kasten)
oder: freier zusammenschluß von studentInnenschaften (fzs)
Reuterstr. 44
53113 Bonn
Fon: 0228/262119
Fax: 0228/2420388
eMail: fzs@studis.de
http://studis.de/fzs/

Gehört, gelesen

und

darüber nachgedacht

EXPO 1998 in Lissabon

EINE LISSABONER ANTI-EXPO-GRUPPE

An dieser Stelle dokumentieren wir im Rahmen der Anti-EXPO-Serie den Text einer Gruppe aus Lissabon. 1998 fand in Lissabon eine EXPO unter dem Thema "Ozeane" statt. Bekannt wurde diese Veranstaltung in der BRD unter anderem durch die damit legitimierte Stadtumstrukturierung Lissabons und den deutschen Pavillion in dem für die EXPo 2000 in Hannover geworben wurde. Der Text wurde im März 1998 verfasst und ist das uns bisher einzige bekannte Anti-EXPO-Papier aus Portugal. Über die Zusendung weiterer Materialien würden wir uns freuen.

Kapitel 1

Angelehnt an die weite Trichtermündung des Tejos werden diese 5 großartigen Pavillons stehen: der Pavillon der Kenntnis der Meere, der Pavillon der Zukunft, der Pavillon der Ozeane, der Pavillon von Portugal und der Pavillon der Utopie. Sie werden immer konkreter und werden den eheähnlichen Zustand zwischen Avantgarde und Spitzentechnologie, zwischen dem noch Unbekannten und der glorreichen, wagemutigen, zivilisierenden und unendlich kühnen Vergangenheit, die uns bis hierher gebracht hat.
In der EXPO-Geographie gibt es sicher einige Pavillons, deren Namen diese verträumte Atmosphäre nicht erzeugen und eher alltägliche Namen tragen, obgleich ebenfalls auch diese ausdrucksvoll und aufschlußreich sind. So z.B. der Pavillon Portugal Telecom, der Platz Sony, der Pavillon Swatch oder der Pavillon Unicer.
Die Pavillons sind Bauten von sehr angesehenen Architekten. Wir würden uns sicherlich der Lächerlichkeit preisgeben, wenn wir es wagen würden, solche Geschicklichkeit von Form und Baustoff, das Erfreuen an Räumen und Volumen, Schöpfungen die, wie manche Kathedrale, uns für den Wohlstand bleiben werden, in Frage zu stellen.
Und wie könnten wir auch noch die Kultur-Initiativen, die im Zusammenhang mit der EXPO stehen, in Frage stellen? Ein so umfangreiches und weites Spektrum von Kunst und Wissen, die Realisierung von Dutzenden von Konzerten klassischer Musik, aber auch Jazz und Volksmusik, Tanzvorstellungen, Film- und Theater-Vorführungen und viele viele andere Initiativen - einige sogar für Kinder - die auf diese Art und Weise die Kunst und die Kultur zahlreicher Völker über die Ozeane in einer großen Umarmung bis zu uns bringen?
Wie können wir die Tugenden eines solchen prachtvollen Unternehmens anzweifeln?
Aber, skeptisch wie der ungläubige Thoma aus der christlichen Legende, der es nötig hatte an der Wunde zu kratzen, sind wir hier, wütend, unzufrieden wie immer, gewissenlos und wir stellen die üblichen Fragen, welche, nachdem das Ende der Geschichte erklärt worden ist, nicht mehr erwartet werden.
Fragen, die nur der Wahnsinn zuläßt, denn im Westen gibt es keinen Platz mehr für Spaltung, außer im Rahmen der geistigen Pathologie, wie es früher der Fall war jenseits des eisernen Vorhangs. Sollen es doch alle die Künstler sagen, die sich frustriert und ausgeschlossen fühlen, weil sie nicht im offiziellen Rahmen der kulturellen Feierlichkeiten dieser weltweiten Ausstellung integriert wurden, als ob es kein Leben außerhalb des staatlich subventionierten gäbe.

Kapitel 2

Aber, Zufall oder nicht, sicherlich sind alles nur Zufälle. Spanien hatte seine EXPO in Sevilla ungefähr 500 Jahre nach dem Kolumbus Amerika erreicht hat und Portugal hat sein EXPO 500 Jahre nachdem Vasco da Gama Indien erreicht hat. Solche Zufälle sind nur möglich durch einen Ethnozentrismus, der die weiße Zivilisation als die Führende versteht und daher mit großer Weisheit den Zeitpunkt dieser Ausstellung so bestimmt.
Auf diese Weise wird in offiziellen Broschüren der EXPO als Bemerkung zum Pavillon Portugals - dessen Architektur vom renomierten Siza Vieira stammt - immer wieder der bedeutende Beitrag Portugals, bei der „Erkundung und Entdeckung der ozeanischen Routen, die erst ermöglicht haben, daß Völker, Nationen und Kulturen zu verbinden"unterstrichen. Und gleich danach: „In einer faszinierenden Retrospektive werden die wichtigsten Etappen von einem Vermächtnis von planetarischen Dimensionen, in dem viele Protagonisten einen herausragenden Platz in der Geschichte der Menschheit einnehmen gezeigt".
Nun, auch wenn wir uns sehr bemühen, schaffen wir es nicht, uns der Namen solcher außergewöhnlichen Geographen, Sprachwissenschaftlern, Biologen und Soziologen zu erinnern, welche die Form dieses so gefeierten Treffens der Kulturen bestimmt haben. Einige der wenigen die wir kennen müssen, wie z.B. Garcia da Orta - nach ihm werden einige der Gärten der EXPO benannt - haben sogar gesehen, wie die eigenen Knochen von der Inquisition verbrannt werden. Die Inquisition die bis nach Indien eine breite Kopie der „Autos-da-fé" - daß heißt morden - mitgenommen hat, so ihre zivilisatorische Rolle.

Andere wie Damiaõ de Góis, haben sich dem entgegengestellt, derselben Inquisition, sie vertreten eher eine menschliche Perspektive. Diese wären doch erwähnenswert, aber die, die heute mit Jubel gefeiert werden, die, nach denen die Brücke benannt wird, heißen z. B. Vasco da Gama. Und, der Name, der dem großen Turm gegeben wird, der die Ausstellung dominiert und wo es ein aufregendes Panorama-Restaurant geben wird, heißt wieder Vasco da Gama. Und man will nicht glauben, daß es sich um einen Fall von mangelnder Vorstellungskraft handelt. Es sieht eher aus, wie die Wiederholung einer Unterrichtseinheit, die sich auf das schon erwähnte Kultur-Treffen bezieht; was für uns mit soviel Gewalt und Gewaltherrschaft erfüllt ist, daß es eigentlich als solches gar nicht bezeichnet werden dürfte. Es fand so ein breiter Handel mit Sklaven und Sklavenarbeit, Raub, blutigen Massakern und massiver Zerstörung von Kulturen statt. Aus diesem Beitrag Portugals für die Welt ergeben sich kaum bekannte Statistiken. Wie die von 6 Millionen Indigenen zu der Zeit als die Portugiesen in Brasilien ankamen, die heute auf 260.000 Menschen reduziert sind. oder wie, daß aus Angola, in den ersten 300 Jahren Kolonisation, 4,5 Millionen Sklaven nach Brasilien und Nord-Amerika gebracht wurden. Wie die von 100 Millionen Menschen, die zu Sklaven verwandelt und für immer aus dem afrikanischen Kontinent entfernt wurden, als auch die von ca. 800 verstümmelten Menschen, denen Hände, Nasen und Ohren entfernt wurden durch die Entscheidung (Anordnung) des gerade glorreich gefeierten Vasco da Gama.
Nicht zuletzt liegt es in der Verantwortung Portugals und anderer westlicher Länder, daß die Subsistenz-Landwirtschaft zerstört ist, und sie sind auch verantwortlich für den aktuellen großen Hunger in Afrika und die entstandenen Schulden, verursacht durch ein aufgezwungenes Wirtschafts-Modell, was fremd und trügerisch ist.
Aber trotz allem wollen wir doch nicht alle die, die sich mit eigenem Geist und Engagement an diese so großen Demonstration von Technologie und Kultur wie dieser beteiligen, mit Adjektiven beleidigen. Robert Oppenheimer bleibt ein großer Physiker der Quanten-Theorie, auch wenn er 1943 von den nordamerikanischen Militärs engagiert worden ist, um in Los Alamos die Atombombe ins Leben zu rufen, welche dann hunderte von Millionen Menschen in Hiroshima und Nagasaki töten würde. Aber das war für einen guten Zweck, sagte damals die sehr geschlossene westliche Propaganda. Allerdings erlaubte sich ein Mann wie Oppenheimer damals noch seine Beteiligung bitter zu bereuen. Heutzutage gibt es keine Platz für Reue mehr, denn heute wird alles mögliche legitimiert.

Kapitel 3

Wir müssen das Leben erlernen. Manchmal können wir nur wie Archäologen verlorene Stückchen sammeln oder wie Astronomen vereinzelte Teilchen interpretieren, die aus dem Hintergrundlärm der verdunkelten Tiefe der Propaganda rausfallen.
Die wichtigsten Zeitungen widmen unzählige Seiten jeden Tag und seit Monaten der EXPO ´98. Ist es eine unerwartete Hingabe zur Kultur? Ist die Welt letztlich doch nicht so schlecht? Oder muß man tiefere Gründe suchen, welche in der Tiefe eines Ergebnisses wie diesem versteckt sind, in dem Zufälle sich zufällig häufen. Und außerdem die große Einheitlichkeit und Übereinstimmung der Aussagen stutzig machen sollte.
Wir haben gelesen oder gehört, daß auf der linken Seite des Tejo, die jetzt mit Lissabon durch die Brücke "Vasco da Gama" verbunden ist, daß diese linke Seite jetzt für den Hochhausbau freigegeben worden ist, was Immobilienspekulanten nach sich gezogen hat. Dies bedeutet den Gnadenstoß für die Region paúis do Samouco, die Ökologen bis zuletzt zu schützen versuchten, zu Zeiten als die zukünftige Strecke in Planung war. Komisch ist es schon, daß sich die EXPO der Probleme von Wasser und Leben annehmen möchte, begrüßt und getragen von dieser und der anderen Regierung. Aber, wenn wir schon übers Wasser sprechen, wir haben gelesen und gehört, daß es in der EXPO keine Sardinen geben wird.
Wir könnten uns denken, daß es sich um eine zivilisatori-





sche Perspektive handelt, die dem Leben Respekt entgegen bringt. Also eine Ausstellung, die Flora und Fauna Respekt entgegenbringt. Aber wir mußten daran zweifeln als wir erfuhren, was in dem berühmten Oceanário los ist. Von Experten großartig dekoriert, mit allen synthetischen Materialien, wie Plastik und Beton, um unsere Augen zu täuschen und um der Meeresvegetation zu ähneln. Hunderte Spezien mit 20.000 Tieren aus ihrem natürlichen Habitat entrissen und dort hineingesteckt, als eine gewaltige Demonstration der Macht der menschlichen Spezie.
In so einer Ausstellung der Technologie, der Avantgarde, erstaunt uns, daß die dunklen Seiten der Technologie ausgespart bleiben, eine Darstellungsform, die eher der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts zuzurechnen wäre. Die programmatische Ausrichtung der Ausstellung soll das neue Jahrhundert feiern und Willkommen heißen. Unsere Zweifel werden je bestätigt, mit dem Sterben von Tieren während der Ausstellung. Drei Haie in den ersten 40 Tagen. Aber wir sollen uns keine Sorgen machen, weil der Oceanário eine Schlüssel-Investition ist und zudem für die EXPO keine weiteren Kosten entstehen. Firmen auf der EXPO haben die Verantwortung übernommen, die drei verstorbenen Tiere durch Fangen neuer Tiere eins zu eins zu ersetzen.
In der Tat ist es eine Frage der Ideologie und nicht der Neutralität (universeller Objektivität), die die EXPO darzustellen versucht. Dies drückt sich unter anderem darin aus, daß in einem Raum unter Einsatz der neuesten Technologien, didaktisch-pädagogisch gut aufbereitet und mit Herausstellung der ökologischen Vorteile, den Besuchern alle lebendigen Wunder dieser Welt, gezeigt werden. Ohne in irgendeiner Form diese Widersprüche zu benennen oder darzustellen. Das begeisterte Publikum scheint diese Form der Wissensaufbereitung sehr zu schätzen. Nicht möglich scheint es den Verantwortlichen der EXPO diese Wissensaufbereitung in Form von Zeichnungen, Filmaufnahmen und Computersimulationen durchzuführen und darzustellen.

KAPITEL 4

"Sardinhas assadas" (gegrillte Sardinen") gehören selbstverständlich zu jedem portugiesischen Volksfest. Welche Gründe mag es da geben, daß es auf der portugiesischen EXPO keine gibt. Multinationale Fast-Food-Ketten hatten und haben ein großes Interesse daran, daß es auf der EXPO keine Sardinen gibt noch geben wird.
Sicher, auch hier sind wir ungerecht und schenken Gerüchten glauben. Natürlich gibt es auf dieser EXPO auch Fisch, mal frisch und einfach, mal als kulinarische Spezialität serviert, aber eben keine Sardinen. Vielleicht ist es eine Frage der Hygiene. Das Handeln mit Pizza, Spaghetti, Hamburgern, Eis, kleinem Gebäck, gegrilltem Hähnchen, Pommes, Hotdogs, Stockfischröllchen, Wurst, Crêpes, Steaks, Meeresfrüchten, Salzichas, geräuchertem Fisch, Käse und anderen Leckerbissen scheint sauberer. Die gute Ernährung der Besucher ist ein so wichtiges Thema und sensibler Bereich, daß die jeweiligen Interessen der Firmen eben respektiert werden müssen.
Wir haben gelesen oder gehört, daß die Einwohner von einer Ortschaft namens Moscavide verärgert sind, weil sie plötzlich ohne Zugverbindung waren. Ihr Bahnhof wurde im Zuge der EXPO geschlossen. Das Gegenteil von dem, was in der Planungsphase noch programmatisch publik gemacht wurde, nämlich geschmackvoll wohnen mit gutem öffentlichen Nahverkehr und damit besserer Lebensqualität. Wir waren skeptisch, bevor wir endlich verstanden, wieviel Mut dazu gehört im Zuge der vielen Baustellen, diese Haltestelle zu schließen.
Wir haben vielzuviel gelesen oder gehört. Ein bißchen hier, ein bißchen dort, einem Puzzle gleich, daß endlich anfängt Sinn zu machen.
Am Anfang waren wir skeptisch, daß die großen Ölkonzerne sich allzusehr für die EXPO und auch für die Kultur interessierten. Eigentlich hätten sie doch sauer sein müssen, denn sie wurden ja gezwungen ihren Firmenort zu verlassen, damit dort ein neues feineres Areal der Hauptstadt entstehen konnte. Heute sind dort keine Ölkonzerne mehr, sondern große Gärten mit Häusern. Die Großzügigkeit der Wohnräume korrespondiert mit der verordneten Gemütlichkeit. Aber wo sind nun die Ölkonzerne hinverlegt worden? Darüber spricht man hier nicht. Und welche Abkommen und Verträge gibt es, damit Umwelt weniger geschädigt und zerstört wird?
Wir fragen uns auch, welche Gründe Firmen und Multinationale Konzerne haben, die EXPO mitzufinanzieren. Aber diese Fragen finden kein Gehör und scheinbar auch keine Antworten. Kommentare von Kommissaren, Sub- und Hauptverantwortlichen haben eben das größere Gewicht. Wir scheinen immer diejenigen zu sein, die

wenig informiert sind, keine Zahlen zur Hand haben und sich unangebracht einbringen. Ebenso ist es weit schwieriger, einer Initiative zu widersprechen, die in Form und Ausmaß mobilisiert sowie mit Ideen und Umsetzungswillen so Vielfältiges verwirklicht.
An unsere eigene Unwichtigkeit oder Ohnmacht fast glaubend, lesen und hören wir, daß genau zu der Zeit als die Bauarbeiten der EXPO '98 am 11. April zu Ende sind, der Ministerausschuß ein neues Gesetz zur Anti-Immigration abstimmen wird. Wir hatten dies schon erwartet, waren dann aber doch von der rasanten Geschwindigkeit, den dieser Prozeß genommen hat, überrascht. Propagandistische Anstrengungen richteten sich auf die Verstärkung der "brüderlichen" Beziehungen zwischen Portugal und Afrikas. Es waren nicht wenige afrikanische Arbeiter, die für nicht viel mehr als Nichts die schweren EXPO-Bauarbeiten erledigten. Engagiert wurden diese Arbeiter aber nicht vom Staat, sondern nur mittelbar durch staatliche Deligierung der Arbeiten an Firmen. Nach Beendigung des Projektes wurden die Arbeiter von den "Architekten der Utopie der Zukunft" nicht mehr gebraucht. Die neuen Sklaven der Lohnarbeit wurden zunächst von der Wirtschaft ausgebeutet, und anschließend vom Staat verfolgt und in die Gefängnisse gesteckt.
Die Polizei Bataillone, die die EXPO schützen werden, werden wahrscheinlich die Ausstellung der Dissidenz (Ausstellung Andersdenkender), nicht erlauben. Denn damit würde ihre rosa-rote Fassade befleckt. Träumer anderer Utopien sind nicht erwünscht wie diese Arbeiter, Arbeitslosen, Immigranten und Studenten. Schon jetzt hat Torres Campos , zwei große Gewerkschaften (GTP und UGT) zusammengebracht, um darauf aufmerksam zu machen, daß es in der heutigen Zeit notwendig ist, eine "nationale Einheit" zu bilden. Und jeder seine Rolle zu spielen hat.
Es gibt welche die Häuser verkaufen. Andere verkaufen Autos, Versicherungen, Handys, Reisen, Getränke, Bücher, Konzertdarbietungen, Ideen, Sensationen, Spektakel. Man braucht Restaurants mit Panoramablick. Die Kongreß-Pavillon und die Super-Aquarien braucht man, wenn sie sich verkaufen lassen.
Ein bißchen Menschlichkeit, und man könnte vielleicht unter einem so großen Dach einen Platz haben, wo Obdachlose schlafen, oder vielleicht ein Platz für Junkies die sich dort dann in größerer Intimität spritzen setzen könnten. Aber das würde nicht so nett und schön aussehen und die EXPO ist vor allem wirtschaftlicher Profit.

Für die Übersetzung aus dem Portugiesischen danken wir einer äussert netten Unbekanntbleibendwollenden.

2. bundesweites Treffen gegen die Weltausstellung EXPO 2000

Von Freitag, den 12. März bis Sonntag, den 14. März 1999, in Hannover

Vom 11. bis 13. Dezember letzten Jahres fand in Wunstorf bei Hannover das erste bundesweite Anti-EXPO-Treffen statt, an dem erfreulicherweise ca. 60 Menschen aus verschiedensten Regionen der BRD teilnahmen. Dieses Treffen zeigte eine große Übereinstimmung darüber, daß die Weltausstellung aufgrund ihres allumfassenden Anspruchs die Möglichkeit bietet, gemeinsamer Anknüpfungspunkt für linke Gruppen verschiedener Teilbereiche zu sein. Wir kamen zu der Ansicht, daß es sinnvoll ist, die EXPO in den verschiedenen Städten und Regionen zu thematisieren, den übergreifenden, herrschaftsstabilisierenden Charakter herauszustellen und vor Ort gegen die Weltausssstellung zu arbeiten bzw. bereits laufende politische Arbeit auf dieses Ereignis und dessen Inhalte zu beziehen. Weiteres Ergebnis des Treffens war die Einrichtung einer Verteilerstruktur, die gewährleisten soll, daß alle interessierten Gruppen, wesentliche Informationen erhalten und die auch zu überregionalen Diskussionen genutzt werden kann.
Auf dem Treffen im März möchten wir gerne die Inhalte des Tipp-Ex-Papieres, das wir letztes Jahr veröffentlicht haben (Titel: "EXPO NO - denn die Welt sieht anders aus"), vertiefen. Der Text ist nach wie vor aktuell und bei uns unter der unten angegebenen Adresse erhältlich.
Folgende Fragen könnten entsprechend diskutiert werden:
Was sind die wesentlichen Aussagen der EXPO und was macht die inhaltliche Klammer aus, die die verschiedenen Ansätze von Widerstand umfaßt?
Wo ergeben sich anhand der EXPO Ansatzpunkte für Widerstand gegen die immer aggressiver durchgesetzten Verwertungsbedingungen? Welche konkrete (dezentrale) Praxis ließe sich entwickeln?
Wie könnten Organisierungsformen oder könnte eine Zusammenarbeit aussehen, die politische Perspektiven über das Ereignis EXPO hinaus schaffen?
Wie stellen wir (weltweit) Bezüge zu anderen progressiven Widerstandsbewegungen her?
Das Treffen richtet sich auch an Gruppen und Menschen, die sich noch nicht näher mit der EXPO auseinandergesetzt haben.

Wenn Ihr also an dem Treffen teilnehmen wollt, meldet Euch bei uns bis Fr., 26. Februar unter folgender Adresse: Tipp-Ex - Treffen für Intergalaktische Pespektiven gegen die EXPO, c/o AStA der Uni Hannover, Welfengarten 1, 30167 Hannover, Tel.: 0511/762-50 61, Fax: 0511/71 74 41

Gipfelfieber!?

Gegenaktivitäten zum EU- und Weltwirtschaftschaftsgipfel in Köln

RALF BERGER

Im Oktober 1997 verkündete Helmut Kohl bei einem Besuch in Köln ein Novum in der Geschichte: den sogenannten Doppelgipfel im Juni 1999. Am Wochenende vor und nach der Europawahl treffen sich am 4./5.Juni die Staatsoberhäupter der EU - Staaten und am 18. - 20. Juni die Staatsoberhäupter der führenden Industriestaaten zum G-7 (und Jelzin) Gipfel, auch Weltwirtschaftsgipfel (WWG) genannt.

GIPFELFIEBER also bei den Herrschenden, denn die Tagesordnungen bergen Brisanz und sicher auch Sprengkraft. Der EU - Gipfel, organisatorisch wesentlich größer, nach allgemeiner Einschätzung auch von zunehmender politischer Bedeutung, wird über die Streichung von Subventionen, die finale Durchsetzung der Stabilitätspolitik zur Einführung des Euro, die Harmonisierung des Projektes EUROPOL, Technologieanwendungen (Gentechnik) und schließlich die höchst umstrittene EU und NATO - Osterweiterung beraten. Der WWG, organisatorisch wesentlich kleiner und nach allgemeiner Einschätzung als Regulationsinstrument von abnehmender Bedeutung, wird im Wesentlichen über Schuldenkrise und Asien- bzw. Finanzkrise debattieren.

GIPFELFIEBER breitete sich vor allem bei der Stadt Köln und den ortsansässigen Medien aus. Während der beiden Wochen werden 10000 PolizistInnen in Köln sein. Es werden weiträumige Bannmeilen um die beiden Tagungsstätten (Gürzenich für den EU - Gipfel und Museum Ludwig für den WWG - beides zentral in der Innenstadt), aber auch um die Hotels von 10000 erwarteten Personen mit spezifischen „Sicherheitsbedürfnissen" gezogen. Die örtliche Presse berichtete schon von der Begehung des gesamten Kanalnetzes durch die Sicherheitskräfte, um von dort ausgehende Gegenaktivitäten zu verhindern. Die örtliche Boulevardpresse titelte auf der ersten Seite in Großbuchstaben „Terroristen bedrohen Köln" und beriefen sich dabei auf die verschiedenen Bündnisse gegen die Gipfel. Gleichzeitig werden die Gipfel für ein von verschiedenen Interessensgruppen lange gefordertes „Großreinemachen" der Stadt genutzt. Gegen „aggressives Betteln, Vandalismus und Graffitis" gibt es eine „Ordnungspartnerschaft"von BGS, Polizei, Ordnungsamt, Sicherheitsrambos der Verkehrsbetriebe und der Bahn. Auf der anderen Seite sollen „Ausschreitungen" auf jeden Fall vermieden werden, da die Stadt diese einmalige Gelegenheit der Selbstdarstellung im Konkurrenzkampf der europäischen Städte um Kongreß- und Messeanteile für sich nutzen möchte. So gibt die Stadt 4,5 Millionen DM für die Betreuung der Gäste und die „positive Sensibilisierung" der Bevölkerung aus. Dazu gehörenGroßkonzerte, thematische Veranstaltungen und diverse Feste. In diese Aktivitäten sollen auch konstruktive GipfelkritikerInnen einbezogen werden.

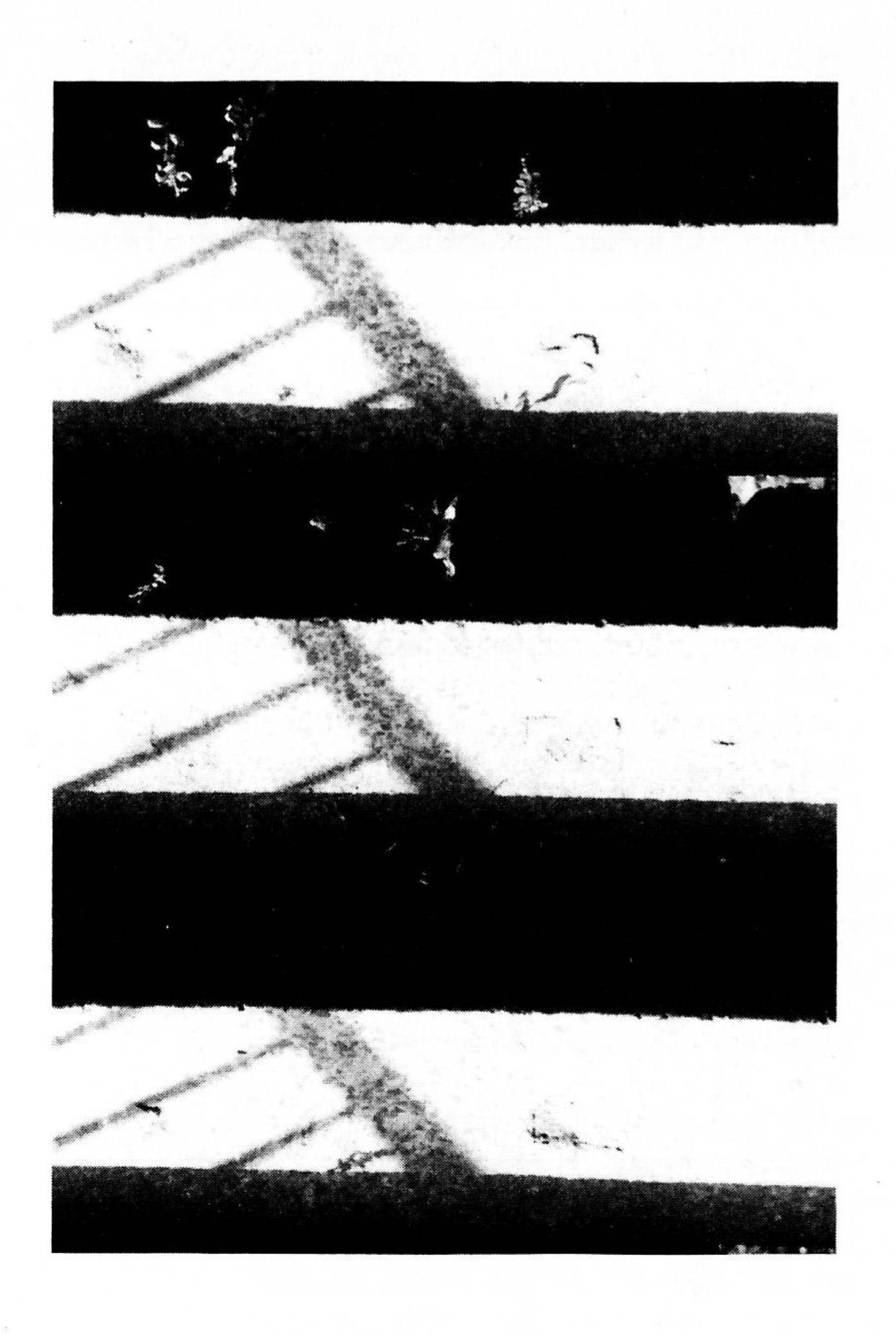
GIPFELFIEBER wurde bei den internationalistisch Bewegten in der Vergangenheit stets reichlich gemessen. Die bisherigen Weltwirtschaftsgipfel in der BRD (1985 in Bonn und 1992 in München) waren ebenso wie die IWF/Weltbanktagung 1988 in Berlin und schon in eingeschränktem Maße der EU-Gipfel 1994 in Essen Reibungspunkte und Mobilisierungsanlaß, an denen sich Diskussionsstand und Mobilisierungsfähigkeit der Bewegung dokumentierten. 1985 fanden in Bonn eine aktionsorientierte Demonstration und Gegenveranstaltungen mit ca. 20000 TeilnehmerInnen statt, die sich aus der Empörung über die damals offen zu Tage tretende Schuldenkrise speisten und deren perspektivischen Optionen beim „Sieg im Volkskrieg" lagen, der insbesondere am damals noch tobenden Befreiungskampf in Mittelamerika festgemacht wurde. Die IWF/Weltbanktagung in Berlin 1988 war sicherlich die erfolgreichste solcher Mobilisierungen. 80000 auf der Demonstration für Schuldenstreichung und brisante Aktionstage auf denen sich die verschiedenen politischen Spektren vermischten, gaben vielen den Anstoß von einem „neuen Internationalismus" zu sprechen, der sich allerdings weitgehend als Sprechblase entpuppte. 1992 in München war die trotzige Schar der DemonstrantInnen auf kaum mehr als 10000 geschrumpft und die staatliche Repression war härter denn je. Die Aktionen waren zudem von einer Spaltung in aktionsorientierte Restlinke und einer den GRÜNEN nahen NGO-Gemeinde überschattet.

Potentielles GIPFELFIEBER bei den KritikerInnen der kapitalistischen Weltwirtschaft hätte heute durchaus eine objektive Grundlage: Die kapitalistische Weltwirtschaft ist an einem Punkt angelangt, an dem sie nicht nur einzelne Ökonomien Afrikas abkoppelt, sondern wesentliche Teile der Weltwirtschaft in die Barberei stürzt. Die aggressive Durchsetzung des EURO hatdie EU weithin sichtbar als Interessensverwalterin von bestimmten Kapitalinteressen entlarvt, die im offenen Gegensatz zu immer mehr gesellschaftlichen Interessen steht. Die Grenzen der internationalen Regulation sind an den Finanzschwierigkeiten des IWF und den Grenzen der Militärpolitik sichtbar.



Das real existierende GIPFELFIEBER hält sich bisher in Grenzen. Im einzelnen haben sich folgende Bündnisse gebildet und daraus resultierende Planungen für Aktivitäten zu den Gipfeln entwickelt:
Seit Mai 1998 trifft sich in der Kölner Antoniterkirche ein breites bundesweites Bündnis. Das Treffen wurde von WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung) und der ILA (Informationsstelle Lateinamerika) initiiert. Jeweils 50 bis 80 TeilnehmerInnen aus 30 bis 40 Organisationen decken ein Spektrum von Hilfsorganisationen, über BUND, die Regierungsparteien bis zu einigen Linken ab. Mehrheitlich sind die Teilnehmenden Hauptamtliche von NGOs aus dem Köln - Bonner Raum. Dies ist sicherlich auch dem ungünstigen Zeitpunkt der Treffen geschuldet, sagt aber auch etwas über den Charakter der Arbeit und die Mobilisierungsfähigkeit aus. Eine Verständigung über politische Einschätzungen und Herangehensweisen fand bisher trotz offensichtlicher gravierender Unterschiede kaum statt. Kennzeichnend für die Treffen ist ein vorsichtiger, pragmatischer Umgang miteinander. In dem Bündnis sind mehrere Blöcke auszumachen:
Die GRÜNEN und die Jusos als Vertreter der Regierungsparteien. Deren Rolle ist angesichts der Tatsache, daß die Bundesregierung die EU - Präsidentschaft inne hat und Gastgeberin des WWG ist unschwer auszumachen. Ihnen wird es nicht um grundsätzliche Kritik an der herrschenden Ökonomie und Politik gehen und Straßenaktionen werden nicht ihr Ziel sein. Ihr finanzielles Potential kann sich allerdings als integrativer Faktor bemerkbar machen.
Das Spektrum um die Euromärsche, deren Reformforderungen und Herangehen aus der linken Arbeiterbewegung kommt. Das Mobilisierungspotential der Euromärsche liegt hauptsächlich außerhalb Deutschlands - beim letztjährigen Euromarsch in Amsterdam konnten 40000 Menschen mobilisiert werden.
Das Spektrum der Erlaßjahrkampagne 2000, einem internationalen Zusammenschluß meist christlicher Organisationen, die schon einen Hauptteil der Aktivitäten zum letzten WWG in Birmingham bestritten. Ihr Ziel ist ein konditionierter Teilschuldenerlaß für die ärmsten Länder im Jahr 2000. Der geforderte Teilschuldenerlaß bewegt sich voll und ganz in akzeptierten Mechanismen der Weltwirtschaft und wird sogar von einigen Finanzexperten des IWF in Erwägung gezogen. Die Erlaßjahrkampagne ist nur Beobachter des bundesweiten Bündnisses und führt ihre Aktivitäten (geplant ist eine Menschenkette während des WWG) in Eigenregie durch.
Einen weiteren Pol bilden einige studentisch geprägte Organisationen (fzs, pga in Deutschland), die stark aktionsorientiert sind und deren Kritik sich besonders gegen MAI und WTO richtet, die aber auch am Euromarschbündnis beteiligt sind.
Schließlich gibt es das heterogene Spektrum einiger NGOs (WEED, BUND, medico international, NRO Frauenforum usw), die in erster Linie mit der Organisierung eines Gegenkongresses in der Woche vor dem WWG beschäftigt sind. Der Gegenkongreß wird drei thematische Tage (zu Migration, Weltwirtschaft und zum Thema Ende der Arbeit) und einen vierten Tag (Freitag 18.6.) umfassen, der die Ergebnisse der drei vorangegangenen Tage zusammenfasst.
Schon Anfang des Jahres bildete sich in Köln ein örtliches Bündnis aus dem Spektrum der Reste der traditionellen Linken und der sozialen Bewegungen. Die anfänglich relativ große Zahl der TeilnehmerInnen ist nach einer Selbstverständnisdiskussion im Frühjahr/Sommer, die eher männlich-rechthaberischen Grabenkriegen glich, zusammengeschrumpft und fluktuiert stark. Das Bündnis hat sich zur Aufgabe gesetzt zum WWG eine Großdemonstration zu organisieren (19.6. 13 Uhr ab Neumarkt) und für die Infrastruktur eines Camps zu sorgen, welches zwischen den Gipfeln weitangereisten TeilnehmerInnen als Übernachtungsmöglichkeit dienen soll. Das Kölner Bündnis ist ebenfalls Teil des bundesweiten Zusammenschlusses, hält allerdings eine kritische Distanz.
Das Plenum in der Antoniterkirche hat sich inzwischen organisatorisch konstituiert und einen geschäftsführenden Arbeitsausschuß gegründet, dem alle wesentlichen Strömungen angehören. Darüberhinaus gibt es drei Arbeitsgruppen, die jeweils die Aktivitäten zum Euromarsch, die Demonstration zum WWG und den Gegengipfel zum WWG organisieren.
Außerhalb des Antoniterkirchenbündnisses steht ein bundesweites linksradikales Anti-EU/WWG Plenum, das sich von allen anderen radikal abgrenzt. "Das NGO - Spektrum will insgesamt die Auseinandersetzung mit den Weltwirtschaftsstrukturen verengen auf die Folgen von Sozialabbau, d.h. Verschuldung, Armutsmigration, Arbeitslosigkeit und ihre militärischen, repressiven und ökologisch zerstö-





rerischen Auswirkungen ausblenden."(Kölner Antigipfelinfo Nr.1). Das linksradikale Anti-EU/WWG Plenum besteht hauptsächlich aus der Organisation Ökolinx und einem Zusammenschluß von neun linken StudentInnengruppen (LiRa), sowie einigen Antifagruppen und Infoläden. Das Bündnis plant eine eigenständige Demonstration und einen Gegenkongreß zum EU-Gipfel (5.6.). Das rechthaberische und verbalradikale Auftreten verheißt m.E. nichts Gutes, ist aber auch hier ein vorläufiges Ergebnis eines Organisierungsprozesses.

Der BUKO als bundesweite Struktur war bisher an all diesen Aktivitäten kaum beteiligt. Das hat neben organisatorischen Problemen der wenigen Aktiven im Köln - Bonner Raum sicher auch mit inhaltlichen Unsicherheiten zu tun. Der BUKO war immer ein nicht unwesentlicher Teil der oben erwähnten historischen Kampagnen und repräsentierte in seiner Vielfalt auch die Vielfalt der Optionen der TeilnehmerInnen. Aus dem Abbröckeln der Optionen für diese Mobilisierungen (nationale Befreiung, Entwicklungshilfe usw) und Fragwürdigkeit der verschiedenen Aktionsformen (Gegenmacht auf der Straße, öffentlichkeitswirksame Demonstrationen, Gegengipfel mit prominenten Männern) in einer veränderten Öffentlichkeit, entwickelte sich in den 90er Jahren in weiten Teilen der BUKO-Strukturen eine grundsätzliche Kritik an Kampagnenpolitik, wie sie auch klassisch in den Kölner Gipfelaktivitäten zum Tragen kommt:

Kampagnenpolitik ist in der Regel populistisch, vereinfacht komplexe Zusammenhänge (was m.E. nur in wenigen historischen Situationen angebracht ist). So sind in den Aufrufentwürfen und anderen Veröffentlichungen der Kölner Bündnisse kaum Erkenntnisse, Themen und Analysen der letzten 10 Jahre zu finden (vom Konzept von medico international zum Gegengipfel einmal abgesehen). Kampagnenpolitik arbeitet immer auf die größt mögliche Medienwirksamkeit hin. Dies ist im Prinzip nicht schlecht, aber der Preis ist oft die Fixiertheit auf Prominente und das Fehlen von kritischer Diskussion und Reflexion. Kampagnenpolitik ist auch immer Machtpolitik nach innen, entweder mittels männlich rechthaberischer Ideologiediskussion oder taktischer Nichtdebatte. Kampagnen „machen" heißt auch immer „machen" um jeden Preis, das heißt mit relativ ausgebrannten Strukturen diese noch weiter ausbrennen und so keine tragfähigen, anziehenden Ansätze für eine Organisierung nach der Kampagne zu haben.

Der Sinn der Gegenaktionen zum Gipfel ist selbstverständlich das öffentliche Sichtbarmachen einer Gegenstimme zur kapitalistischen Barbarei und die Einbeziehung neuer Leute in eine Praxis der Gesellschaftsveränderung. Deshalb ist die Beteiligung an real vorhandenen Kampagnen immer ein Drahtseilakt zwischen Kampagnenpolitik und deren Kritik. Das sollte uns bewußt sein.

KONTAKTADRESSEN:
Bundesweites Bündnis Antoniterkirche:
Adresse des Büros des Arbeitsausschusses bei WEED (Berliner Platz 1, 53111 Bonn, Tel. 0228/696479) oder beim Allerweltshaus (Körnerstraße 77-79, 50823 Köln, Tel. 0221/5103002) erfragen.
Linksradikales Anti - EU- /WWG - Plenum:
c/o Antifaschismusreferat des ASTA, Universitätsstraße 16, 50937 Köln, Tel.0221/4702992
Lokale Bündnisse in Köln: über das Allerweltshaus

Macht und Kalkül

Nicaragua nach der Hurrikankatastrophe

ANNETTE MASSMANN

„Geh zu den Toten, Mörder!", rufen Menschen auf einer Straße in León im Norden Nicaraguas, während ein Mann sich anschickt, aus einer silbergrauen Staatskarosse zu steigen. Es ist Arnoldo Alemán, Verfechter eines neoliberalen Wirtschaftsmodells, Anhänger des ehemaligen Diktators von Nicaragua, Somoza. Es unterhält beste Kontakte zu rechtsradikalen Unternehmern sowie exilkubanischen Terrororganisationen und galt bereits während seiner Amtszeit als Bürgermeister Managuas, mitsamt seiner liberal konstitutionellen Partel (PLC), als äußerst korrupt. Seit nunmehr zwei Jahren ist Arnoldo Alemán Präsident Nicaraguas.
Zu diesem Vorfall kam es am 3. November 1998, vier Tage nach dem Beginn der Verwüstungen durch den Hurrikan Mitch, der die größte Naturkatastrophe in Mittelamerika in diesem Jahrhundert darstellt. Die Überlebenden in León halten Alemán und seine Regierung für mitschuldig am Tod von über 4000 Menschen.

Neoliberales Katastrophenmanagement

Was hat Alemán tatsächlich im Zusammenhang mit dem Hurrikan Mitch getan bzw. unterlassen, so daß ihm in León diese äußerst feindliche Öffentlichkeit entgegenschlug?
Zunächst unternahm die Regierung gar nichts. Die Gefahren des Hurrikans, des tagelangen, ununterbrochenen Regens, wurden heruntergespielt und die besorgte Öffentlichkeit beschwichtigt. Weder wurden Vorsorgemaßnahmen getroffen, oder Evakuierungen eingeleitet, noch Katastrophenpläne und -dienste aktiviert. Als die Katastrophe ihrem Höhepunkt zusteuerte, verweigerte Alemán die Ausrufung des nationalen Notstands und die Anforderung internationaler Hilfe mit der Begründung, daß eine solche Maßnahme nur der nationalen Wirtschaft schade und die Mittel schließlich in den falschen Händen der Nicht-Regierungs-Organisationen landen würden. Hilfsangebote der kubanischen Regierung, eine Ärztebrigade und Medikamente zu schicken, lehnte Alemán mit der zynischen Bemerkung: „Sollen wir etwa noch kubanische Mediziner durchfüttern", ab.

Vom Nichtstun zur Kontrolle

Nachdem der Weltöffentlichkeit das gesamte Ausmaß der Katastrophe in Mittelamerika, gerade auch in Nicaragua, nicht mehr verborgen werden konnte, mußte auch Alemán Farbe bekennen. Am 2. November forderte er internationale Hilfe für sein Land. Kaum war die internationale Hilfe angelaufen, setzte Alemán alles daran, eine möglichst umfassende Kontrolle über Hilfs- und Finanzmittel zu erreichen. Die Regierung schloß die Nichtregierungsorganisationen von der nationalen Koordinierung der Hilfe aus und versuchte, ein Dekret durchzusetzen, demzufolge alle Hilfseinfuhren von der Regierung offiziell genehmigt und abgesegnet werden sollten, andernfalls würden sie mit Importsteuern belegt. Zwar wurde dieses Dekret auf Grund des wachsenden internationalen Drucks fallengelassen, doch die Regierung versucht weiterhin, die Hilfe an denjenigen vorbeizukanalisieren, die diese dezentral wirkungsvoll umsetzen könnten. Der Grund für dieses Vorgehen liegt in der vorwiegend sandinistischen Provenienz der lokalen Organisationen. Auch sandinistische Bürgermeister werden von Alemán aus der Verteilung der Hilfsleistungen ausgeschlossen. Lieber stützt sich der Präsident auf die Amtsträger der katholischen Kirche, die garantiert die liberale Klientel unterstützen. Daß der nicaraguanische Kardinal Obando y Bravo gleichzeitig schwadroniert, die Nothilfe solle nicht politisiert werden, klingt vor diesem Hintergrund schlicht zynisch.

Standortsicherungspolitik

Die Logik der Standortsicherungspolitik verlangt scheinbar danach, daß sich neoliberale Politiker in einem der ärmsten Länder Lateinamerikas so oder ähnlich gegenüber Umweltkatastrophen verhalten. Das Katastrophen-Nicht-Management wird quasi Teil einer wirtschaftlichen 'Standortsicherungsstrategie', wenn ein Land wie Nicaragua um jeden Preis dem Weltmarkt geöffnet werden soll. Sie verlangt, daß der Präsident das Land und die Gesellschaft als befriedet, sicher, souverän und optimistisch, als optimaler Garant für gewinnbringende Projekte internationaler Investoren präsentiert. Nationaler Notstand und der Ruf nach internationaler Hilfe stören ebenso wie Streiks, Epidemien und Brotaufstände das Investitionsklima in fataler Weise. Dagegen erzeugen Vorsorgemaßnahmen und Begrenzungsstrategien organisatorisch und finanziell Kosten, die den Vorgaben der Strukturanpassung, wie sie IWF und Weltbank verlangen und vorschlagen, widersprechen.

Nicaragua, das folgsame Stiefkind des IWF

Präsident Alemán hielt auch bei der Stipvisite des General-

Die Logik der Standortsicherungspolitik verlangt scheinbar danach, daß sich neoliberale Politiker in einem der ärmsten Länder Lateinamerikas so oder ähnlich gegenüber Umweltkatastrophen verhalten. Das Katastrophen-Nicht-Management wird quasi Teil einer wirtschaftlichen 'Standortsicherungsstrategie', wenn ein Land wie Nicaragua um jeden Preis dem Weltmarkt geöffnet werden soll.

direktors des IWF, Michel Camdessus, Mitte November daran fest, daß die Auflagen des Strukturanpassungsprogramms trotz des Wiederaufbaus Nicaraguas erfüllt würden. Wie nicht anders zu erwarten, begrüßte dieser die Entscheidung ob des Wohlverhaltens der Regierung des hochverschuldeten Landes und animierte lapidar: „Diese Entscheidung sollte Nicaraguas bilaterale und multilaterale Freunde dazu ermutigen, Unterstützung nicht nur in Form von Soforthilfe und Wiederaufbauhilfe zu gewähren sondern auch dazu, ein neues Land aufzubauen."

Der nicaraguanische Zentralbankchef, Noél Ramírez bedankte sich artig beim IWF, der dem Land einen weichen Kredit (lange Laufzeit bei niedriger Verzinsung) von 50 Mio. Dollar als Wiederaufbauhilfe anbot und fügte hinzu: „Faktisch ist es so, daß Nicaraguas Zugang zu weichen Krediten wichtiger ist als der Schuldenerlaß."

Die Weltbank sagte einen Kredit über 70 Mio. und die Interamerikanische Entwicklungsbank weitere 50 Mio. zu. Doch die Summe von 170 Mio. Dollar an Krediten nimmt sich gegenüber der durch den Hurrikan entstandenen Schadenssumme, die auf 1,5 Milliarden Dollar beziffert wird, kläglich aus. Als noch absonderlicher stellt sich die Aussage des nicaraguanischen Zentralbankchefs vor dem Hintergrund der Tatsache dar, daß Nicaragua auf Platz 124 der 176 ärmsten Länder der Welt rangiert und bis zum Jahr 2000 insgesamt 847 Mio. Dollar an Schuldendienst zu zahlen hat, wobei als Folge von Mitch damit zu rechnen ist, daß ein Einbruch von bis zu 75% der Exporterlöse zu verzeichnen sein wird. Wovon, so stellt sich die rhetorische Frage, sind Schulden zu zahlen?

FSLN-Kritik

Kritik an der Folgsamkeit der Regierung Alemán äußerte die FSLN, die in einem Treffen mit Camdessus die vollkommene Revision des Strukturanpassungsprogramms vor dem Hintergrund der Zerstörungen forderten. Der sandinistische Wirtschaftswissenschaftler, Orlando Nuñéz, hierzu: „Die wirtschaftliche Ausrichtung Nicaraguas muß vollkommen geändert werden: weg von einer oligarchischen städtischen Marktökonomie, hin zur Entwicklung einer Agrarökonomie, die vor allem die verarmten Kleinbauern berücksichtigt."

Die FSLN fordert öffentlich die totale Streichung der nicaraguanischen Auslandsschulden, der bilateralen genauso wie der multilateralen und die Einrichtung von zwei Fonds. Einen, der die Entschuldung von ProduzentInnen vorantreibt, die von Mitch betroffen wurden, einen weiteren, der Wiederaufbaumaßnahmen fördert. „Ein Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm ist notwendig, um ein neues Nicaragua aufzubauen. Es kann keine Lösungen geben, wenn die Dinge so belassen werden, wie sie sind. Nicaragua war schon auf einem schlechten Weg, bevor der Hurrican zuschlug.", so Nuñez.

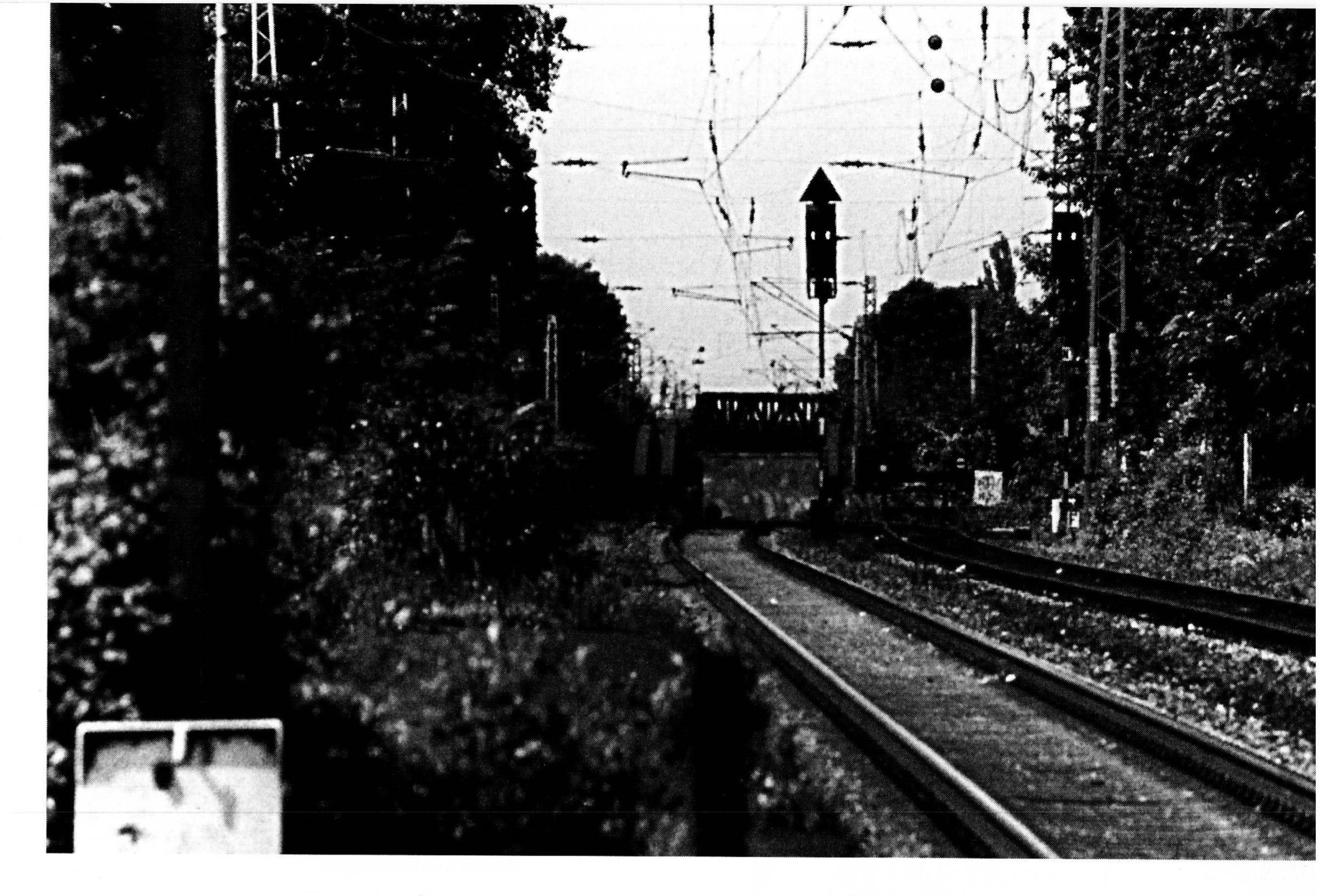
Doch IWF-Chef Camdessus läßt an den Rahmendaten wirtschaftlicher Entwicklung keinen Zweifel aufkommen. Unmißverständlich äußerte er, daß Nicaragua das Strukturanpassungsprogramm bis zum Jahr 2000 erfüllen müsse, erst dann könne das Land in den Genuß weiterer Schuldenstreichungen durch Aufnahme in die Inititative extrem hochverschuldeter Länder kommen.

Pakte hinter verschlossenen Türen

Diese oppositionelle Rhetorik der FSLN hat seit dem Machtantritt der liberalen Regierung Konjunktur. Hinter den Kulissen jedoch prägen geheime Verhandlungen das politische Geschehen. An einem Tisch finden sich die regierenden Liberalen mit der immer noch größten Oppositionspartei FSLN. Ziel der Verhandlungen ist die Machtkonsolidierung, die Aufteilung von Räumen zwischen den beiden politischen Polen. An dieser politischen Leitlinie änderte auch die Katastrophe nichts substantiell. Zwar versuchten die FSLN-ParlamentarierInnen den Präsidenten aufgrund des Mißmanagements bei der Soforthilfe abzusetzen. Doch die Initiative scheiterte. An einen Abbruch der Verhandlungen zwischen Regierung und FSLN-Führung wurde nicht gedacht. „Das Politische", so FSLN-Chef Ortega, sei von der derzeitigen Situation zu trennen und „sollte nicht vermischt werden". Die FSLN läßt eine klare Oppostitionspolitik vermissen. Die große Mehrheit der Bevölkerung steht gleichzeitig unter einem enormen sozioökonomischen Druck, verursacht durch die Strukturanpassungsmaßnahmen und Korruption in Staat und Wirtschaft, die sich durch die Katastrophe in fast nicht steigerbarer Form zugespitzt hat. Theoretisch wäre anzunehmen, die FSLN könne die Situation als Chance begreifen, eine erneuerte Politik radikaler und konstuktiver Opposition anzugehen. Doch die Ereignisse der vergangenen Monate, die Verfilzung und Unbeweglichkeit der internen Strukturen der Partei weisen nicht darauf hin. So war der Parteikongreß der FSLN im Mai 1998 mehr vom Kampf um Posten als von inhaltlichen Diskussionen oder Analysen bestimmt.

Opposition ohne Inhalte

Obwohl die FSLN die Regierungsmacht im Jahr 2001 anstrebt, verfügt sie bisher über keinerlei Programm, Strategie oder eine definitive Perspektive, für eine Lösung der akuten Probleme des Landes. Die Mobilisierungskraft der FSLN, so der nicaraguanische Soziologe Oscar René Vargas, sei erheblich gesunken, was sich u.a. daran zeige,



daß die Anzahl der von den Sandinisten maßgeblich unterstützten Streiks von 1990 mit 156 Streiks auf sechs Streiks im Jahr 1995 rapide zurückgegangen sei. Der ÄrztInnenstreik, wie auch andere Streikbewegunngen in den drei Jahren, hätten gezeigt, daß die FSLN heute nicht mehr die Avantgarde, sondern die Nachhut der Volkskämpfe darstelle. So sei beim ÄrztInnenstreik nicht die FSLN die mobilisierende Kraft gewesen, sondern die Beschäftigten des Gesundheitswesens, unterstützt von Gewerkschaften, StudentInnen und Nachbarschaftsorganisationen.

Poker um Verfassungsänderungen

Ein weiterer Verhandlungspunkt ist die Etablierung eines Zweikammersystems (Nationalversammlung und Senat), sowie die Ernennung aller Expräsidenten zu SenatorInnen auf Lebenszeit. Die Ernennung zum Senator auf Lebenszeit soll mit Ortega beginnen. Das schlösse eine lebenlage Immunität ein. Dies würde für Ortega bedeuten, daß er bezüglich der Anklage seiner Stieftochter Zoilamérica, die ihn des sexuellen Mißbrauchs beschuldigt, zeitlebens strafrechtlich nicht zu belangen wäre.

Die Hauptinteressen Alemáns bei den Verhandlungen beziehen sich auf zwei Punkte: Erstens die Änderung des Wahlgesetzes bezüglich der Wiederwahl zum Präsidentschaftsamt, die bislang ausgeschlossen ist. Zweitens die Zulassung zu Regierungsfunktionen von denjenigen, die ehedem die US-amerikanische Staatsbürgerschaft angenommen hatten. Dies wäre die Voraussetzung für die Aufstellung des von Alemán favorisierten Präsidentschaftskandidaten für 2001. Hierbei handelt es sich um den ehemaligen Innenminister und heutigen Bildungs-, Kultur- und Sportminister, den erzkonservativen José Antonio Alvarado. Diese doppelte Strategie weist darauf hin, daß Alemán sich gezielt auf eine lange Machtperiode einrichtet und dabei ist, diese vorzubereiten.

Pakt oder Ausnutzung von Spielräumen?

Das heißt aber auch, daß Ortega, gibt er den Verhandlungspunkten Alemáns nach, bereit ist, dessen Wiederwahl oder die seines Verbündeten Alvarado zu riskieren. Doch um welchen Preis? Um den der lebenslangen Immunität? Wenn Ortega in bezug auf den Paktvorwurf entgegenhält, es gäbe keinen Pakt, sondern die FSLN beanspruche lediglich einen Spielraum, der ihr als zweite Kraft nach den Wahlen zustehe, stellt sich die Frage, warum die FSLN-Fraktion aufgrund ihres derzeitigen Übergewichts im Parlament, mit 36 gegenüber 33 Abgeordneten der Liberalen Partei, nicht den Spielraum nutzt, um eine vehemente Oppositionspolitik zu betreiben.

Spätestens jetzt, nach Eintreten der Katastrophe, ist die FSLN, will sie auch nur ansatzweise glaubwürdig erscheinen, gefordert, der Politik Alemáns, die trotz der verheerenden Situation der Bevölkerung in erster Linie darum besorgt ist, die Verpflichtungen gegenüber der Weltbank und IWF einzuhalten, eine inhaltlich gefüllte Oppositionspolitik entgegenzusetzen. Eine Politik, die nicht dazu dient, die Tragödie des Landes für die eigene Wahlpropaganda zu instrumentalisieren, wie es der FSLN bereits von der nicaraguanischen Frauenbewegung vorgeworfen wurde, sondern eine Politik, die sich an den Belangen einer nicht nur von der Naturkatastrophe gebeutelten Bevölkerung orientiert.

Neuanfang und Wiederaufbau von unten?

So forderte die nicaraguanische Frauenbewegung Anfang November in einem Offenen Brief, alles zu unternehmen, um „Intiativen zu stärken, die von zivilen Organisationen vorangetrieben werden, um den Notstand zu bekämpfen, indem mit den bestehenden örtlichen Notfallkomitees

zusammengearbeitet wird, die Autorität der Bürgermeister gestärkt und die autonome lokale Mittelverwaltung für den Wiederaufbau der Städte und Gemeinden gefördert wird." Desweiteren forderte sie den Schuldenerlaß für Nicaragua wie auch für Honduras. Einen Schuldenerlaß, der sich nicht nur auf makroökonimische Strukturdaten auswirkt, sondern sich unmittelbar auf der Ebene der kleinen Bauern, Kooperativen und kleinen ProduzentInnen in Nicaragua positiv auswirkt.

Naturkatastrophen und Armut haben einen elementaren Zusammenhang. Es sind die Armen, die überall auf der Welt in unsicheren Regionen und Gebieten leben. Ihre Elendsquartiere finden sich an den Hängen von Flußufern und entwaldeten Bergen. Sie sind die ersten Opfer des ökologischen Desasters. Sie leiden Hunger, wenn die Lebensmittelpreise nach einer Naturkatastrophe in die Höhe schnellen. Sie werden als erstes Opfer der Konsequenzen von Naturkatastrophen, von Krankheiten und Epidemien und sie sind die letzten, die sich medizinische Hilfe, gesunde Nahrung und sauberes Trinkwasser beschaffen können. Ihre Fluchtmöglichkeiten sind begrenzt, wenn auch ihr Elend als Faustpfand und Druckmittel im Kontext von internationaler Hilfe und Schuldenerlassen ausgenutzt wird.



Paktierend und vereint für den Wiederaufbau

Nach Restauration und Wiedererlangen des Status-Quo sieht dagegen das Vorgehen aus, das Ende November der Generalsekretär der FSLN und Präsident Alemán beschlossen, als sie verkündeten, daß sie nun gemeinsam an der Formulierung eines Programms des nationalen Wiederaufbaus arbeiten würden. Alemán verkündete, daß es in den Komissionen zur Erarbeitung des Programms keine politischen Fronten geben werde, denn „die Stunde des Unglücks verbindet uns alle." Ex-Präsidentin Violeta Chamorro, die ebenfalls zu dieser Regierungsinitiative eingeladen worden war, schlug die Teilnahme aus, denn ihrer Meinung nach resultiert die Initiative aus dem Pakt zwischen Alemán und Ortega.

Mit der Gründung der Programmkomission zum Wiederaufbau erklärte Alemán die Phase der Soforthilfemaßnahmen für abgeschlossen und den Start des Wiederaufbaus für gekommen.

Dies paßt in das Bild von Kontrolle, Ruhe und Ordnung sowie dem Herunterspielen der Ausmaße der Katastrophe, das Alemán bereits mit Beginn der Katastrophe mit Blick auf die internationalen Finanzinstitutionen und Kapitalanleger vermitteln wollte. Dazu paßt auch, daß die vorweihnachtlichen Regierungsbemühungen sich in erster Linie in der Umsetzung des „Plans Belén" erschöpfen, einem Plan, der 1200 Polizisten zum Sondereinsatz abstellt: gegen die feiertägliche Kleinkriminalität auf Managuas Straßen. `Kontrolle´,` Ruhe´ und `Ordnung´ allüberall.

Annette Massmann ist Mitarbeiterin des Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal.



Frauenbewegung im Lichte des New Age

Marie Fischer

"Die feministische Bewegung ist eine der stärksten kulturellen Zeitströmungen und wird sich tiefgreifend auf unsere weitere Evolution auswirken."
Diese Lobpreisung stammt von Fritjof Capra, dem Autor des New-Age-Klassikers "Wendezeit". Für ihn ist die Frauenbewegung neben dem Beginn des Solarzeitalters und der Abkehr vom mechanistisch-cartesianischen Weltbild von zentraler Bedeutung für den Übertritt ins gesegnete Wassermannzeitalter. Ja, er sieht sogar das Patriarchat bereits im Untergang begriffen, da dessen Zerfall „deutlich erkennbar" sei.

New Age und Feminismus

Rückgriffe auf Elemente "der" (US-Amerikanischen und europäischen) Frauenbewegung sind im New Age keineswegs selten, zumal diese selbst seit langem von einer latenten Spaltung in - nicht nur, aber darum soll es hier gehen - spirituelle und nichtspirituelle Feministinnen durchzogen ist. Ein Streitpunkt, der hierbei von entscheidender Bedeutung ist und nach wie vor durch die gesamte Bewegung geht, ist die Frage nach dem Stellenwert von "Weiblichkeit". Der Ablehnung von Weiblichkeit als patriarchaler Konstruktion steht ein Verständnis, das von grundlegender Differenz zwischen den Geschlechtern ausgeht, und ein per se positiver Bezug auf Weiblichkeit gegenüber. Dieser wird zumeist mit Idealisierungen wie der angeblich größeren sozialen Kompetenz oder Naturnähe von Frauen untermauert.
Der Neuen Frauenbewegung und den sich aus ihr entwickelnden Theorien war es gelungen, herrschende Sichtweisen auf die Geschlechterverhältnisse gesamtgesellschaftlich zu verschieben und auch punktuelle Zugeständnisse zu erwirken. Solche Infragestellung bestehender Herrschaftsverhältnisse macht deren erneute Legitimation oder auch ihre Modernisierung notwendig. Politische Inhalte der Neuen Frauenbewegung werden in diesem Prozeß, wie auch die anderer sozialer Bewegungen, gesellschaftlich auf verschiedene Weise integriert und in ihrer politischen Wirkung weitgehend neutralisiert, wofür der Wandel vom Selbstvertretungsanspruch zum Gleichstellungsfeminismus nur ein Beispiel von vielen ist. Einen anderen Teil dieser Befriedungsfunktion übernimmt die New Age-Bewegung. Teile der Ideologie, der politischen Themen und der Politikformen werden, freilich in anderem Kontext, übernommen, die Neue Frauenbewegung wird gewissermaßen ausgeschlachtet und dabei um ihre systemsprengenden Potentiale erleichtert. Die Mutation der Parole „Das Private ist politisch!" ist dafür ein Beispiel. Die Neue Frauenbewegung kann jedoch trotz aller Unterschiede nicht als das „gute" Gegenstück des „bösen" New Age angesehen werden; vielmehr müssen die Verschränktheiten in der Entstehungsgeschichte beider Bewegungen in den Blick rücken. Wie feministische Politikformen selbst zu der oben beschriebenen Entwicklung beigetragen haben, soll ebenfalls Thema dieses Textes sein.

Weiblichkeit im Zeichen der Rettung - zwei Beispiele

Durchgängig ist es unter AutorInnen des New Age, das Neue Zeitalter selbst als "weiblich" zu charakterisieren. Diese Sicht beruht auf einer Vorstellung des Patriarchats als Epoche des – basierend auf dem chinesischen Taoismus in der Esoterik als männlich assoziierten – Yin-Prinzips, das nunmehr vom – weiblich assoziierten – Yang-Prinzip abgelöst werde. Dieses steht für Ausgleich, Harmonisierung, Erdverbundenheit.
Das Geschlechterverständnis des New Age, bei vielen AutorInnen aus der Jungschen Archetypenlehre inspiriert, ist ahistorisch und dualistisch. Frauen wird im Angesicht der globalen Krise eine Weltretterinnenrolle zugesprochen, die ihren - biologisch oder kulturell-historisch hergeleiteten - "typisch weiblichen" Eigenschaften zu neuem Ansehen verhilft. Trotzdem bedeuten esoterische Lehren und Praktiken gegenwärtig für viele Frauen eine Art Lebenshilfe. Das Interesse an Spiritualität und New-Age-Angeboten folgt häufig auf die Erfahrung des "gescheiterten Feminismus", Einschnitte in der eigenen Biographie oder Lebenskrisen durch Gewalterfahrung, Krankheit, Trennung und Vereinzelung. Die angebotenen Alternativen werden als individuelle Hilfen, die ohne Umsturz der (eigenen Lebens-) Verhältnisse zu haben sind und als "gangbarer Weg" erscheinen, bereitwillig aufgegriffen.
So verschieden einzelne im New Age propagierte Heilswege auch erscheinen, sie basieren alle auf zur Tugend erklärten psychischen Dispositionen von Frauen in der herrschenden Gesellschaftsordnung, wie Vermittlungsfähigkeit, Einfühlungsvermögen, Mutterliebe und Fürsorge. Solche Entdeckungen traditionell weiblicher Qualitäten haben immer dann Hochkonjunktur, wenn eine Einheit zu schmieden und Interessensunterschiede im Streben nach einem höheren Ziel zu integrieren sind. Historisches Beispiel für den selektiven Charakter mütterlich-familiärer Fürsorge (nach „innen" Konflikte deckeln und nach außen ausgrenzen) ist die Rolle von Frauen im



NS-Faschismus. Indem sie ihre Aufgabe innerhalb der „Schicksalsgemeinschaft" anerkannte, harmonisierte die weibliche Logik mit der des faschistischen Staates.

Die Neue Frauenbewegung ...

Die Neue Frauenbewegung wird im Kontext des New Age, wie auch im oben genannten Capra-Zitat, umdefiniert. Als kämpferische soziale Bewegung, die in einem gesellschaftlichen Zusammenhang steht, politische Ziele, GegnerInnen und innere Widersprüche hat, ist sie für den sanften Übergang ins Wassermannzeitalter nämlich denkbar ungeeignet. Um zur Vorbotin des Wandels werden zu können, muß sie als evolutionäre Epoche verstanden und darüberhinaus universalisiert, ihre Akteurinnen dagegen biologisiert und marginalisiert werden. Die Absage an Konflikte und Kämpfe als Mittel zur Gesellschaftsveränderung ist für dieses Unterfangen zentral. Was übrigbleibt, ist die idealistische Vorstellung einer feministischen Bewußtseinswelle, wobei „feministisch" hier für das Heraufziehen des Yang-Prinzips steht, das in den erleuchteten Gemütern Platz gegriffen habe. Ein solches Verständnis endet in blühender Selbstüberschätzung – alle Unsicherheiten weichen der beruhigenden Gewißheit, auf dem „richtigen" Weg zu sein. Gesellschaftliche Veränderung der Evolution anzuvertrauen, bedeutet konsequentermaßen die Abgabe der Verantwortung nach „oben".
Die Indienstnahme von politischen Inhalten der Frauenbewegung für die Anliegen des New Age läuft darauf hinaus, letztere im ganzen als eine Art Trittleiter zum höheren Bewußtsein einzustufen, um sie alsdann beruhigt auf den Müllhaufen der (Evolutions-) Geschichte zu werfen.
„Konnte Mitchell in den 60er Jaheren noch ironisierend über das männliche Retterinnen-Motiv sagen:'Frauen aller Länder vereinigt euch, nicht mehr hinter euren Männern, sondern vor ihnen, seid unsere Vorkämpfer, nehmt die Schläge auf euch, bereitet uns den Weg, gebt uns unsere (sic) Revolution...' – so verzichten die modernen Glaubensbekenntnisse patriarchaler Provenienz bereits auf die Akteurin selbst, trösten sich deshalb umso ungefährlicher/bequemer über den heillosen Zustand der Wrelt hinweg. Die sanft gewendete Retterin stellt keine starke Frau dar, sondern repräsentiert unauffällig und unaufdringlich im Hintergrund das patriarchale Prinzip Weiblichkeit." (Barbara Holland-Cunz: Utopien der Neuen Frauenbewegung)
Zwei Beispiele können die Verquickung von Inhalten und Postulaten der Neuen Frauenbewegung und dem New Age weiter illustrieren:

„Sexuelle Verantwortung" bei ZEGG ...

Das ZEGG (Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung) in Belzig bei Berlin existiert seit 1991. Gründer und Guru ist der Ex-Marxist Dieter Duhm. Nach eigenen Erfahrungen in der AAO-Kommune (Aktions-analytische Organisation) des Otto Muehl entwickelte er mit dem ZEGG die Idee einer an sexueller Befreiung orientierten Lebensgemeinschaft weiter.
Eine der heutigen Chefideologinnen, Sabine Lichtenfels, ruft zur Gründung einer neuen Frauenbewegung im Zeichen der „Weichen Macht" (so der Titel ihres 1995 erschienenen Buches) auf. Die „alte" Frauenbewegung, die „wenig Mut zur eigentlichen Weiblichkeit" gemacht und sich durch „Sexualfeindlichkeit" und „latente Männerfeindlichkeit" ausgezeichnet habe, wird den überkommenen Ideologien zugerechnet. Die „neue" Bewegung soll es demgegenüber besser machen und „Freundbilder statt Feindbilder" (gemeint sind die Männer) heraufbeschwören. Dies entspricht der New-Age-gängigen Überzeugung, daß der Bewußtseinsumschwung nicht durch Abgrenzung, Kämpfe und Konflikte zu verwirklichen sei, sondern durch allmähliche (evolutionäre) Verbreitung des „Positiven Denkens".
Bei der Entwicklung zu einer „ökologischen, gewaltlosen

und lustvollen Kultur"(Infoblatt zum ZEGG-Sommercamp 1998) sollen Frauen mithelfen, indem sie „sich und ihr Wissen (das immanent-weibliche, das vorrangig auf Sexualität bezogen wird) den Männern ohne falschen Machtmißbrauch zur Verfügung stellen". Das ist so gemeint, wie's klingt, was am deutlichsten wird, wenn Lichtenfels auf ihre eigene Biographie zurückgreift, um die Eindringlichkeit der Botschaft zu erhöhen (eine unter ZEGG-Frauen überaus verbreitete Praxis, die eine bemerkenswerte Auslegung von „Das Private ist politisch" beinhaltet) Einmal von einem ZEGG-Vertreter „so richtig genommen" worden zu sein, beflügelte bei ihr vor Jahren den Entschluß, sich dem Projekt anzuschließen.
Abgerundet wird das Ganze durch Lichtenfels' Sicht auf sexuelle Gewalt:"... das Schlimme ist, daß unsere positive Triebentwicklung fast immer irgendwo unterbrochen wurde. Dadurch wurde ein großer Teil unserer Sehnsüchte in den Bereich der Heimlichkeiten zurückgedrängt und sucht sich dort seine eigenen Auswege. Dadurch, daß ein großer Teil der Phantasien nicht mehr im Kontakt gestaltet und verändert werden kann, sucht er sich seinen Ausweg in realer Perversion, in Gewalt, in Resignation und Krankheit. Das ist jetzt seit Jahrtausenden so. Versuche, die sexuelle Energie auszuleben, endeten fast immer in Gewalt und Perversion, weil sie nicht verbunden waren mit Kontakt und gegenseitiger Verständigung. (...) Daß ein Mann Gewaltphantasien hat, das ist nicht seine private Perversion, sondern das ist, bei der Kulturgeschichte, aus der wir kommen, statistisch normal. (...) Je mehr realer Kontakt zur Frau im Sex entsteht, desto mehr wandeln sich auch die Phantasien der Gewalt in Bilder der Liebe. (...) Da, wo reflexartig Angst und Lähmung einsetzen, da sollen Interesse, Lust und Wahrnehmung entstehen können...".
Lichtenfels' Rat an Frauen angesichts manifester oder latenter sexueller Bedrohung ist also die Flucht aus der patriarchalen Wirklichkeit in deren Leugnung und den Elitarismus des New Age.

... und das Postulat der „Mutter Erde"

Eine zweite Variante weiblicher Weltrettung, die nicht allein die Erfindung böser, männlicher New Age-Gurus ist, sondern ebenso von vielen Feministinnen vertreten wird, ist die Konstruktion einer "natürlichen Verwandtschaft" zwischen Feminismus und Ökologie. Capra stellt diese so dar:
"Die Ausbeutung der Natur ging Hand in Hand mit der der Frauen, die in allen Zeitaltern mit der Natur identifiziert wurden. (...) Die altüberlieferte Assoziation von Frau und Natur verknüpft also die Geschichte der Frau mit der Geschichte der Umwelt und ist die Quelle der natürlichen Verwandtschaft zwischen Feminismus und Ökologie, die immer deutlicher zu Tage tritt."
....Und so wird hastenichtgesehen natürlich sowohl die Unterdrückung von Frauen als auch von Natur ganz natürlich, fußt sie doch auf einer ohnehin gegebenen, wesensmäßigen Verwandtschaft. Als Trost für die aktuell gegebene Unterdrückung und Abwertung der weiblichen Rolle wirkt die Erinnerung an angeblich matriarchale oder gynozentrische Epochen. Die patriarchale Reduktion von Frauen auf ihre Körperlichkeit, v.a. Gebärfähigkeit wird als feministischer Mutterkult wiederaufgenommen. Weiblichkeitsmythen wie Hexe, Heilige, Hure werden zu scheinbar progressiven Identitätskonzepten für Frauen. Es wird zwar anerkannt, daß das dichotome Geschlechterbild erst mit der Aufklärung seine - vorläufig - endgültige Festschreibung erfuhr, und damit auch die Entmachtung der Frauen, aber davor scheint nur eitel Sonnenschein, bzw. Matriarchat geherrscht zu haben. Dem „Altüberlieferten" wird eine Autorität per se zugesprochen, auch dies typisch für das Ideologiegebäude des New Age.

Exkurs: Ökofeminismus:

Die gemeinsame Unterdrückungsgeschichte von Frauen und Natur ist Grundlage verschiedener feministischer Ansätze, die sich in den letzten Jahren unter dem Label Ökofeminismus versammelt haben. Feministische Kritik an den patriarchalen Grundprämissen und Herrschaftsansprüchen der Aufklärung, den Gen- und Reproduktionstechnologien und der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Trikont sind entsprechend die zentralen Themen ökofeministischer Politik. In Deutschland sind als Protagonistinnen v.a. die Soziologin Maria Mies und die indische Physikerin und Feministin Vandana Shiva bekannt geworden, die 1995 das Buch „Ökofeminismus" veröffentlichten. Diese Allianz von Feminismus und Ökologie kommt, wie dies auch in Maria Mies' Ausführungen in "Ökofeminismus" durchscheint, in den seltensten Fällen ohne spirituelle Komponente aus, die die historische Idealisierung "weiblicher Werte" flankiert und die größere Naturnähe von Frauen belegen soll. Während in der Subsistenztheorie die Spiritualität eher den Status einer "Beigabe" hat, ist sie in anderen Fällen konstitutiv: ein Beispiel dafür ist die in den USA ebenfalls als Ökofeministin aktive Starhawk (mit bürgerlichem Namen Miriam Simos). In Starhawks politischen Aktivitäten spielen Kleingruppen von Frauen, die sich teils als Hexenkonvente verstehen, eine bedeutende Rolle. Starhawk vertritt offensiv die Verbindung von weiblicher Spiritualität und Politik und leitet daraus ihre Utopie einer Gesellschaft, die nach dem Prinzip der Immanenz (Gegenbegriff v. Transzendenz, bezeichnet das Körperliche, Irdische i. Ggs. zum rein Geistigen) gestaltet sein soll, ab. „Immanenz" bedeutet für sie Absage an aufklärerische Ideale vom körperlosen, unabhängigen Subjekt der Vernunft, basisdemokratisches Zusammenleben und ein nichthierarchisches, auf spiritueller Verbindung beruhendes Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur. Nach Starhawk muß v.a. die Entfremdung der Menschen von der Natur und die Trennung zwischen Geist/Göttlichem/Kultur und Materie/sinnlich Erlebbarem/Natur überwunden werden. Die Anbetung der Göttin als Symbol der Immanenz soll die Achtung vor der Natur garantieren. Herrschaftsfreiheit und Basisdemokratie sind grundlegende Elemente in Starhawks Spiritualitätsbegriff. Ihr Verständnis von „Magie" umfaßt esoterische, bewußtseinserweiternde wie auch sehr pragmatische Dimensionen, wie z.B. Flugblätter verteilen oder Gerichtsprozesse führen, die Bewußtsein ändern sollen: „...Magie ist die Psychologie/Technologie der Immanenz, des Verständnisses, daß alles miteinander verbunden ist." Die hieraus erwachsende politische Praxis der Autorin, die daraus u.a. den sehr irdischen Kampf gegen Atomkraftwerke ableitet, bedeutet eine gänzlich andere Umsetzung von (weiblicher) Spiritualität als "Motor" von Veränderung als im Fall von ZEGG, Baghwan u.a., die in der Auseinandersetzung mit den jeweiligen Ansätzen berücksichtigt werden muß.

Auch wenn der feministisch orientierte Bezug auf "Spiritualität" an sich, wie es die Bielefelderinnen und Starhawk zeigen, politisches Engagement keineswegs ausschließt, so gilt doch neben den Aspekten der Idealisierung und Biologisierung von Frauen die generelle Kritik an Spiritualität. Spiritualität als ahistorische Glaubensfrage wird nur zufällig emanzipativ, ihre grundsätzliche Ausrichtung ist reaktionär. Dies zeigt sich auf anderer Ebene daran, daß die Verbindung von Spiritualität und Feminismus bei vielen Frauen zu einem Rückzug aus bestimmten Bereichen kollektiver Politik geführt hat und eine der Grundlagen zur Umdeutung der Forderung "Das Private ist politisch" war.



„Warum sprecht Ihr hier vom Klassenkampf und zu Hause von Orgasmusschwierigkeiten?“ – Politik der Subjektivität

Die Geschichte der Neuen Frauenbewegung und die des New Age verlaufen also nicht bezuglos nebeneinander her. Der Eso-Boom knüpft vielfach an Themen, Politkverständnis und -formen der Frauenbewegung an, einige Vertreterinnen haben „das Lager gewechselt", bzw. die Grenzen sind fließend. Der rote Faden in den folgenden Überlegungen soll wiederum sein, inwieweit das Aufkommen des „Neuen Bewußtseins" dazu beigetragen hat, die systemsprengenden Kräfte der Neuen FB einzudämmen und zu untergraben, und was frau an Kritik dagegensetzen kann.

Die Vereinnahmung des Kampfrufs „Das Private ist politisch!", den neben der Frauen- auch Teile der (gemischten) linken Bewegung propagierten, steht wie angedeutet exemplarisch für den Wandel zur Systemkonformität. Unter diesem Stichwort machten Frauen innerhalb der 68'er Bewegung ihre Kritik am patriarchalen Freiheits- und Politikbegriff der Linken deutlich und begannen, sich autonom zu organisieren. War zunächst hauptsächlich die „Schere" zwischen öffentlichen Postulaten und dem subjektiven Verhalten von Männern im Rahmen von Privatheit und Beziehungen Anlaß gewesen, so schlossen sich in den folgenden Jahren weitgespannte theoretische Erkenntnisse an die Benennung dieses Widerspruchs an. Mit der Forderung nach Politisierung des Privaten wurde die Kritik am patriarchalen Poltikbegriff in all seinen Ausprägungen auf die männlich-linke Tagesordnung gesetzt.

Die „Politik der Subjektivität" konnte jedoch auch zum Primat des Privaten und zu einer Überbetonung des Persönlich-Individuellen in politischen Auseinandersetzungen führen, mit der andererseits die Ablehnung von abstrakten Auseinandersetzungen und als „männlich" konnotierter Rationalität einherging.
Aus der Aufwertung von Frauen wurde so deren Idealisierung. Viele Feministinnen vertraten eine ausschließlich an Weiblichkeit und „weiblichen Werten" orientierte Politik, die sich „männlichen" Spielregeln verweigern sollte. Obwohl die Kritik an männlich dominierter und patriarchal verfaßter Politik zutrifft, war häufig eine Selbstbeschränkung auf traditionell weibliche Domänen wie Emotionalität, Sichkümmern usw. die Folge. Verhaltensnormen blockierten Gruppenprozesse teils mehr, als sie zu fördern. Feministisches Sichverweigern konnte zum Allroundargument werden, unliebsamen Konflikten auszuweichen. So wurden auch Möglichkeiten der Einflußnahme und zum Gewinn von Selbstbewußtsein verschenkt. Der weibliche Sozialcharakter blieb in weiten Teilen unhinterfragt und unangetastet. Ob diese ungebrochene Kontinuität weiblicher Selbstwahrnehmung ihren Anteil hat an dem Umstand, daß Frauen so wenig Vertrauen in die eigene Wahrnehmung haben, sich von Männern erzählen zu lassen, der „Untergang" des Patriarchats sei nahe, bleibt zu fragen.
Das Konzept der feministischen Selbsterfahrungsgruppen ist nach wie vor Basis vieler spiritueller Frauengruppen, wie etwa bei Starhawk, aber auch viele geschlechterübergreifende New-Age-Veranstaltungen machen hier An-

**Die anfangs progressive Politisierung des Privaten
stellt sich im Kontext von herrschaftsförmiger Modernisierung
als strategischer Bumerang heraus:
New-Age-konform gewendet,
schlägt sie in eine Selbstreduzierung und Selbstentmachtung von Frauen um.
Die einstige Explosivität der Parole „Das Private ist politisch"
ist somit dreifach gebrochen:
auf der Strecke der Institutionalisierung der Neuen Frauenbewegung geblieben,
ins Reich der linken Mythen abgewandert
(um dort ab und zu in anderer als der ursprünglichen Bedeutung
als Bekenntnisslogan zu dienen),
oder passend für das New Age kanalisiert.**

leihen. Der vormals emanzipatorische Gehalt geht dabei den Bach runter.

"Suche deine innere Mitte" - Zum Primat des Privaten

Andererseits ist die „zahlende Beschäftigung mit dem eigenen Ich" (Chr. Thürmer-Rohr) aufgrund der Kommerzialität der Angebote sowieso nicht allen Frauen gleichermaßen zugänglich. Das New Age ist im ganzen ein Phänomen westlicher, weiß domininierter (ehemaliger) Wohlstandsgesellschaften und knüpft hier an ein typisch mittelständisches Leidensszenario an.
Eine Disposition, die daraus hervorgehen kann, ist die zu Selbstbezogenheit. Befreiungsversuche durch New-Age-Angebote und Therapien gleichen häufig einer bohrenden Suche nach dem inneren Urgestein, das Erkenntnisse und schlußendliche Wahrheiten bergen soll, oft jedoch nur auf sich selber verweist. Falsch ist hier nicht der Versuch der Selbstveränderung, sondern - neben den ideologischen Elementen, die mitgeschluckt werden - der fehlende dialektische Zusammenhang mit Gesellschaftsveränderung, die das Einbeziehen von anderen zur Voraussetzung hat. Anders ausgedrückt: die Bewältigung der Inweltkrise („ich und die meinen") wird zur Bedingung für die Lösung der Umweltkrise („die anderen") erklärt. Die Möglichkeit und Notwendigkeit eines wechselwirkenden Prozesses wird außer Acht gelassen.
Zu dieser Disposition hinzu kommt die rassistische Ausrichtung des New Age: ein Rückzug in die "Innerlichkeit" ist denn auch generell eher weißen Frauen möglich, weil sie strukturell von der "weißen Normalität" profitieren und nicht wie hier lebende Schwarze Frauen gezwungen sind, sich rassistischen Anfeindungen zu stellen.

Dies befördert auf zweierlei Art einen im eben angegebenen eingeschränkten Sinn typisch weiblichen Umgang mit Konfliktpotentialen, der Frauen schon häufig genug bei ihren politischen Aktivitäten im Wege stand: erstens führt das ideologisch abgesegnete Harmoniestreben dazu, nach dem oben benannten Innen-Außen-Schema das Vorhandensein von Dissonanzen zu leugnen und diese zu „kitten". Harmonie, „Gleichgewicht", wird zum Guten an sich, ungeachtet der Frage, zwischen wem oder was diese herrschen soll. Diese Sicht fügt sich in die von oben propagierten Diskurse um Nachbarschaftshilfe und „global denken, lokal handeln" ein. Zudem hindert sie daran, Harmoniesucht von (bürgerlichen Haus-)Frauen als notwendigen Bestandteil für das Funktionieren von Ausgrenzungsideologie zu erkennen.
Zweitens verstärkt die oben angesprochene Bedingungslogik die Scheu vor abstrakten Auseinandersetzungen: das - vorprogrammierte - Scheitern an der eigenen Inweltkrise verunmöglicht den Gedanken, auf die Umweltkrise überhaupt Einfluß nehmen zu können. Darin steckt eine fatale Wendung der zum Schlagwort erstarrten Parole „Das Private ist politisch", die die Bewältigung der Privatsphäre zur Bedingung für politisches Handeln erklärt. Frau hält sich jenseits ihrer schicksalsdeterminierten Grenzen für nicht kompetent, kann sich aber damit trösten, daß ihre Rolle an anderer Stelle ja so wichtig ist, da Selbstveränderung und das "weibliche Prinzip" höchste Priorität haben. Sie selbst ist defizitär - Weiblichkeit ist göttlich. So schwindet sowohl die Bereitschaft als auch die Fähigkeit, Konflikte überhaupt auszutragen.
Die anfangs progressive Politisierung des Privaten stellt sich im Kontext von herrschaftsförmiger Modernisierung als strategischer Bumerang heraus: New-Age-konform gewendet, schlägt sie in eine Selbstreduzierung und Selbstentmachtung von Frauen um.
Die einstige Explosivität der Parole „Das Private ist politisch" ist somit dreifach gebrochen: auf der Strecke der Institutionalisierung der Neuen Frauenbewegung geblieben, ins Reich der linken Mythen abgewandert (um dort ab und zu in anderer als der ursprünglichen Bedeutung als Bekenntnisslogan zu dienen), oder passend für das New Age kanalisiert.

Der Beitrag ist ein gekürzter Vorabdruck aus der im März in der *reihe antifaschistischer texte (rat)* erscheinenden Broschüre "Schicksal und Herrschaft: Materialien zur Kritik an der New-Age-Bewegung". Sie vorraussichtlich 8,- DM kosten und zu beziehen sein über: rat, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.

Perspektiven gegen die schöne neue EXPO-Welt
Vorbereitungsseminar zum BUKO 22, Hannover 8.-10. Januar 1999

Heiko Möhle

Das Wichtigste vorweg: Die Vorbereitungsgruppe hat einstimmig beschlossen, den **BUKO 22 auf den 28. bis 31. Oktober 1999** zu verschieben!!!
Die zeitliche Nähe des bisherigen Termins (Mai 1999) zu anderen linken Großveranstaltungen brachte einige Probleme mit sich. Das gilt insbesondere für die geplanten Gegenaktivitäten zum EU- und Weltwirtschaftsgipfel in Köln im Juni, die auch inhaltlich und politisch in eine sehr ähnliche Richtung gehen. Der gedrängte Terminkalender hätte zu einer unnötigen Konkurrenz um TeilnehmerInnen führen können. Schwerwiegender waren aber die Folgen für die Vorbereitung beider Veranstaltungen. Verschiedene Gruppen und Einzelpersonen aus dem BUKO-Spektrum wollen sich in Köln engagieren. Umgekehrt würden sich einige aus der BUKO-Vorbereitung gern intensiver an den Kölner Aktivitäten beteiligen, das gilt beispielsweise für den Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft im BUKO. Schließlich erwies es sich als schwierig, daß der BUKO-Kongreß vor dem Kölner "Gipfelsturm" stattfinden sollte, sich aber mit der EXPO 2000 auf ein Ereignis bezieht, das zeitlich wesentlich später liegt. Bis zum Sommer ist die Aufmerksamkeit der (internationalistischen) Linken sehr stark auf Köln gerichtet. Wir streben mit dem neuen Termin für den BUKO 22 die Verbindung zwischen Gegengipfel- und Anti-EXPO-Aktivitäten an und wollen ein Forum schaffen, das zur Auswertung und vor allem zur Weiterführung der Kölner Bündnis-Aktivitäten beitragen kann.

Vorbereitungsgruppe

Die Vorbereitungsgruppe wächst langsam. Bemängelt wurde, daß noch immer einige Gruppen aus Hannover nicht im Verteiler der Einladungen sind. Immerhin scheint aber auch die recht kleine Vorbereitungsgruppe arbeitsfähig zu sein, zumal weitere Gruppen ihre Mitarbeit an einzelnen AG's usw. angekündigt haben.

Thematischer Bezug des BUKO 22 zur EXPO 2000

Zu einigen Irritationen hatte geführt, daß der BUKO 22 an verschiedenen Stellen als Anti-EXPO-Kongreß angekündigt wurde. Dahinter stand die Befürchtung einer zu starken thematischen Verengung auf die EXPO. Jetzt besteht Einigkeit darüber, daß die Ablehnung der EXPO - u.a. im Kongreß-Motto - zum Ausdruck gebracht werden soll, daß es aber offenbar noch notwendig ist, die Bedeutung des Themas für die Internationalismus-Szene zu vermitteln.

Zielsetzung des Kongresses

Soll der Kongreß eine bloße Informationsveranstaltung sein oder "zur Neuformierung der Linken" (Kai) beitragen? Die Diskussion um die Zielsetzung des Kongresses verlief zunächst recht polarisierend. Es können trotzdem einige Gemeinsamkeiten festgehalten werden:
· Wie schon in den Vorjahren soll der BUKO ein Diskussionsforum für soziale Bewegungen aus verschiedenen Teilbereichen bieten
· Die Ergebnisse des Kongresses sollen als Grundlage weiterer Diskussionen und Aktivitäten dokumentiert werden
· Der BUKO soll ein klares Profil gegenüber der Vielzahl von NGO's zeigen, deren Verhalten zur EXPO dokumentiert, auf welchen Schlingerkurs sie sich grundsätzlich gegenüber den herrschenden Verhältnissen begeben haben: "Die EXPO 2000 ist letztlich nicht mehr zu verhindern. Daher sollte aus ihr das Beste gemacht werden." (O-Ton Germanwatch)
· Auf Kongressen werden erfahrungsgemäß keine neuen Bündnisse geschmiedet, dafür braucht es mehr Zeit. Wenn wir den Kongreß nicht als singuläres Ereignis begreifen, sondern ihn auf vorhergehende (Köln 1999) und folgende (Hannover 2000) Aktivitäten beziehen, kann er aber eine mobilisierende Wirkung haben, die hoffentlich weit über das Kongreß-Wochenende hinausreicht.

Kongreß-Motto

Wie schon beim BUKO 21 wurden die heftigsten Debatten bis zum Rande des Nervenzusammenbruchs um die banalste Frage ausgetragen: "Wie soll der Kongreß heißen?" Letztlich kam keine Einigung zustande. Nachdem "Wem gehört die Zukunft?" auf der Strecke geblieben war, blieben zuletzt noch "EXPO NO - Her mit der Zukunft!" und das bereits aus dem BUKO-Rundbrief bekannte "MACHT-ZUKUNFT-SPASS" im Rennen, deren VerfechterInnen sich unversöhnlich gegenüberstanden. Die endgültige Klärung soll beim nächsten Vorbereitungstreffen im Februar erfolgen - bis dahin können weitere Vorschläge eingreicht werden. Vorläufig wird mit dem eigentlichen Untertitel "Perspektiven gegen die schöne neue EXPO-Welt" für den Kongreß geworben.

Ablauf des Kongresses

Trotz der Verlegung des Kongresses hat die Konkretisierung des Ablaufs erfreuliche Fortschritte erzielt. Und so soll der BUKO 22 aussehen:
Am **Donnerstag** wird der thematische Bezug zur EXPO 2000 im Vordergrund stehen - nicht in Form langatmiger Vorträge, sondern als lebendige Performance, die offizielle EXPO-Verlautbarungen in Wort und Bild mit unserem Kongreß-Aufruf kontrastiert.
"Weltwirtschaft und Globalisierung", "Soziale Frage - soziale Kämpfe", "Kontrolltechniken der Zukunft - Nachhaltige Herrschaftssicherung" und "Multikultur - Kultur der Multis" heißen die vier Foren am **Freitag und Samstag** mit insgesamt 17 Arbeitsgruppen. Die zweitägigen Foren werden unterbrochen durch eine Exkursion in die Innenstadt von Hannover, eine Diskussion über Erfahrungen der "Gegen-Großveranstaltungen" (IWF-Tagung Berlin 1988; EXPO Barcelona 1992;

BUKO-ADRESSEN

BUKO Geschäftsstelle: Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Telefon 040-39 31 56, Fax 040-39 07 520, e-mail buko@cl-hh.cl.sub.de

BUKO Agrar-Koordination: Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Telefon 040-39 25 26, Fax 040-39 07 520

BUKO Pharma-Kampagne: August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld, Telefon 0521-60 550

BUKO Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport": Buchtstr. 14-15, 28195 Bremen, Telefon 0421-32 60 45, Fax 0421-33 78 177, e-mail rexbuko@oln.comlink.apc.org

Redaktion alaska - Zeitschrift für Internationalismus: Auf der Kuhlen 22, 28203 Bremen, Telefon 0421-72 034, Fax 0421-72 034

Weltwirtschaftsgipfel Köln 1998 usw.) und ein anregendes Impuls-Referat zum beliebten BUKO-Thema "Gegenmacht von unten". Welches Highlight am Ende der Abschlußdiskussion am **Sonntag** stehen wird, ist zur Zeit noch nicht klar. Sicher ist, daß nach Kongreßende am Sonntagmittag Gelegenheit zur Besichtigung des EXPO-Geländes bestehen wird - fragt sich nur, aus welcher Entfernung.

Termine:

*27. Februar: Offenes Treffen der **Vorbereitungsgruppe**, Pavillon Hannover, 11 bis 20 Uhr*
*März: Druck des ersten **Info-Flyers***
*April: Redaktion der **Ankündigungstexte** für Foren und AG's*
*25. April: Druck des **Kongreß-Aufrufs***
*2.-4. Juli: **Vorbereitungsseminar** (Ort wird noch bekanntgegeben)*

Seminare:

Im Dunstkreis der Macht:
Lobbyarbeit und Dritte Welt Bewegung
Bonn, 29.-31. Januar 1999
In den letzten Jahren lässt sich beobachten, daß linke Gruppen teilweise ihre Haltung zur Lobbyarbeit stark verändert haben. Die einst so verpönte Einflußnahme auf Entscheidungsträger setzt sich im Zeitalter einer geschrumpften Massenbasis zunehmend durch. Das Seminar will versuchen, eine Abgrenzung von Lobbypolitik zu anderen Aktionsformen zu leisten und die Bedingungen herauszuarbeiten, unter denen Lobbyarbeit sinnvoll sein kann.
Veranstalter: BUKO in Zusammenarbeit mit AKE Vlotho

Alternativer Handel:
Bewegte Praxis ohne Theorie?
Dortmund, 26.-28. Febr. 1999
Auf welcher Theorie basiert die derzeitige Praxis des Alternativen Handels? Was kann der Alternative Handel in globalisierten Zeiten bewirken? Ein Rückblick auf die Geschichte und Erfahrungsberichte aus der Praxis sollen die im Seminartitel gestellte Frage beantworten und helfen, Perspektiven für die zukünftige Arbeit zu entwickeln.
Veranstalter: BUKO in Zusammenarbeit mit BUKO-Agrar-Koordination.

Kontakt: BUKO-Geschäftsstelle,
Tel. 040/393156

Verhindern wir den staatlichen Mord an Mumia-Abu Jamal

Bundesweite Demonstration in Hamburg am 20. Februar 1999, 12 Uhr, S-Bahnhof Sternschanze.

Der Gouverneur von Pennsylvania, Thomas Ridge, hat seit langem angekündigt, den Hinrichtungsbefehl gegen den afro-amerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal baldmöglichst zu unterzeichnen. Die Ablehnung des Wiederaufnahmeverfahrens durch den Obersten Gerichtshof von Pennsylvania am 29. Oktober 1998 hat dieser Unterzeichnung nun den Weg frei gemacht und stellt einen entscheidenden Punkt im juristischen Kampf von Mumia Abu-Jamal dar. Sie signalisiert die politische Entscheidung, daß er hingerichtet werden soll.
Zur Erinnerung: Mumia Abu-Jamal ist einer der afro-amerikanischen politischen Gefangenen in den USA. Als Jugendlicher war er Mitbegründer der Black Panther Party in Philadelphia und Informationsleutnant der BPP in Californien. Nach der Zerschlagung der Partei durch ein Programm von FBI und CIA hat er jahrelang als bekannter Journalist in Philadelphia die rassistische Brutalität der Polizei ans Licht der Öffentlichkeit gebracht. Am 9. Dezember 1981 geriet er in eine Auseinandersetzung mit Polizisten, die ihn zusammenschlugen und durch einen Schuß lebensgefährlich verletzten. Bei diesem Zwischenfall wurde ein Polizist erschossen. Wegen Mordes an diesem Polizisten wurde Mumia Abu-Jamal 1982 angeklagt und in einem nachweisbar manipulierten und rassistisch geführten Prozeß von Richter Sabo, bekannt als „Henker von Philadelphia", zum Tode verurteilt. Der gesamte Prozeß wurde von einer rassistischen Hetzkampagne der rechtsradikalen Polizeivereinigung FOP („Fraternal Order of Police") begleitet, der auch Richter Sabo angehört.
Die Beweise, die sein Verteidigungsteam zusammengetragen hat und die in einem 300-seitigen Buch seines Anwaltes Len Weinglass nachzulesen sind, belegen, daß der Prozeß aus politischen Motiven gegen einen verhaßten Schwarzen Aktivisten geführt wurde. Sie halten jeder öffentlichen Überprüfung stand und würden unweigerlich zur sofortigen Freilassung von Mumia Abu-Jamal führen. Der Generalsekretär von amnesty international, Pierre Sané, hat im November 1997 nach einem Besuch bei Mumia Abu-Jamal im Todestrakt in einer öffentlichen Stellungnahme erklärt, daß die Todesstrafe rassistisch angewendet wird und „...ai ganz ernsthafte Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit des Strafverfahrens gegen Mr. Jamal..." hat sowie „...Mr. Jamals erstinstanzliches Verfahren durch einen tief verwurzelten Rassismus des Gerichts entscheidend vorbelastet war".
1995 konnte die Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal durch den Druck einer internationalen Kampagne verhindert werden. Die jetzige Situation ist jedoch keine Wiederholung von 1995, sondern eine Zuspitzung im Kampf um das Leben von Mumia Abu-Jamal, weil nur noch wenige juristische Berufungsmöglichkeiten bestehen. Wie die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes von Pennsylvania zeigt, ist es zudem gefährlich, sich der Illusion einer juristischen Lösung hinzugeben.
Die Entscheidung fällt nicht in irgend einem Gerichtssaal, sondern wird durch den politischen Druck der internationalen Unterstützungskampagne bestimmt. Es ist daher dringend notwendig, daß die Kampagne JETZT verstärkt wird und sich Menschen aus allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal einsetzen.
Nur so können wir die Hinrichtung stoppen und Mumia Abu-Jamals Freilassung erreichen. Nur so kann seine jetzt fast 17 Jahre andauernde, menschenunwürdige Gefangenschaft in der Todeszelle beendet werden.

Stoppt die Hinrichtung! Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der Todesstrafe!

Kampagnengruppe Bremen: c/o Archiv 92, Postfach 150 323, 28093 Bremen, Tel.: 0421 / 35 40 29, Fax: 0421 / 35 39 18
Demobüro Hamburg, Tel.: Mo 18-20 Uhr, Tel.: 040 / 431 894 63,
Fax: 040 / 431 894 62
Demo-Spendenkonto: Dr. H.-J. Schneider, Hamburger Sparkasse, Kto.-Nr. 104 479 8319, BLZ 200 505 50, Stichwort „20. Februar"

Vorsicht Ambivalenz

[Politische Gebrauchsanweisung

Es gibt genug Zustandsbeschreibungen. Um weitere Wiederholungen zu überspringen, hier nur eine stenographische Kurzversion: im Zuge neuer Verwertungsbedingungen und -anforderungen verändert sich der kapitalistische Weltmarkt. Neue Formen internationaler Ausbeutung und Konkurrenz, nationaler und internationaler Regulierung entstehen. Gleichzeitig haben sich mit den Auseinandersetzungen, Kämpfen und Reformversuchen rund um das fordistisch regulierte Zuhause, mit dem Mai '68, den neuen sozialen Bewegungen die Lebensweisen und -vorstellungen verändert. Mit »Globalisierung« oder »Postfordismus« wird versucht, einen Begriff für diese Veränderungen zu finden. Ein praktischer Zweck dieser Benennungen kann darin bestehen, die Transformationen des Kapitalismus nicht nur zu beschreiben, sondern auf der Höhe der Zeit zu kritisieren – darauf spekulierend, daß theoretische Kritik produktiver Teil einer antikapitalistischen Politik ist.

»Existenzgeld für alle!« kann dabei eine antikapitalistische Forderung sein, die auf den Abbau des sogenannten Sozialstaats reagiert, muß es aber nicht. Sie ist eine ambivalente Forderung in einer widersprüchlichen Gesellschaft. Ein antikapitalistischer Politik-Automatismus ist nicht vorhanden. Wie die Begriffe Postfordismus oder Globalisierung kann auch die Existenzgeldforderung zum Vokabular eines kapitalistischen Modernisierungsprogramms zählen. Sie liegt mitten im umkämpften Terrain.

Die verschiedenen Diskurse zum Existenzgeld, zur sozialen Grundsicherung, zum Bürgergeld oder wie die verschiedenen Modelle sonst noch so heißen, gehen fast alle von ähnlichen Beobachtungen aus: hohe Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzungen, Krise der sozialen Sicherungssysteme. Doch während z.B. die wirtschaftsliberale Seite eine neue, flexibilisierte Billigarbeitskraft schaffen will, die der Staat mit 400, 500 Mark Zuzahlung im Monat vor absoluter Verarmung schützen soll, geht es beim Existenzgeld-Arbeitstreffen im Frühjahr darum, die Forderung nach Existenzgeld in den Kontext linker Debatten zu stellen. Die politische Frage beginnt also beim Abstand zwischen Neoliberalismus bzw. sozialdemokratischer Sozialtechnologie und antikapitalistischen Praktiken.

Die bürgerlichen Grundsicherungsmodelle beziehen sich alle auf die Erosion eines bestimmten historischen Verhältnisses von Lohnarbeit und Existenzsicherung. Sie suchen nach einer neuen Figur für das Verhältnis von Kapital-Lohnarbeit / soziale Existenz. Die Debatte dreht sich dabei um das sogenannte Normalarbeitsverhältnis, das prekären Beschäftigungen weicht; um die Wirtschaftseinheit Kleinfamilie, die allmählich von unterschiedlichen Individualisierungen oder Zusammenschlüssen ersetzt wird; um Frauen, die nicht mehr Teil einer »Ernährerehe« sind, sondern sich auf dem Arbeitsmarkt befinden; um zu starre Arbeitsschutzregelungen, die flexibilisiert werden müssen usw. Dieser bunte Argumente-Reigen, der oft unter dem soziologischen Slogan vom »Ende der Arbeitsgesellschaft« gefaßt wird, gehört zur Verabschiedung des sogenannten keynesianischen Wohlfahrtsstaats. Bei erhöhter internationaler Konkurrenz-und Verwertungsvielfalt begrenzt er zu sehr die Akkumulationsmöglichkeiten des Kapitals. Die bürgerlichen Sozialstaatsvisionen doktorn an den oben genannten Phänomenen herum und wollen dabei alle irgendwie die kapitalistische Regulierung reformieren. Ziellinie: weniger Bürokratie, Verbilligung und Flexibilisierung der Lohnarbeit, Modernisierung der Sozialversicherungen und Abwendung einer potentiell nicht sozialverträglichen Verarmung. Soziale Grundsicherung und Bürgergeld werden dabei als Lösungen verhandelt.

Grundsätzlich bleiben Arbeitszwang, patriarchale Codierung von Produktions- und Reproduktionsarbeiten, von Gegenstands- und Gefühlsarbeiten, bleiben rassistische Ausschlüsse von Flüchtlingen und die Selbstverständlichkeit arbeitsintensiver Billigarbeit, die vielfach MigrantInnen vorbehalten ist, bestehen. Die Existenzgeldforderung wird von Arbeitslosen-, JobberInnen-Inis und linken Gruppen meist mit »1 500 Mark für alle plus Miete!« veranschlagt (ist das zu wenig?). Mit ihr wird versucht, kapitalistische Modernisierung von innen anzugreifen, indem sie mit verschiedenen existierenden politischen Praktiken verbunden wird – die Tatsache voraussetzend, daß es kein Außen gibt, kein Außerhalb-Sein von kapitalistischen Suchbewegungen nach neuen Regulationsformen. Es geht also darum, politische Verbindungen zu konstruieren und sich wechselseitig überformende Herrschaftsverhältnisse sichtbar zu machen und zu verändern. Dabei können – wenn alles gut läuft – verschiedene Praktiken wie feministische Politik, JobberInnen-Inis, Antirassismus-Arbeit usw. aneinander anknüpfen und sich gegenseitig verstärken.

Die Existenzgeldforderung hat einen gewundenen Frontverlauf, an den politische Forderungen anschließen können. Durchs Fernglas betrachtet, wird ungefähr folgendes sichtbar: keine Billigarbeit (wer 1 500 plus Miete bekommt, geht nicht putzen); kein Lohnarbeitszwang, dafür Lohnarbeitszeitverkürzung; kein Sinnterrorismus des Berufs; kein Leistungsfetischismus; keine Arbeitsteilung entlang von Fabrik / Firma / Freelancing auf der einen und Zuhause / Soziales auf der anderen Seite; kein Ausschluß bzw. keine Deklassierung von ImmigrantInnen und Flüchtlingen oder – wenn auch anders gelagert und tradiert – von (Haus)Frauen oder Frauen mit sog. Nebenjobs beim Bezug von Sozialleistungen; Ende einer langen Tradition kapitalistischer Armenfürsorge, deren moderne Gestalt die heutige Sozialhilfe mit all ihren individualisierenden Disziplinierungen und Kontrollen darstellt. Diese Anschlüsse sind weder automatisch noch utopisch, sondern Linien einer politischen Auseinandersetzung, die darauf setzen will, daß es keine Revolution gibt, sondern nur ein Revolutionär-Werden, also die Ausweitung und Intensivierung des Politischen an vielen Orten gleichzeitig. Deshalb ist der Sonntag, zweiter Tag des März-Treffens, für eine Debatte reserviert, ob und, wenn ja, wie Leute die Existenzgeldforderung politisch-praktisch stellen wollen.

In diesem Sinne zielt sie nicht auf einen Gesetzesantrag, der in der laufenden oder übernächsten Legislaturperiode realisiert werden soll, sondern auf die Einlösung des Versprechens nach einem »guten Leben für alle« (aber was ist ein gutes, ein glückliches Leben?). Die Existenzgeldforderung tritt in der Gestalt einer Geldforderung auf und von da aus stellt sich die politische Frage, mit welchen Politiken die genannte vierstellige Summe aufgeladen werden soll, wie diese Transformation von Geld in Leben gelingen, wie das Integrations-, Selektions- und Verwertungsmonster Kapitalismus angegriffen werden soll.

Deshalb gibt es die Kritik, daß bei der Abgrenzung von den bürgerlichen Grundsicherungs- bzw. Bürgergeldmodellen der Bezug auf die Geschichte der Existenzgeldforderung nicht ausreiche. Als Anfang der 80er Jahre die Arbeitsloseninitiativen ein Existenzgeld für alle

forderten, standen zwar die ausbeuterischen Lohnarbeitsverhältnisse im Mittelpunkt der Kritik, aber auch damals gab es einen blinden Fleck rund um die Funktion eines umverteilenden Staat. Das, was Sozialstaat ist, und wie mit seinen Zuwendungen und Restriktionen umzugehen sei, blieb unklar. Damals wurde die politische Perspektive von Staatskritik auf Aneignungspolitiken umgestellt. Damit wurden nicht mehr die staatlichen Institutionen, sondern die Aneignungssubjekte angerufen, die in den 70er Jahren vor allem in Italien und Frankreich gezeigt hatten, wie sich auch mit Strom-, Telefon- und Mietforderung umgehen läßt – »autoriduzione«, selbständig reduzieren. Marxistische Kritiken weisen meist auf die Lücke zwischen dem hin, was angeeignet werden soll, nämlich gesellschaftlichem Reichtum, und der Art und Weise, wie dieser Reichtum dar- und hergestellt wird, nämlich als Geld und durch eine bestimmte Anordnung von Kapital-Lohnarbeit-privatsozialer Existenz, die ja eigentlich verändert werden soll. Im Kontext der momentan abflauenden sozialen Bewegungen und politischen Praktiken stellt sich die Frage nach dieser Lücke in aller Deutlichkeit. Wobei die Lücke niemals im Singular auftaucht. Es handelt sich um Lücken, die – was die marxistische Kritik schon mal übersieht – nicht allein von werttheoretischer oder ökonomischer Art sind. Kein patriarchales Machtverhältnis, keine einzige rassistische Struktur, kein Wunsch nach Unterdrückung oder Haß auf Anderes wird durch die staatliche Zahlung von 1 500 Mark angerührt. Es wird auf die politischen Anschlüsse und Verbindungen ankommen, die Begegnungen von verschiedenen Praktiken und ihre Ausweitung, in denen – nur zum Beispiel – linksradikale TheoretikerInnen und aneignungsbewegte EinklagerInnen ihre jeweilige relatie Isolation verlassen würden. Anknüpfungspunkte lassen sich jeder linken Zeitung entnehmen. Das Verhältnis von Lohnarbeit und Existenzsicherung taucht in vielen Facetten auf, ob es nun die Pflicht- und Zwangsarbeitsdiskussion der Erwerbslosen- und Sozialhilfe-Initiativen ist, der Kampf gegen rassistische Migrations- und Arbeitspolitik, die feministische Kritik an immer neuen Trennungen zwischen Produktions- und Reproduktionsarbeit, zwischen staatlicher Arbeits- und Armenpolitik, die Kritik an der geschlechtlichen Codierung von personennahen und Low-Budget-Services oder die Diskussion um die allmähliche Annäherung von Lohnarbeit und Freizeit zwischen Verwertungsterror und kapitalismusimmanentem Mini-Glück (nicht Aufstehen, kein Streß, Projekte machen).
Im Rahmen der Arbeitskonferenz tauchen diese Fragen in unterschiedlichen AGs auf. Wie sie diskutiert und beantwortet werden, liegt an den TeilnehmerInnen.

Programm

Freitag, 19. März 1999:
ab 19.00 Podiumsdiskussion im Audimax Humboldt-Universität Berlin mit Brigitte Young, Professorin FU Berlin, Marco Revelli (Italien), VertreterInnen von AC (Frankreich), Michael Wettig (ALSO, Oldenburg), Verteterin der Frauengruppe »Glanz der Metropole«, Angela Klein, Bündnis Euromärsche

Samstag, 20. März 1999:
09.30 – 12.30 Uhr Arbeitgruppen, Humboldt-Universität Berlin
12.30 – 15.00 Uhr Mittagspause
15.00 – 19.00 Uhr Arbeitgruppen, Humboldt-Universität Berlin
ab irgendwann: Party, Ort noch unbekannt.

Sonntag, 21. März 1999:
ab 09.30 Uhr aufgeteilte Diskussion, Humboldt-Universität Berlin
Am letzten Tag des Konferenz soll die Gelegenheit noch einmal genutzt werden, um in neu zusammengesetzten Foren, Fragen von Strategie und Praxis zu erörtern und ein Resümee zu ziehen:
Ist die Forderung nach Existenzgeld zusammen mit der nach radikaler Arbeitszeitverkürzung dazu geeignet, eine Strategie zur Überwindung der Lohnarbeitsgesellschaft einzuschlagen? Welche praktisch-politischen Schritte sind dafür nötig und wie können die daran Interessierten eine Bündelung der Kräfte erreichen? Schließlich wird auch der Frage nachzugehen sein, inwieweit wir mit der Konferenz unsere Bemühungen verstärken, nicht nur erträgliche Lebensbedingungen im Kapitalismus auch für diejenigen zu gewährleisten, denen eine »moderne« Lebenskarriere vergönnt ist – aus welchen Gründen auch immer. Vielmehr werden wir uns an unserem Beitrag messen lassen müssen, mit dem wir zur Überwindung einer Vergesellschaftungsweise beisteuern, die für viele immer noch Schicksalscharakter trägt und deren Lebensweise keineswegs dem erreichten gesellschaftlichen Reichtum entspricht.

ALLTAGSFORSCHUNG

General Motors

Ist Windows ein Auto?

Auf der Computermesse "ComDex" hat Bill Gates die Computer Industrie mit der Auto-Industrie verglichen und folgendes Statement gemacht: "Wenn General Motors (GM) mit der Technologie so mitgehalten hätte wie die Computer Industrie, dann würden wir heute alle 25-Dollar-Autos fahren, die 1.000 Meilen pro Gallone Sprit fahren würden." Als Antwort darauf veröffentlichte General Motors (von Mr. Welch selbst) eine Presseerklärung mit dem folgenden Inhalt:

"Wenn General Motors eine Technologie wie Mircrosoft entwickelt hätte, dann würden wir heute alle Autos mit folgenden Eigenschaften fahren:
1. Ihr Auto würde ohne erkennbaren Grund zweimal am Tag einen Unfall haben.
2. Jedesmal, wenn die Linien auf der Straße neu gezeichnet werden würden, müßte man ein neues Auto kaufen.
3. Gelegentlich würde ein Auto ohne erkennbaren Grund auf der Autobahn einfach ausgehen und man würde das einfach akzeptieren, neu starten und weiterfahren.
4. Wenn man bestimmte Manöver durchführt, wie z. B. eine Linkskurve, würde das Auto einfach ausgehen und sich weigern, neu zu starten. Man müßte dann den Motor neu installieren.
5. Man kann nur alleine in dem Auto sitzen, es sei denn, man kauft "car95" oder "carNT". Aber dann müßte man jeden Sitz einzeln bezahlen.
6. Macintosh würde Autos herstellen, die mit Sonnenenergie fahren, zuverlässig laufen, fünfmal so schnell und zweimal so leicht zu fahren sind, aber sie laufen nur auf 5 % der Straßen.
7. Die Öl-Kontroll-Leuchte, die Warnlampe für Temperatur und Batterie würden durch eine "Genereller-Auto-Fehler" Warnlampe ersetzt.
8. Neue Sitze würden erfordern, daß alle dieselbe Gesäßgröße haben.
9. Das Airbag-System würde fragen: "Sind Sie sicher?" bevor es auslöst.
10. Gelegentlich würde das Auto Sie ohne jeden erkennbaren Grund aussperren. Sie könnten nur wieder mit einem Trick aufschließen, und zwar müßte man gleichzeitig den Türgriff ziehen, den Schlüssel dabei drehen und mit einer Hand an die Radioantenne fassen.

11. General Motors würde Sie zwingen, mit jedem Auto einen Deluxe Kartensatz der Firma Rand McNally (seit neuestem eine GM Tochter) mitzukaufen, auch wenn Sie diesen Kartensatz nicht brauchen oder möchten. Wenn Sie diese Option nicht wahrnehmen, würde das Auto sofort 50 % langsamer werden (oder schlimmer).
Darüber hinaus würde GM deswegen ein Ziel von Untersuchungen der Justiz.
12. Immer dann, wenn ein neues Auto von GM vorgestellt werden würde, müßten alle das Autofahren neu erlernen, weil keiner der Bedienhebel genauso funktionieren würde, wie in den alten Autos.
13. Man müßte den "Start"-Knopf drücken, um den Motor auszuschalten."

REZENSIONEN

Ulrich Häpke

Regionalisierung - kritisch betrachtet

Christoph Gesang ist Insider: er arbeitet in einem Tauschring und der Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft (EVG) mit und hat zuvor eine Landkommune mitbegründet. Gestützt auf seine reichen Erfahrungen zieht er eine kritische Zwischenbilanz der Regionalisierung.
Sein Ausgangspunkt ist die Geschichte und die Perspektive der Bremer EVG, der 30 ökologisch bewirtschaftete Bauernhöfe, 8 verarbeitende Betriebe, einige Läden und über 600 VerbraucherInnen angehören. Ihre Wurzeln sieht Gesang in alternativen Utopien der 70er Jahre: den "Vorstellungen einer ökologischeren und humaneren Gesellschaft auf den Grundlagen von Selbstverwaltung und einer dezentraleren (regionaleren), basisdemokratischeren und ressourcenschonenderen Ökonomie".
Solche Ziele gehen immer mehr verloren. Gesang spricht von einer verbreiteten "Entpolitisierung". Er wertet Positionen aus dem Agrarbündnis und der EVG-Bewegung aus und findet in den letzten zehn Jahren einen allmählichen Verzicht auf kritische Analysen und die Anpassung an die "Sachzwänge" des Marktes, flankiert von der Forderung nach einem "Wertewandel", um "die bäuerliche Landwirtschaft zu retten."
Gesang zeigt, wie sehr die Agraropposition heute von den Ideen der Nachhaltigkeit und Regionalentwicklung geprägt ist, und fragt, inwieweit der Subsistenzansatz und das Konzept "Den Norden abwickeln" zu deren Weiterentwicklung beitragen können. Seine Einschätzung ist äußerst kritisch.
Zunächst weist er darauf hin, daß Nachhaltigkeit von den Regierungskonferenzen in Rio und anderswo gerade in einer Zeit zum Zukunftsthema erhoben wird, in der die soziale Ungerechtigkeit wieder wächst. Ist das Zufall ? Geht es bei der Nachhaltigkeit doch nicht um den Einklang von Ökologie, Ökonomie und Sozialem ? Ist sie - wie Gesang vermutet - nur ideologischer "Kitt" für einen etwas grün getünchten, aber sozial wieder brutaleren Kapitalismus ? Mich hat Gesangs Skepsis nachdenklich gemacht. Er untermauert sie weniger mit dem Hinweis auf die Bedeutung von Atomenergie und Gentechnik in der Agenda 21 als damit, daß Herrschaftsverhältnisse kaum kritisiert werden.
Auch die Regionalisierung habe sich - so Gesang - von früheren Zielen gelöst. Es gehe nicht mehr darum, die 'unfairen' Marktpreise durch direkte Kontakte zwischen VerbraucherInnen und ProduzentInnen zu überwinden. Gesang erklärt: "Direktvermarktung, Fremdenverkehr und Bereiche der bäuerlichen Hauswirtschaft sollen in ihren 'Wertschöpfungspotentialen' ausgebaut werden, das heißt in den 'Markt' integriert werden." Dadurch komme es "zu einer zusätzlichen Arbeitsbelastung", vor allem Frauen würden "durch Mehrfachbelastungen extrem ausgebeutet".
Hier setzt die Kritik der Subsistenztheorie an: Die Warenproduktion beruht nicht nur auf bezahlter, sondern in hohem Maße auf der - durch Herrschaft oder Gewalt gesicherten - Ausbeutung unbezahlter (Subsistenz-) Arbeit in der Dritten Welt, den Privathaushalten und der Landwirtschaft. In der Subsistenzperspektive jedoch, die u.a. auf Konsumverzicht setzt, verschwinde - so Gesang - "die Radikalität der Analyse ... in einem Nebel von individuellen ... Lebenshaltungen."
Abschließend stellt Gesang die sicherlich noch nicht abgeschlossene Diskussion über die "Abwicklung des Nordens" differenziert und kritisch vor, wobei er - zugespitzt in der schlichten Frage "Wer macht's ?" - die Umsetzungsschwächen dieses Konzeptes nicht verschweigt.
Gesang hat natürlich kein Patentrezept. Sein Interesse gilt weniger der 'hohen' Politik, als der EVG und anderen Aktivitäten 'von unten'. Er hat die Entwicklung der Agraropposition und der EVG-Bewegung mit Sympathie und trotzdem provokanten Ergebnissen analysiert. Vor allem gibt er einen fast zu materialreichen Überblick über die Konzeptionen zu ökologischen, regionalen und nicht-kapitalistischen Entwicklungen, die er systematisch, detailliert und lesenswert auf ihre (fehlende) Stimmigkeit hin untersucht. Unbefriedigend finde ich, daß die konkreten politischen Entscheidungsstrukturen und ihre Kontrollmechanismen in den Diskursen um Nachhaltigkeit, Regionalisierung, Subsistenz und Abwicklung des Nordens, aber auch von Gesang ausgeklammert werden. Gesang hält an den Zielen der Ökologisierung und Regionalisierung fest, und betont, daß sie nur dann erreichbar sind, wenn Machtstrukturen und sozial-ökologisch blinde Marktprozesse kritisiert und praktisch verändert werden.

Christoph Gesang: Alternativprojekte zwischen Nachhaltigkeit und Herrschaftskritik. Die Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft und der Diskurs um die Region, Yeti-Press (Justus-Liebig-Str.25, 28357 Bremen), 128 Seiten, 22 DM

SHORT CUT

Heiner Winkel

Das Grenzregime

Die Berliner *Forschungsgesellschaft Flucht und Migration* (FFM) ist in den letzten Jahren durch ihre politische Arbeit zur deutschen Ostgrenze, Flüchtlingen, Arbeitsmigration und Illegalisierung bekannter geworden. Zuletzt war sie Mitinitiatorin der Kampagne "kein mensch ist illegal". In Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Flüchtlingsrat hat sie nun ihre Untersuchungsarbeit zu den genannten Themen in einem kleinen Büchlein zusammengefasst. *Die Grenze* enthält sechs Beiträge zur polizeilichen und sozialtechnologischen Abschottung Deutschlands gegen Flüchtlinge. Die Artikel thematisieren die technische Aufrüstung an der deutschen Grenze zu Polen und die Vorverlagerung der deutschen Abschiebepolitik in die Nachbarstaaten (wie Polen) hinein, die von der BRD zu einer härteren Flüchtlingspolitik gezwungen werden. Desweiteren die juristische und mediale Kriminalisierung von als "Schleuserkriminalität" diffamierter Fluchthilfe und die Behandlung der Flüchtlinge, die überhaupt den Geltungsbereich des Grundgesetzes, in diesem Fall das Bundesland Brandenburg, erreichen. Nicht zuletzt wird die deutsche Grenze und deren (organisierte) Überwindung aus der Sicht von Flüchtlingen dargestellt, die MitarbeiterInnen von FFM in polnischen und deutschen Gefängnissen und Lagern aufsuchen und interviewen konnten.
All dies wird von *FFM* in einfacher und eindringlicher Sprache vorgebracht, ohne Verbalradikalismus politisch klug analysiert und zur Neuordnung Europas ins Verhältnis gesetzt. So liegt eine sehr hilfreiche und noch

dazu billige Broschüre vor, der weite Verbreitung zu wünschen ist.
Um das Grenzregime geht es auch in der neusten Ausgabe der antirassistischen Zeitschrift *off limits*. Die Beiträge machen deutlich, warum nicht (mehr) von Grenze, sondern von Grenzregime gesprochen wird: Geht es doch beim Grenzregime nicht um die Grenze im Sinne einer Linie an der Landesgrenze, sondern um ein weitflächiges System, das bis in die Großstädte reicht - denn was anderes als Teil des Grenzregimes ist es, wenn z.B. Illegale in Großstädten verfolgt werden. Ebenso geht es nicht um völlige Abschottung, sondern um staatliche Regulierung der (illegalisierten) Einwanderung. Weitere Artikel zum Chipkartensystem in der Flüchtlings"versorgung", Flüchtlingspolitik und rot-grüner Koalitionsvereinbarung, zur diffamierenden Darstellung der sans-papiers in der *taz*, ein Kurzbericht von der Menschenrechtskarawane sowie "Blinde Passagiere". *off limits* erscheint wegen sinkender Redaktionsgröße in Zukunft nur noch vierteljährlich (bisher zweimonatlich).

FFM: Die Grenze. Flüchtlingsjagd in Schengenland; 212 S. 8 DM plus Porto. Bezug: Niedersächsischer Flüchtlingsrat, Lessingstrasse 1, 31135 Hildesheim, fax 05121/31609
off limits Nr. 24, 52 S., 6 DM, Adresse (NEU!): Hospitalstrasse 109, 22767 Hamburg

REZENSIONEN

Bernd Hüttner

Prokla, FORUM Wissenschaft, StadtRat

Die Ausgabe 111 der ***Prokla*** titelt mit *Globalisierung und Gender*. Brigitte Young schreibt darüber, wie sich das Geschlechterverhältnis, das sie Genderregime nennt, im Fordismus darstellte, und wie es sich durch eine, vor allem aus der Globalisierung resultierenden Transformationen verändert. Young geht davon aus, daß eine postmoderne Informationsökonomie, die tendenziell den "Männer" zugeschrieben wird, existiert und ein expandierender informeller, den "Frauen" zugeschriebener Sektor, der noch anwächst. Den Abbau des Sozialstaates sieht sie als besonders verheerend an, war dieser doch in seinen Leistungen ein Fortschritt für Frauen, wie er auch als Arbeitgeber für Frauen wichtig war. Weitere Beiträge thematisieren Frauenarbeit in Freien Produktionszonen, die Sexindustrie in Japan und die Stadtsoziologin Saskia Sassen untersucht die unsichtbare, entgarantierte ("weibliche") Arbeit, die den schönen Schein der von Männern ja so gern untersuchten Global Cities erst ermögllicht (164 S., 20 DM, im Buchhandel oder bei Verlag Westfälisches Dampfboot, fon 0251/608 6080).
Um *Frauen und (Erwerbs-)Arbeit* geht es auch in der neusten Ausgabe von ***FORUM Wissenschaft***. Christa Wichterich meint, daß Frauen zwar Beschäftigung, aber keine Existenzsicherung finden, Bettina Musiolek schildert die gar nicht so modernen Zustände in der globalen Textilindustrie und stellt die Arbeit der *Clean Clothes Campaign* vor. Carola Möller untersucht den vielzitierten "Dritten Sektor" und macht die Ambivalenz von Frauenarbeit zwischen Zurichtung und Befreiung deutlich. Sie nennt - als einzige der Autorinnen - unvermittelt auch Alternativen, die jenseits der relativ klassischen industriellen Arbeit liegen: Ihr Vorschlag des 'teilselbstversorgenden gemeinwesenorientierten Wirtschaftens` vermag aber keine rechte Zugkraft zu entwickeln. Das Heft erscheint insgesamt etwas zusammengewürfelt, enthält aber manches Kleinod, das sich erst bei der Lektüre zeigt.Weitere Beiträge u.a. zur Krise der Autonomen, zur geschichtlichen Entwicklung der Menschenrechte, und ein Beitrag, der *unbeabsichtigt* zeigt, daß *alle* an der Anti-MAI-Bewegung geäußerten Kritikpunkte richtig sind (64 S., 12,50 DM, Postfach 543, 35017 Marburg).
Umkämpfte Räume ist ein aus der linken Beschäftigung mit der Stadt und ihren Veränderungen entstandener Sammelband. Die Beiträge thematisieren die nur teilweise umgesetzten Programme der Mächtigen von oben (z.B. die *EXPO* oder die Umstrukturierung in Berlin oder Hamburg), aber auch Möglichkeiten von Widerstand. Die Aufsätze, die vor allem Verhältnisse in Deutschland behandeln, sind von unterschiedlicher Qualität: Sie sind je informativer, je klein(räumig)er der untersuchte Gegenstand ist: Während der sozialrevolutionäre Detlef Hartmann mal wieder vom "sozialen Krieg" fabuliert, oder das Autorenkollektiv *spaceLab* zeigt, was es alles gelesen hat, untersuchen andere das Geschehen z.B. in Hamburg oder Hannover sehr detailliert. Und man(n) hat sich bemüht: Eingeleitet wird der Band von zwei feministischen Beiträgen. Einer gibt einen allgemeinen Einstieg in Frauen und Stadt(-planung), der andere ist zu Frauen, öffentlicher Raum und Sicherheitsdiskurs (StadtRat (Hg.): Umkämpfte Räume; Verlag Libertäre Assoziation, 238 S., 28 DM).

IMPRESSUM

alaska ist die Zeitschrift der entwicklungspolitischen und internationalistischen Aktionsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich im Rahmen des Bundeskongreß (BUKO) organisieren.

Herausgeber:
Verein für Internationalismus
und Kommunikation,
Bernhardstr. 12, 28203 Bremen

Redaktionsanschrift:
alaska,
Bernhardstr. 12, 28203 Bremen,
Tel/Fax: 0421-72034
RedakteurInnen: Claudia Bernhard, Iris Bockermann, Bernd Hüttner, Kai Kaschinski, Christoph Spehr
Anzeigen: Bernd Hüttner
Layout: Harry Loges
Fotos: Britta Biesterfeld
Cover: design by markovits
Druck: Gegendruck,
Dragonerstr. 57, 26135 Oldenburg

Bezugsbedingungen:
alaska erscheint sechsmal pro Jahr.
Das Jahresabo kostet:
Normal 48,- DM
Institutionen 70,- DM
Soli 70,- DM
Ausland-EU 70,- DM
Bei Abnahme mehrerer Exemplare (Gruppen) oder Kommissionsverkauf (Buchläden) gibt es 20% Rabatt.
Zahlungen nach Rechnungserhalt auf das unten angegebene Konto.
Kündigungen per sechs Wochen zum Jahresende, nicht gekündigte Abonnements verlängern sich um ein Jahr.
Sonderkonto: alaska, Nr.: 6669-209 bei PGA Hamburg, BLZ: 200 100 20

Nachdruck erwünscht, bitte Quelle angeben und Belegexemplar schicken.
Beiträge, die Mitgliedsgruppen des BUKO oder anderer LeserInnen werden, soweit redaktionell möglich, abgedruckt.
V.i.S.d.P.: Claudia Bernhard
Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die entsprechenden Personen bzw. Gruppen verantwortlich.

ISSN: 1436-3100